

Erstetn täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetrag. in der Post-Verordng. Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Breiten- und Veranlagungs-Gruppen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 28. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Sachsen.

Die Berufung der Landesversammlung ist erfolgt. Den sächsischen Parteiorganen ging nachstehender Anruf zu:

An die Parteigenossen Sachsens!

Die gegenwärtige politische Situation in Sachsen veranlaßt die Landtagsfraktion, die diesjährige Landesversammlung

der sozialdemokratischen Partei Sachsens auf den 7. und 8. April d. J. nach Dresden einzuberufen.

Beginn der Verhandlungen am 7. April vormittags 11 Uhr. Tages-Ordnung:

1. Bericht des Zentralkomitees. Berichterstatter G. Fischer-Dresden.
2. Die Thätigkeit des Landtags. Berichterstatter H. Goldstein-Zwickau.
3. Wahlrechtsänderung und die Stellung der Partei zu derselben. Berichterstatter Fr. Ceyer-Leipzig.
4. Anträge der Parteigenossen.

Anträge, die auf der Landesversammlung zur Verhandlung kommen sollen, sind bis zum 24. März an Unterzeichneten einzusenden; dieselben müssen vom Bureau der Versammlung oder vom Vertrauensmann mitunterzeichnet sein.

Es wird den Genossen empfohlen, nicht mehr als vier Delegierte aus jedem Reichstags-Wahlkreis zu entsenden. Nur mit Mandat versehen, in öffentlichen Versammlungen gewählte Delegierte haben Stimmrecht. Mandatsformulare werden nicht versandt.

Die Bekanntgabe des Lokals, in welchem die Landesversammlung stattfindet, erfolgt später.

Röhschendorf, Dresden, Schützenstr. 1, am 26. Februar 1896.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion. J. M.: August Raden.

Das „Leipziger Tageblatt“ höhnt, daß die Landesversammlung nicht schon auf nächste Woche berufen worden ist. Der Hohn des „Leipziger Tageblatt“ zeigt, daß ihm der sofortige Zusammentritt erwünscht gewesen wäre, und das ist ein Wink für die Genossen, die etwa abweichender Meinung waren. Was den Feinden mißfällt, ist sicher in unserem Interesse. Rasches Handeln, wo es nothwendig — keine Ueberstürzung, wo es gilt einen wichtigen Schlag zu führen. Nervöse Hast ist ein Zeichen der Schwäche; das Bewußtsein der Kraft giebt Ruhe.

Die „Leipziger Volkszeitung“ fordert uns auf, Klipp und klar zu erklären, ob wir für sofortige Mandatsniederlegung sind. Das „sofort“, dächten wir, sei durch die Ex-Exzellenz von Puttkamer in Mißkredit gekommen. Wir sind für die Niederlegung aller sozialdemokratischen Mandate, wenn das Wahlrechts-Attentat verübt ist — das haben wir mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit im „Vorwärts“ wiederholt ausgesprochen, und mündlich, im Kreis nächstbetheiligter Genossen, schon ehe in der „Leipziger Volkszeitung“ davon die Rede war. Das ist „Klipp und klar.“

Daß die Niederlegung der Mandate aber nicht eine Frage von acht oder vierzehn Tagen ist, das hat die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, und das haben — mit Ausnahme der „Leipziger Volkszeitung“ — unseres Wissens

alle anderen sächsischen Partei-Organen dargelegt. Und sollte das Wahlrechts-Attentat auch vor dem 7. April verübt worden sein, so ist unseres Erachtens eine Mandatsniederlegung auf der sächsischen Landesversammlung eine noch viel imposantere Manifestation, als eine Mandatsniederlegung in der sächsischen Kammer.

Kurz, wir sehen schlechterdings keinen Grund zu ungebildigem Drängen. Und ein schwerer nicht leicht gut zu machender Fehler an der Partei würde es sein, wollte man jetzt in einer Frage, in der alle Parteigenossen einig sind — wir kennen niemand, der gegen die Mandatsniederlegung ist — eines Nebenpunktes wegen einen Streit in der Partei aufsuchen.

Doch wir haben keine Besorgnisse — der gesunde Sinn unserer altbewährten, wohlgeschulten sächsischen Genossen wird eine solche Diversion zu gunsten unserer Feinde nicht dulden.

Wir haben jetzt in Sachsen eine vorzügliche Position — wir wollen sie uns nicht selber verderben.

Den Wahlrechts-Attentätern und Umstürzern fängt es an, bange zu werden.

Ganz aus dem Häuschen ist die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß der „Vorwärts“ den Sieg des sächsischen Nationalliberalismus als eine Gefahr für die sächsische Dynastie hingestellt hat. Wir Sozialdemokraten sind nicht die Hüter der Monarchie; aber wir sind — Geschichtsschreiber, die das verzeichnen, was unter unseren Augen vor sich geht. Und ist es nicht eine Thatsache, daß der Nationalliberalismus, seiner großkapitalistischen, den Staat als zentralisiertes Geschäft auffassenden Weltanschauung nach den Einheitsstaat strebt, und daß insbesondere die sächsischen Nationalliberalen offen und mit den gewaltthätigsten revolutionären Mitteln die Annexion Sachsens an Preußen, also die Entthronung des Hauses Wettin erstrebt haben? Mit wohlfeilen Wigen, daß wir Sozialdemokraten sicherlich keine Freunde der Monarchie sind, kommt man über diese fatale Thatsache nicht hinweg. Gewiß, wir Sozialdemokraten sind Republikaner, aber wir haben noch keinen Landesverrath geübt und noch keine Verschwörung gegen den Bestand der Monarchie eingefädelt, wie das die Nationalliberalen, und insbesondere die sächsischen urkundlicher Maßen gethan haben.

Und auch die andere Thatsache steht fest, die den Herren Nationalliberalen sehr unbequem ist: daß gerade diejenigen Bevölkerungsklassen, die jetzt durch das sächsische Wahlrechts-Attentat des Wahlrechtes beraubt werden und für politisch einflusslos erklärt werden sollen, es gewesen sind, die in den 60er Jahren der nationalliberalen Annexionsverschwörung entgegengegriffen haben.

Doch lassen wir das. Wie sagte doch der alte Goethe? Jede jeder was er treibe, Jede jeder wo er bleibe, Und wer steht dah er nicht falle. Die Sozialdemokratie steht fest.

Friedrich erhielt keine Antwort mehr auf alle seine Fragen, erfüllt von banger Besorgniß wich er nicht von Hannen's Lager.

Trotz aller Geheimhaltung verbreitete sich noch an demselben Abend wie ein Lauffeuer durch die Stadt die Schauer Kunde von dem plötzlichen Tode der Brambach'schen Eheleute.

Es hieß: Brambach habe sich und seine Frau erschossen.

Allerhand Vermuthungen wurden laut, aus welcher Ursache er dies gethan; den wahren Grund ahnte man nicht.

Viele wollten das vorausgesehen haben, zu welchem Ende es führen müsse, wenn man wie Brambach alles mitmache und selbst soviel verbräuche.

Anderer, besonders die Weiber, gaben seiner Frau die Schuld, sie habe ihn durch ihre Puzsucht und Vornehmthuerei ruiniert und bei einem häuslichen Zwist sei der Mann zum Aeußersten wohl gedrängt worden. Man rechnete es ihr nach, daß sie jeden Monat einen Gesellschaftsabend gegeben und allwöchentlich das Damentänzchen bei sich abgehalten habe.

Besonders diejenigen, welche dabei gewesen waren und denen das Essen und Trinken immer gut geschmeckt hatte, fanden jetzt, daß Georgine Brambach viel zu verschwenderisch gewirthschaftet habe. Es war immer alles gut und in Menge dagewesen. Ja bei jeder derartigen Gelegenheit habe Frau Brambach immer einen anderen Anzug und stets etwas Neues getragen, nur um sich zu zeigen und die anderen Frauen in den Schatten zu stellen und zu ärgern.

Einige verteidigten wieder die Frau und sagten, ihr

Der Zeugnisszwang im Disziplinar-Verfahren.

Es widersetzte uns, „in eigener Sache“ einen Leitartikel zu schreiben, der das Verfahren gegen einen der politischen Redakteure unseres Blattes in helle Beleuchtung stellte. Nun finden wir aber in einem unserer Partei fernstehenden Organ, der fortschrittlichen „Breslauer Morgen-Beitung“, einen Leitartikel, der unter obigem Titel dieses Verfahren kennzeichnet und, unserer Ansicht nach, so zutreffend, daß wir ihn nachstehend zum Abdruck bringen. Er lautet:

Wie wir kürzlich berichteten, ist der Redakteur des „Vorwärts“, Dr. Braun, vorigen Mittwoch Abend in Haft genommen und Freitag Nachmittag wieder entlassen worden. Der Grund war Meineidsverdacht wegen seiner Aussage vom 31. Januar, die er in einem Disziplinar-Untersuchungsverfahren „wider Unbekannt“ hatte abgeben müssen. Er hatte damals ausgesagt, der oder die Schuldigen seien ihm nicht bekannt; inzwischen sind die Thäter entdeckt worden. Dies Vorkommniß zeigt deutlich die ersten Konsequenzen, zu denen ein derartiges Ermittlungsverfahren führen kann, und es erscheint uns deshalb angemessen, bei der Wichtigkeit der Sache und der jederzeit vorhandenen Möglichkeit einer Wiederholung mit kurzen Worten darauf zurückzukommen und die jegige Praxis, sowie einige denkbaren Möglichkeiten zu beleuchten.

Es handelte sich bekanntlich um die vom „Vorwärts“ vorzeitig bewirkte Veröffentlichung des kaiserlichen Amnestie-Erlasses für das Heer. Der Kriegsminister begie den Verdacht, daß durch die Judiskretion eines von ihm reforestirenden niederen Beamten oder eines Angestellten der Druckerei des Armeekorrespondenzblattes eine Abschrift des Erlasses dem „Vorwärts“ vorzeitig in die Hände gespielt worden sei. Wegen irgend einer bestimmten Person lag kein Verdacht vor; daher führten die Akten der alsbald eingeleiteten Disziplinar-Untersuchung das Mibrum „wider Unbekannt“. Zur Ermittlung des Schuldigen requirirte der Minister auf Grund der §§ 157—160 des Gerichts-Verfassungsgesetzes das Berliner Amtsgericht, und dieses lud sämtliche Redakteure und noch andere Angestellte des „Vorwärts“ zur Vernehmung als Zeugen vor.

Dr. Braun, der als Redakteur des politischen Theils, in welchem der Erlass abgedruckt war, zuerst vernommen wurde, protestirte gegen seine Vernehmung in dem Disziplinar-Ermittlungsverfahren, weil seines Erachtens ein solches auf Grund der Strafprozess-Ordnung nicht statthaft war; er fügte sich aber unter dieser Verwahrung dem Zwange, da ihm die Verhängung der Haft drohte, und sagte aus, daß ihm die Person, durch welche der Redaktion eine Abschrift des Erlasses zugegangen war, unbekannt sei.

Er befand sich nämlich in der Rolle des gebrannten Kindes, welches das Feuer scheut, denn genau ein Jahr vorher hatte er in einem ganz gleichartigen Verfahren den Verlust seiner persönlichen Freiheit zu beklagen, weil seine journalistische Ehre ihn zur Verweigerung seines Zeugnisszwangs. Damals hatte der „Vorwärts“ einige vertrauliche Erlasse des Landraths von Nieder-Barnim an die ihm untergebenen Behörden veröffentlicht, und der Landrath des Kreises, welcher von der Anklage ausging, nur ein ihm unterstellter Beamter könnte dem Blatte die Schriftstücke mitgetheilt haben, hatte ein Disziplinarverfahren „wider Unbekannt“ eröffnet und das Berliner Amtsgericht zur Vernehmung Brauns requirirt. Braun hatte seine Aussagen verweigert und war deshalb in Zwangshaft genommen worden, und das Landgericht hatte seine gegen den Haftbeschuß erhobene Beschwerde zurückgewiesen.

Mann habe seinen Bankrott heraufbeschworen. Es sei ihm nicht wohl an dem Abende gewesen und nicht fidel erschienen, wo es nicht dazu gekommen, daß er Champagner zum besten gegeben habe.

Verchiedene, die wohl ihr Gutes dabei genossen, bedauerten Brambach, er sei ein Lebemann gewesen, der nie silzig und berechnend war, der vielmehr als nobler Gesellschaftler auch andere dazu veranlaßte, das Geld, wie er, unter die Leute zu bringen.

Für alle die neidischen und hämischen Menschen, die nur am Mißgeschick anderer sich freuen und warten, daß wieder einer zu grunde gegangen oder die Zahlungen eingestellt, war dieser Fall ein willkommenes, er gab Stoff zur Schadenfreude und zu Klatschereien.

Triumphirend zogen sie von Haus zu Haus und sagten hämisch und frech zu jedem: Wissen Sie das Neueste schon? Auch Brambach ist kaputt, ist pleite, ihn und seine schöne Frau hat das Großthun umgebracht.

Im allgemeinen war der Eindruck, den die Schreckensbotschaft hervorrief, doch ein tieferer. Er erzeugte auch Bestürzung und Niedergeschlagenheit bei leichtsinnigen Zechbrüdern.

Mancher fühlte sich getroffen und sah eine Warnung darin.

Mancher zog daraus die große Lehre: dahin kann es kommen, wenn man zu hoch hinaus will, zu flott lebt, zu oft Gesellschaften giebt und hochmüthig auf Aermere herabblinzelt.

Am anderen Morgen erschien die Brambach'sche „Landeszeitung“ mit einem breiten schwarzen Trauerbande. Allen Freunden und Bekannten brachte sie die tiefbetäubende Kunde, daß der langjährige Eigentümer

Clotilde. (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von G. W. M. von Walthausen.

Hanne fühlte sich sofort heimisch in diesem Raume, sie setzte sich aufs Sopha und zu Friedrich sagte sie: „unsern Eingang segne Gott!“

„Erhole Dich nun und mache es Dir bequem hier als Kastellansfrau,“ sagte Friedrich.

Die Oberin rieth indeß Hanne, sich sofort zu Bett zu legen.

Da kam auch schon der Stifftsarzt. Er fand Hanne sehr entkräftet und krank, sie werde wohl auf längere Zeit das Bett hüten müssen und nur bei sorgfamer Pflege werde Besserung und Genesung eintreten.

„Derr Doktor,“ sagte Friedrich, „meine Frau, meine Hanne will ich schon gut pflegen und alles daransetzen, daß sie ihre rothen Waden wieder bekommt.“

„Wir wollen es hoffen,“ erwiderte der Doktor, „lassen Sie die Kranke nicht allein, die Arznei, welche ich hier aufgeschrieben, wird Ihnen die Wärterin bringen.“

„Hier ist es nobel! Hier wohnt sich's wieder gemüthlich,“ sagte Friedrich, als sie allein waren. „Welche Wohlthat, frei aufzuathmen nach dreijähriger Gefangenschaft im feuchten Kerker; und nun wirst Du krank!“

Hanne, die lebensfrohe Hanne war sehr einsilbig geworden.

„Ach, Friedrich!“ sagte sie kleinlaut, indem sie ihm ihre Hand aus dem Bette entgegenstreckte, „wenn mich der Gedanke nicht gesund macht, daß wir nun für schuldblos gelten, dann hilft mir keine andere Arznei.“

„Hanne!“

Er hatte in seiner Beschwerde geltend gemacht, der § 157 des Gerichts-Verfassungsgesetzes bestimme nur, daß die Gerichte sich in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen Nichtshilfe zu leisten haben. Danach erscheine seine gerichtliche Vernehmung als Zeuge auf Requisition des Landrats, zumal in einem Disziplinarverfahren, nicht zulässig. Und er hatte ferner darauf hingewiesen, daß die Ausdehnung der lediglich für Strafprozesse gültigen Bestimmungen über die Zwangshaft auf ein Disziplinarverfahren gar nicht zu rechtfertigen sei.

Bezüglich des ersten Punktes wird man ihm vielleicht nicht beipflichten können, da die Frage, ob nicht blos Gerichte unter einander, sondern auch Gerichte und Verwaltungsbehörden sich gegenseitig Rechtsbeistand leisten sollen, im öffentlichen Interesse wohl zu bejahen sein wird. Hinsichtlich des zweiten Punktes aber liegt die Sache doch ganz anders.

Die Bestimmungen über den Zeugniszwang finden sich im § 69 St.-P.-O. Dort heißt es im zweiten Absätze: „Es kann zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet werden, jedoch nicht über die Zeit der Beendigung des Verfahrens in der Instanz, auch nicht über die Zeit von sechs Monaten, und bei Uebertretungen nicht über die Zeit von sechs Wochen hinaus.“ — Die Zwangshaft ist also nach der Schwere der Straftat, über die der widerspenstige Zeuge vernommen werden soll, abgestuft; bei Verbrechen und Vergehen, die mit dem Tode, mit Zuchthaus, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe von mehr als 150 M. bestraft werden, beträgt ihr höchstes Maß sechs Monate, bei Uebertretungen, auf denen nur Haft- oder geringere Geldstrafen stehen, sechs Wochen.

Daraus ist klar und deutlich der Wille des Gesetzgebers ersichtlich, ein Mißverhältnis zwischen der Strafe des Zeugen und der möglichen Strafe des Delinquenten zu vermeiden. Es ist deshalb für den beschränkten Unterthanenverstand, soweit er sich mit dem gefunden Menschenverstande identifiziert, schlechterdings unbegreiflich, wie das Zeugnis-Zwangsverfahren, insbesondere die Verhängung der Zwangshaft, auf ein Disziplinarverfahren ausgedehnt werden kann, wo überhaupt nicht strafbare Handlungen im Sinne des Strafgesetzbuches vorliegen, und wo in keinem Falle auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden kann.

Allein das Berliner Landgericht hat den Einwand Dr. Brauns für unzutreffend erklärt und seine Beschwerde zurückgewiesen. Und da diese Zurückweisung auf analogen Entscheidungen des Kammergerichts, des höchsten Gerichtshofes in Strafsachen, soweit sie nach preussischen Landesgesetzen zu beurteilen sind, fußt, so ist sie für das Königreich Preußen summum jus.

Dem Betroffenen aber konnte sie wohl als summa injuria erscheinen, wenn er sich daran erinnert, wie einst die überwiegende Mehrheit des gesetzgebenden Körpers sich zu der Frage der Zeugnisverweigerung seitens der Zeitungsredakteure gestellt hatte.

Bei der zweiten Vernehmung der Strafprozess-Ordnung hatte der Reichstag in großer Majorität sich für folgende Bestimmung entschieden: „Wird der Gegenstand einer Strafverfolgung durch den Inhalt einer periodischen Druckchrift gebildet, für welche nach § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter haftet, so sind Verleger, Redakteur und Drucker, sowie deren zur Herstellung der Druckchrift verwendetes Hilfspersonal berechtigt, das Zeugnis über die Person des Verfassers und Einsenders zu verweigern.“

Zwischen der zweiten und dritten Lesung machten sich jedoch von Seiten der Regierung Einflüsse geltend, die diese Bestimmung zu Falle brachten. Waren damals die Volksvertreter stetsnachiger gewesen, so hätte der Entwurf Gesetzeskraft erlangen müssen, und dann wäre in einem solchen Falle, wie der vorliegende, die Mahregelung eines Zeugen nicht einmal im ordentlichen Strafverfahren möglich gewesen, geschweige denn im Disziplinarverfahren.

Es scheint uns geboten, noch auf eine Möglichkeit hinzuweisen, die eine recht bedenkliche Perspektive eröffnet.

Wenn man auf dem betretenen Wege weiter wandelt, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß man eines Tages auch dann, wenn ein Verdacht gegen eine bestimmte Person in solch einem Falle vorliegt, das Disziplinarverfahren „wider Unbekannt“ einleitet und den muthmaßlichen Thäter selber als Zeugen vorlädet, nur zu dem Zweck, um ihn in eine Zwangslage zu bringen, in die er niemals kommen könnte, wenn er als Beschuldigter vernommen würde. Denn als Zeuge müßte er dann seine Aussage unter Hinweis auf den Umstand verweigern, daß er sich durch die wahrheitsgetreue Beantwortung der ihm vorgelegten Fragen selbst einer strafbaren Handlung bezichtigte und einer Strafverfolgung aussetzen würde. Und durch diese Begründung seiner Zeugnisverweigerung würde er sich selber ausliefern.

Würde nicht das Verfahren eines Richters, der einen Zeugen mit Kenntnis des gegen ihn vorliegenden Verdachtes in dieser Weise inquirirt, an den Tatbestand des § 343 St.-P.-O. freisen? Dieser Paragraph bestimmt, daß ein Beamter, welcher in einer Untersuchung Zwangsmittel anwendet, um Gehändnisse oder Aussagen zu erpressen, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft wird.

Man sieht daraus, wohin man noch gerathen kann, wenn

und geschickte Leiter dieses Blattes, Herr Kommerzienrath, Ritter v. Heinrich Brambach, sowie seine Gattin gestern plötzlich verstorben wären. Diese erschütternde Nachricht sei um so mehr geeignet, allseitig Bedauern und Theilnahme zu erwecken, als die Verbliebenen sich eines weiten Bekanntenkreises und allgemeiner Beliebtheit erfreuten, sich daher ein reges Weileid und stetes Andenken gesichert hätten.

Dieser fettgedruckten Todesanzeige folgte in begeistertsten Worten eine ehrenvolle Anerkennung der Verdienste Brambach's.

Von wem kamen diese Worte?

Der Mann, den Brambach in seiner letzten Lebensstunde beleidigt und fortgejagt, Eichwald, widmete seinem ehemaligen Freunde einen warmen Nachruf; der also lautete: Dem verstorbenen Heinrich Brambach muß jeder zum Ruhme nachsagen: er war ein ausgezeichnetester Geschäftsmann mit weitem Blick und zielbewußt. Er verstand sein Fach nicht nur aus dem Grunde, er hatte sich darin bis zu hoher Kunstfertigkeit emporgeschwungen, seine Schöpfungen und Erzeugnisse hatten Ruf, sein Name war weit über die Grenzen seines Vaterlandes vorgegedrungen und wurde überall rühmend genannt. Unterstützt durch den seinen Geschmack seiner hochgebildeten Frau, erlangte er Verbesserungen auf dem Gebiete des Kunstdrucks, die tonangebend wurden. Er verfolgte seine weit angelegten Pläne mit eiserner Konsequenz. Er war Egoist, aber sein Personal verliert in ihm ein thätiges, streng auf Ordnung haltendes, an Wissen reiches Vorbild.

In der letzten Zeit litt er oft an Anwandlungen krankhafter Erregung. Er starb früh. Für seine Fachgenossen wird er als bahnbrechender, schöpferischer Geist noch lange fortleben.

Diese Worte der Anerkennung waren um so schwerwiegender, als sie von einem Manne herrührten, der nur zu oft die Launen und Schwächen in verletzender Art gefühlt von dem, dessen Verdienste er hier verherrlichte.

Sie zeigten aber den gerechten, edlen Charakter Eichwald's im schönsten Lichte.

(Fortsetzung folgt.)

man die letzten Konsequenzen zieht. Gebt Gott, daß wir zu schwarz gehen!

Dr. Braun hat diesmal die Zwangshaft nicht zu kosten brauchen, da er mit gutem Gewissen befehlen konnte, daß er den Thäter nicht lenne. Dafür ist er, nachdem derselbe entdeckt war, schnell noch in den Verdacht des Meineids gekommen und deshalb in der vergangenen Woche verhaftet worden. Doch scheint der Verdacht auf sehr schwachen Füßen gestanden zu haben, denn, wie wir eingangs mittheilten, ist der Haftbefehl bereits wieder aufgehoben worden, ohne daß man die von Braun angebotene Kaution, obwohl er Ausländer ist, angenommen hat.

Das ganze Verfahren bleibt indes zu denken. Jeder Redakteur wird sich fürderhin mit dem Gedanken vertraut machen müssen, gegebenenfalls vor der Alternative zu stehen, entweder ein Lump, oder ein Gefangener zu sein, und zwar — von Rechts wegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 27. Februar.

Die Wahlrechts-Attentäter in Sachsen sollten sich die letzte Rede des österreichischen Ministerpräsidenten Graf Badeni hinter den Spiegel stecken. Derselbe erklärte gestern im Ausschuss des Reichsraths über die Wahlreform-Vorlage:

„Nach eigener Ansicht der Regierung haben die bisher Nichtwahlberechtigten einen Anspruch auf Ertheilung des Wahlrechts.“

Mit der Art, wie Graf Badeni diesen Anspruch zu befreudigen sucht, haben wir es hier nicht zu thun; aber er erkennt doch das Recht an.

Und während der erste Minister Oesterreichs das Recht der Nichtwahlberechtigten auf Ertheilung des Wahlrechts ausdrücklich anerkennt, ist die Regierung des politisch und wirtschaftlich höchstentwickelten Staates in Deutschland darauf bedacht, der Mehrzahl der bisher Wahlberechtigten das Wahlrecht thatsächlich zu nehmen.

Dieser Kontrast zeigt recht deutlich, wie der Kampf gegen die Sozialdemokratie ein Kampf ist gegen die Kultur.

Die sächsische sozialdemokratische Landtags-Fraktion beruft zum 7. und 8. April die diesjährige Landesversammlung nach Dresden ein. (Siehe auch Leitartikel.) Bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird im Landtage das Wahlgesetz durchgepeitscht sein und die Genossen im Lande haben bis dahin auch Zeit, sich darüber klar zu werden, was nun zu geschehen habe. Unser Leipziger Bruderorgan ist über die vermeintlich verspätete Berufung der Landesversammlung sehr ungehalten und es ruft der Landtags-Fraktion zu:

„Macht Euren Beschluß, die Landesversammlung erst auf den 7. und 8. April einzuberufen, rückgängig, beruft sofort eine außerordentliche Konferenz ein und erklärt, daß Ihr Eure Mandate sofort bei Annahme des Gesetzes niederlegen werdet!“

Wir gestehen, daß wir die Aufregung unserer Leipziger Freunde nicht begreifen. Getreu dem in der Partei von jeher hoch gehaltenen Grundsatz, daß zur Entscheidung in wichtigen Fragen möglichst alle Theilhaber herangezogen werden müßten, erscheint es uns selbstverständlich, daß die Frage, ob Mandatsniederlegung oder nicht, nicht einseitig durch die Fraktion oder durch eine ad hoc berufene Konferenz entschieden werde. Diese Frage geht die Gesamtpartei an und das entscheidende Wort in der Sache hat die Landesversammlung zu sprechen. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, erscheint uns nicht zweifelhaft, und unsere eigene Meinung haben wir ja auch schon deutlich genug ausgesprochen, aber irgend etwas zu überstürzen, dazu liegt gar kein Anlaß vor. Die Partei darf nicht mit Theater-Effekten rechnen, sondern sie muß planvoll und zielbewußt handeln. Dazu gehört aber vor allem Geschlossenheit und Einigkeit; diese um der Vorliebe für Knalleffekte willen stören, wäre unverantwortlich. Vorläufig heißt es noch alle Kraft zur Bekämpfung der Vorlage zusammenfassen, tritt dieselbe aber — was ja sicher scheint — trotzdem in's Leben, dann ist unsere Kampflinie neu zu formulieren, und daß dies in einer Weise geschieht, die der Partei zum Nutzen, unseren Gegnern aber zum Verderben dienen wird, dafür bürgt uns die altbewährte Tüchtigkeit unserer sächsischen Freunde.

Das französische Ministerium wird von einigen Zeitungen hartnäckig für ein sozialistisches erklärt und zwar auf Grund der Aeußerung des Ministers Mesureux in Chalons, daß das Kabinet ein radikal-sozialistisches sei. Auch die „Wolfsche Zeitung“, die sonst auf dem Gebiete der auswärtigen Politik gut Bescheid weiß, ist durch ihren Rothkoller zu diesem Irrthum verleitet worden. „Radikal-sozialistisch“ nennen sich in Frankreich seit den Wahlen des Jahres 1889 die radikalen Republikaner, die mit den Opportunisten nicht verwechselt sein wollen. Diese radikalen sozialistischen Republikaner, zu denen auch Bourgeois nebst seinen Kollegen von jeher gehört haben, unterscheiden sich streng von den Sozialisten, mit deren parlamentarischer Gruppe in der Kammer sie nie etwas zu thun gehabt haben. Die Radikal-Sozialisten haben im Gegentheil bei jeder Gelegenheit betont — wie das auch Bourgeois und die übrigen Kabinetmitglieder, Mesureux eingeschlossen, betont haben —, daß sie auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stehen.

Das hindert jedoch nicht, daß alle ehrlichen radikal-sozialistischen Republikaner mit Nothwendigkeit durch die Entwicklung der Dinge zum Sozialismus hingedrängt werden, denn der Sozialismus allein kann die Lebensbedingungen schaffen für eine demokratische Regierung und für eine ehrliche Republik — wir nehmen das Wort in seinem wörtlichen Sinn — eine Republik, in der nicht die Spießhüben herrschen, sondern die ehrlichen Leute.

Italien. In wenigen Tagen soll das Parlament wieder zusammentreten. Crispi hatte für diesen Zeitpunkt ganz bestimmt glänzende Waffenerfolge in Afrika erwartet, mit deren Hilfe er sich, um den kläffisch gewordenen Ausbruch zu gebrauchen, vor der Kammer und dem Lande mit Gott durchzulassen gedachte. Allein es ist anders gekommen. Die Waffenerfolge sind ausgeblieben — schwere Niederlagen haben die italienische Expeditionarmee heimgesucht, deren Rest in der Gefahr vollständiger Vernichtung schwebt. General Baratieri ist in vollem Rückzug. Im Dezember stand er 463 Kilometer von Massauah, d. h. vom Meer, nach den letzten Berichten war er nur noch 216 Kilometer davon entfernt. Das ganze dazwischen liegende Land mußte den Abessinern, den ursprünglichen Herren, preisgegeben werden;

und Baratieri wird von Glück sagen können, wenn er die Küste erreicht.

Jetzt erst, wo es wahrscheinlich schon zu spät ist, beginnt Crispi, der Italien mit bodenlosem Leichtsinne in dieses Abenteuer gestürzt hat, die ungeheure Größe der Aufgabe und den furchtbaren Ernst der Lage zu ahnen. Nun sollen mit einem Mal 50 000 Mann ausgerüstet und nach Afrika geworfen werden.

Aber das kostet ja viele, viele Millionen. Und werden die 50 000 Mann noch zur rechten Zeit eintreffen? Und wenn, was dann? Die Abessinier und Schoaner haben so bedeutende militärische Hilfsquellen; Klima und Terrain bieten der Vertheidigung solche Vortheile, daß sie selbst im Falle einer Niederlage im offenen Feld, den Krieg auf Jahre hinauszuziehen können. Woher aber die nötigen Gelder nehmen? Italien ist lange am Rande des Bankrotts — auch bei günstigstem Ausgange bedeutet dieser Krieg die Katastrophe unübersehbar. In Italien ist die Aufregung fieberhaft. Die wachsende Noth treibt die Massen mehr und mehr in das Lager der Sozialdemokratie und bald wird es besserer Nerven bedürfen, als der eisenstirnigen Crispi sie hat, um dem trivial von ihm entsetzten Sturm Trost bieten zu können.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem Ausschussantrag betreffend den Handel mit denaturirtem Brauntwein sowie dem Ausschussantrag zu dem Antrage Preußens betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse in Bäckereien und Konditoreien die Zustimmung ertheilt.

„Praxis und Theorie in der Politik“, so überschreibt die „Post“ ihre gewundene Antwort auf den offenen Brief des Professors Delbrück an Herrn Stumm über die Angriffe der Freikonservativen auf das allgemeine Wahlrecht. Das würdige Blatt sucht sich um die gestellten Fragen herumzubrideln, es geht bloß ein, daß nunmehr ernste Zweifel in der freikonservativen Partei entstanden sind, „ob die Voraussetzungen, unter denen über die gegen dasselbe hinsichtlich seiner sachlichen Richtigkeit bestehenden Bedenken hinweggesehen werden kann, noch vorhanden sind“.

Dann schreibt das Blatt:

Die Zunahme der Degeneration der Wähler, der Kandidaten und der Wahlen und das damit zusammenhängende Sinken des Niveaus der parlamentarischen Thätigkeit mit den zerrissenen parlamentarischen Parteien, die Zurückdrängung des Einflusses der gebildeten und von selbstlosem Patriotismus besetzten Elemente unseres Volkes gegenüber denen, welche lediglich und meist in der gewissenlossten Weise die größten materiellen Interessen und Leidenschaften nähren, die tiefe Zerküftung der Wählerschaft, welche sich in immer stärkerem Maße als der Rückstand jeder Reichstags-Wahl ergibt und schließlich das Hervortreten eines scharfen Klassengegensatzes zwischen den großen urtheilslosen Massen und der bescheidenen und gebildeten Minderheit sind Wirkungen des Reichswahlrechts, welche nur derjenige nicht sieht, welcher den Vorgängen des politischen Lebens fern steht und sie nur aus dem Volkenschauspiel der Gelehrtenwelt betrachtet.

Es kommt aber noch ein zweites Moment hinzu. Wie die Sozialisten einen in Wirklichkeit nicht vorhandenen Gegensatz von Arbeit und Kapital annehmen, weil sie die geistige Arbeit, welche der Erwerb und die Erhaltung größeren Besitzes bedingt, als solche nicht anerkennen, so wird völlig willkürlich ein Gegensatz zwischen Besitz und Bildung konstruirt, in dem letztere als Monopol der Gelehrtenwelt, insbesondere der an den Hochschulen thätigen Gelehrtenwelt angesehen wird.

Wir glauben durch Hervorhebung einiger Stellen durch gesperrten Druck uns jede weitere Kritik dieser Auseinandersetzungen des Organs der Stumm und Kardorf ersparen zu können.

Auf dem christlich-sozialen Parteitag wurde folgende Resolution des Grafen Solms-Laubach gefaßt:

1. Wir billigen den nach Lage der Sache unvermeidlichen Austritt Stöcker's aus der konservativen Partei.
2. Wir konstituieren uns hiermit zu einer selbständigen christlich-sozialen Partei und befähigen das Eisenacher Programm vom 6. Juni 1895. Wir bekämpfen nach wie vor jede konservative Richtung, die der Politik der Mittelparteien grundsätzliche Koncessionen macht, ebenso wie einen Konservatismus, der einseitig die materiellen Interessen vertritt.
3. Wir erstreben auch in Zukunft eine größere ökonomische Gleichstellung von Reich und Arm und die gesetzliche Unterstützung der Bestrebungen der wirtschaftlich Schwächeren. Aber wir verwerfen radikale Theorien, welche die absolute ökonomische Gleichheit aller vertreten. Ebenso bekämpfen wir die Machtentfaltung übergroßer Vermögen, insofern sie die Freiheit der Staaten oder die Wohlfahrt des Volkes gefährden.
4. Wir erachten den Kampf unter der Fahne des wahren lebendigen Christenthums als den einzigen siegreichenden gegen die Mächte des Umsturzes. Den Kampf gegen diesen nimmt die christlich-soziale Partei mit aller Kraft auf.

Auch die vom Pastor Wahl gestellte Resolution wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen:

„Die heute in Frankfurt a. M. u. f. w. erklären, daß ihnen ein politisches Zusammengehen mit der sogenannten jüngeren christlich-sozialen Richtung trotz mancherlei innerer Berührungspunkte schon deshalb nicht möglich ist, weil ihnen kein klares Programm jener Richtung gegenübersteht.“

Ueber die Organisation der Partei referirte Hofprediger Stöcker. Er empfahl eine Partei über das ganze Reich zu bilden und lokale wie staatliche oder provinzielle Mitgliedschaften zu organisiren.

Als Ehrenpräsident wurde Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Adolf Wagner-Berlin gewählt. Der erste Präsident ist Hofprediger a. D. Stöcker, der zweite Graf Solms-Laubach, Reichstags-Abgeordneter Prof. Hüpeden, P. Werner-Bedenborf, Dr. Burckhardt-Barmen und Schneidermeister Willenbrod-Dresden bilden mit dem Recht der Zuwahl den Vorstand.

Der Bund der Landwirthe berichtigt Auf vorgebrachten Formulare, dem der Bund der Landwirthe scheint den Gebrauch und Mißbrauch des § 11 des Preßgesetzes im großen zu betreiben, sendet uns der Direktor des Bundes der Landwirthe folgende zwei Berichtigungen:

1. In dem „Vorwärts“ vom 18. Februar 1896 findet sich die Behauptung, daß ich eine Verleumdungslage gegen den Pfarrer Caspar in Biesenthal angestrengt habe, weil derselbe in einer Wahlversammlung sagte, der Bund der Landwirthe arbeite mit Dug und Trug, sowie ferner, daß der von mir angestrebte Prozeß in zwei Instanzen zu meinen Ungunsten entschieden worden sei und daß ich nunmehr die enthandenen Kosten zu zahlen habe.

Demgegenüber erkläre ich:

Es ist un wahr, daß ich eine Verleumdungslage gegen den Pfarrer Caspar in Biesenthal überhaupt angestrengt habe.

II. In dem Bericht des „Vorwärts“ vom 19. Februar 1896 über die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe“ findet sich die Behauptung:

1. daß, während der „Bund der Landwirthe“ 189 000 Mitglieder zählen sollte, die Auflage des obligatorisch eingeführten Bundes-Wochenblattes nur 160 000 Stück betrage;
2. daß der „Bund der Landwirthe“ seinen Mitgliedern im vergangenen Jahre für mehr als 700 000 M. Düngemittel vermittelt habe.
Demgegenüber habe ich zu erklären:
ad 1. Es ist unklar, daß das Bundes-Wochenblatt obligatorisch eingeführt ist. Dasselbe erhalten nur die mindestens 2 M. Jahresbeitrag zahlenden Mitglieder. Einen Rückschluß von der Höhe der Auflage des Bundes-Wochenblattes auf die Zahl der Mitglieder zu ziehen ist daher unrichtig.
ad 2. Nach dem von Herrn Reichstagsgraphen Cohnen gefertigten stenographischen Bericht über die Verhandlungen während der Generalversammlung habe ich wörtlich folgendes gesagt:
„Es wurde an Düngemitteln im letzten Jahre vermittelt mehr als 700 000 Zentner, also eine Viertel Million mehr als im vergangenen Jahre.“

— Zum Essener Meineids-Prozess wird der „Heimlich-Weissfährten Arbeiter-Zeitung“ aus Herne berichtet: Vergamann Thiel von hier, der einzige Angeklagte, bei welchem in dem bekannten Meineidsprozess Schröder und Genossen fahrlässiger Meineid angenommen wurde, ist nach überstandener sechsmonatiger Gefängnisstrafe aus dem Gefängnis zu Siegburg entlassen worden. Thiel bleibt dabei, damals die Wahrheit beschworen zu haben, und, falls er zu dem Prozess des Redakteurs Hofrichter in Köln als Zeuge geladen werde, dann könnte er, wollte er nicht die Unwahrheit sagen und meineidig werden, nichts anderes bekunden, als was er seinerzeit beim Essener Prozess unter Eid ausgesagt, selbst wenn ihm dadurch ausser schwere Zuchthausstrafe drohe.

Hamburg, 27. Februar. (Eig. Bericht.) Ueber 20 000 Personen protestierten gestern Abend in 16 großen Versammlungen im Hamburger Stadtgebiet gegen die Hamburger Verschleppungspolitik und die Rechtlosigkeit der arbeitenden Klassen im Hamburger Staatswesen. Eine dahingehende Resolution wurde überall unter stürmischem Beifall angenommen.

Oesterreich.
Wien, 26. Februar. Im Ausschuss für die Wahlreformvorlage führte Ministerpräsident Graf Badeni aus, er müsse großes Gewicht darauf legen, daß die Wahlreform thunlichst gefördert, eventuell in möglichst kurzer Zeit zu Stande gebracht werde. Eine rasche Erledigung liege nicht so sehr im Interesse der Regierung, als des Staates, des Hauses, der Parteien und der Bevölkerung. Daß die Vorlage schwache Seiten habe, sei schon in der ersten Debatte im Abgeordnetenhaus zugegeben worden und er mache ausdrücklich auf dieselben aufmerksam. In den erläuternden Bemerkungen zu der Vorlage sei ebenfalls darauf hingewiesen worden. Sein heutiges Eingreifen in die Debatte bezwecke den Stand der Dinge zu präzisieren. Bestehende Interessen würden durch die Vorlage nicht geschädigt. Andererseits habe eine Erweiterung des Wahlrechts nicht nur wegen der früheren Regierungsvorlagen nötig geschienen, sondern auch deshalb, weil nach der eigenen Ansicht der Regierung hauptsächlich ein Anspruch der bisher Nicht-Wahlberechtigten auf Gewährleistung des Wahlrechts vorhanden sei. Die Vorlage sei derart abgefaßt, daß man mittels derselben der Gefahr entgegen dürfe, das allgemeine Wahlrecht zu einer unpassenden Zeit einführen zu müssen. Keine Partei brauche durch Annahme der Vorlage von ihren Grundsätzen etwas Wesentliches preiszugeben. Gegenüber Amendements werde die Regierung wohlwollendes Entgegenkommen beweisen, sofern dieselben sich innerhalb gewisser Grenzen bewegten. Ueber die festgesetzte Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten werde die Regierung nicht hinausgehen, auch wolle sie keinen Schritt in entgegengegesetztem Sinne gehen. In bezug auf das direkte oder indirekte Wahlrecht müsse die Entscheidung den Landtagen überlassen bleiben. Graf Badeni wiederholte nochmals bringend den Wunsch, das Haus möge die Frage in kürzester Frist erledigen.
Vor der Rede des Ministerpräsidenten hatte der jugoslawische Abgeordnete Brzora d'Ubergang zur Tagesordnung über die Regierungsvorlage und Annahme des Antrages Slawil auf ein allgemeines Wahlrecht beantragt. Abg. Romanowitsch bestritt einen Antrag Barenther, betreffend Wahlmischbrüche. Abg. Bauer wünschte Feststellung einer qualifizierten Majorität für weitere Änderungen der Wahlordnung in den Kurien der Landgemeinden und Städte. Abg. Depauli verlangte Herabsetzung des Zensus. Nach der Rede des Ministerpräsidenten sprach Abg. Goch. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Abg. Srenzi trat für eine Minoritätsvertretung ein. Abg. Lupul begrüßte die Wahrung der Individualität der Länder als einen Vorzug der Vorlage. Nächste Sitzung Freitag.

Wien, 27. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Der Ackerbauminister Graf v. Ledebur-Wicheln brachte einen Gesetzentwurf ein betr. die Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirthe.

Frankreich.
— Gegen die Einkommensteuer, also gegen die Regierung erklärte sich der Präsident der Budgetkommission, Gachery, in seiner Ansprache zur Eröffnung der Kommissionsverhandlung. Er will nichts wissen von Schnüffeln in die Vermögensverhältnisse, nichts von „Ungleichheit der Bürger“ etc. Die „Ungleichheit“ soll darin bestehen, daß die Reichen mehr Steuern auf das Hundert des Einkommens bezahlen sollen als die Armen. Die Herren Geldsäcke scheinen das Wort „Ungleichheit“ eben so schamlos mißbrauchen zu wollen, wie sie ein halbes Jahrhundert lang und mehr das Wort „Freiheit“ mißbraucht haben.
Die Regierung läßt sich übrigens durch derartige Demonstrationen nicht aus der Fassung bringen. Die Reformbewegung gegen den Senat ist im Wachsen und durch den ernsthaften Versuch, endlich einmal den Schmutz aus dem Staate herauszuschaffen, hat die Regierung sich solche Sympathien im Land erworben, daß es den Herrn Panamisten aller Art nicht so leicht werden wird, sie zu stürzen. Ruy doch sogar die „Kreuz-Zeitung“ heute in ihrem Abend-Beitrag zugeben, daß das radikale Ministerium (sie sagt: „das sozialistische“) sich verdient gemacht habe um die Sache der öffentlichen Moral.

— Präsident Faure wird eine Reise durch Frankreich machen. Die Reaktionen fürchten, er werde im Lande gegen sie agitieren.
— Der Arton-Prozess wirft seine Schatten voraus. Die Untersuchung darüber, warum Arton so lange nicht verhaftet ward, scheint greifbare Resultate ergeben zu haben. Namentlich scheint der Ex-Minister Ribot arg kompromittiert.

Belgien.
— Gegen die Einkommensteuer, das heißt gegen die Konfiskation und den Militarismus fand am Sonntag in Brüssel vom „Raison du Peuple“ (Volkshaus) ausgehend eine imposante Demonstration statt, an der sich über 12 000 Menschen: Männer und Frauen — auch eine beträchtliche Zahl von Rekruten — beteiligten. Nach Ansprachen im Raison du Peuple bewegte sich der Zug, die sozialistischen Abgeordneten und die Redaktion des

„Peuple“ an der Spitze, durch die Stadt. Rote Fahnen mit bezeichnenden Aufschriften: „Nieder mit den Kriegen!“ „Wenn der Kapitalismus gefallen, dann ist Friede!“ „Nieder mit der Einkommensteuer!“ u. s. w. befehlten das Volk über den Zweck der Kundgebung. Die Polizei machte keine Hindernisse, und so verlief alles in Ruhe und Ordnung.

England.
— Goschen, der erste Lord der Admiralität, hielt gestern im Unionistenklub eine Rede, aus der folgender Passus von Interesse für uns ist:
„Einige Streitfragen seien noch unerledigt geblieben. Ohne diplomatische Geheimnisse zu verrathen, könne er erwähnen, daß ein hochbedeutender deutscher Staatsmann, jedoch nicht etwa Fürst Bismarck, in vergangenen Jahren überzeugt gewesen sei, England werde es niemals wagen, seine Interessen im Auslande mit Gewalt zu schützen, und könne zu Kriegsoperationen nur durch einen Angriff auf das Zentrum seiner Interessen in England selbst gezwungen werden. Einer gefährlicheren Täuschung habe sich noch nie ein verantwortlicher Staatsmann hingeeben; er hoffe indessen, daß mit dieser Ansicht gebrochen sei und daß denjenigen, welche eine ähnliche Anschauung hätten, durch die jüngsten Ereignisse der Fremde benommen sei. Die Beziehungen der englischen Regierung zum deutschen Kaiser seien so herzlich, wie sie im gegenwärtigen Zeitpunkt nur sein könnten, und sie würden beiderseits aufrecht erhalten von Männern, die sich dessen bewußt wären, daß jeder einzelne seine eigenen Rechte und Interessen verteidigen müsse. Bezüglich der Sonderstellung Englands, erklärte Redner, England würde mit Freuden in verschiedene Gruppen der fremden Mächte aufgenommen werden, es sei indessen nicht willens, die verlangte anschließliche Eingabe zu gewähren. Deshalb sei man etwas ärgerlich über England; man habe den Versuch gemacht, England zum Anschluß an eine Gruppe von Mächten zu bewegen. England habe aber dem Bestreben, es zu fangen, widerstanden und dadurch Erbitterung hervorgerufen. Die Sonderstellung Englands beruhe nicht auf der Schwäche, sondern auf der Freiheit des Handelns. Redner schloß, indem er der Freude darüber Ausdruck gab, daß das ganze Land durch die jüngsten Ereignisse von der Nothwendigkeit überzeugt sei, Maßregeln bezüglich der Flotte zu treffen, welche die Wirksamkeit des auswärtigen Amtes verstärken und das Land befähigen würden, jeder Eventualität, die sich etwa zeigen möchte, zu begegnen.“

Wer der „hochbedeutende deutsche Staatsmann“ wohl ist? Doch nicht Herr von Marschall. Dieser hat bisher keinen Grund gegeben, ihm eine solche Dummheit zuzutrauen.

London, 27. Februar. Bei der Wahl in Bichfield wurde der Radikale Barner mit 4483 Stimmen gegen den Unionisten Darwin mit 3955 Stimmen gewählt. Barner tritt an Stelle des Radikalen Jursford, dessen Wahl, welche im vorigen Jahre nur eine Mehrheit von 44 Stimmen erzielte, für ungültig erklärt wurde. Dies ist im Verlaufe weniger Tage die dritte Nachwahl, die mit einer Niederlage der Regierung endet.

Italien.
Rom, 26. Februar. Wie die Abendblätter melden, wäre General Baldissera im Geheimen von Brindisi abgereist und sei im Begriffe, nach Port Said zu gehen, von wo er sich nach Griechenland begeben wolle, um das Oberkommando über die Kolonialtruppen zu übernehmen.

General Baratieri, der durch die Entsendung eines neuen Oberkommandanten nun auch von der Regierung ein Misstrauensvotum erhält, befehlte sich deshalb wieder, Siege zu melden, was bekanntlich besonders bei großen Entfernungen bedeutend leichter ist, als Siege zu erleiden. So meldet er nun: Oberst Stevani, welcher den wichtigen Punkt Matmarat befehligt, stieß auf einem Reconnoissirungsmarsche heute früh mit einer ungefähr 1000 Gewehre starken Schaar des von den Italienern abgefallenen Ras Sebat zusammen. Er griff dieselbe an, schlug und zerstreute sie. Die Aufständischen hatten einen Verlust von ungefähr 80 Todten und 100 Verwundeten. Die Italiener verloren an Weissen 5 Todte und 12 Verwundete, an Eingeborenen 4 Todte und 16 Verwundete. Am Kampfe nahmen zwei Bataillone Bersaglieri, zwei Kompagnien Eingeborene und eine Batterie theil.

Spanien.
Madrid, 26. Februar. Der Ministerrath beschloß die Auflösung der Cortes (des Parlaments). Die Neuwahlen für die Deputirtenkammer sind auf den 12. April, die der Senatoren auf den 26. April festgesetzt. Die Kammern sollen am 11. Mai zusammentreten.

Türkei.
Konstantinopel, 25. Februar. (Times.) Revolutionäre Schriften werden von Agenten, die mit Revolvern bewaffnet sind, in großer Anzahl in den entlegenen Theilen der Stadt verbreitet. Die Polizei hat Befehl erhalten, nicht einzuschreiten, da man im Hinblick auf die Befürchtung, daß der Gebrauch von Feuerwaffen auf die Bevölkerung eine verhängnisvolle Wirkung haben könnte. Alle diese Schriften sind gegen eine Anwendung von Gewalt gerichtet.
Der Sultan hat angeordnet, daß zwei kaiserliche Firmans vorbereitet werden, durch welche Prinz Ferdinand zum Fürsten von Bulgarien bzw. zum Generalgouverneur von Ost-Rumelien ernannt wird.

Amerika.
Washington, 27. Februar. (C. N. of G.) Präsident Cleveland, unterstützt vom Doyen des Senats, Sherman von Ohio, und dem Vorsitz der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, hat sich in der heutigen Kabinettsitzung zu gunsten amerikanischer Intervention in den Angelegenheiten der kubanischen Freiheitskämpfer ausgesprochen, mit dem Vorbehalt jedoch, daß diese Intervention erst dann geschehe, wenn die Regierzeit dem offenen Feldzuge ohne dies Einhalt thue. Die Republikaner bringen dagegen auf sofortige Schritte seitens der Regierung.

— Nach einer Depesche der Madrider Zeitung „Geraldo“ aus Havannah haben sechs Zusammenstöße zwischen den spanischen Truppen und den Aufständischen stattgefunden. Am bedeutendsten war der Zusammenstoß an der Eisenbahn von Jovellanos. Dort griff eine Truppenabtheilung die 4000 Mann starke Schaar Maceo's an und bemächtigte sich deren Stellungen. Die Aufständischen verloren 42 Todte und 6 Gefangene. Auf Seiten der Spanier wurden 18 Mann verwundet. Von spanischen Siegen wird hier nichts gemeldet.
Die amerikanischen Journalisten, welche in Havannah festgenommen worden waren, sind gegen ihr Ehrenwort, Kuba sofort zu verlassen, wieder in Freiheit gesetzt worden.

Der Ausstand der Textilarbeiter in Kottbus.

Die Fabrikanten-Koalition veröffentlicht in Berliner Zeitungen und auch in den einflussreichen Zeitungen anderer Städte folgende Erklärung:
„Die im Namen der streikenden Arbeiter veröffentlichten Darstellungen zwingen uns zur Berichtigung: Als im Mai v. J. der Frieden durch das weite Entgegenkommen der Arbeitgeber bald hergestellt war, ergingen sich gerade die jetzigen Führer der Arbeiter in den lebhaftesten Dankungen und bereits im Juli war es fest beschlossene Sache, daß in diesem Frühjahr gestreikt werde.
Die hiesigen Textilarbeiter sind unverhältnismäßig — um 25 bis 30 pCt. — besser gestellt, als in allen Nachbarstädten und selbst höher als in den meisten rheinischen Fabriken, in denen das Leben theurer ist als hier. Die Kottbuser Industrie

hat infolge dessen in den letzten sechs Jahren unausgesetzt gelitten, während sie sich, in den Nachbarstädten in demselben Maße hob.

8 bis 15 Mark, wie das Flugblatt der Arbeiter angiebt, erhalten junge Leute und solche, welche einfache Arbeiten verrichten. Geübte, fleißige und geschickte Weber und andere gelernte Arbeiter haben zwischen 15 und 25 Mark in der Woche verdient.
Die Arbeitszeit ist bei den Mitgliedern des Vereins, die 7/10 der gesamten hiesigen Textilarbeiter beschäftigen, eine 11stündige und wurde nur in seltenen Fällen im vollsten Einvernehmen mit den Arbeitern überschritten. Wenn Arbeiter bei einer dem Verein nicht angehörigen Firma nachgearbeitet haben, was wir mißbilligen, so haben sie wohl gewußt, daß sie hierzu nicht verpflichtet waren, und freiwillig und aus Gewinnsucht das Uebermaß an Arbeit und Anstrengung übernommen.
Wenn die Arbeiter über die Behandlung durch Beamte zu klagen hatten, haben sie stets Gehör gefunden. Für jeden Mißgriff den Arbeitgeber selbst verantwortlich zu machen, wäre ebenso falsch, als wenn wir die Schuld einzelner Heher, welche planmäßig in die Fabriken vertheilt worden sind, und die Verantwortlichkeit dafür, daß die Fabriken abgeperrt, friedliche Arbeiter mißhandelt und schuldlose Frauen und Kinder auf der Strafe insultrirt worden sind, der ganzen Arbeiterschaft zur Last legen wollten.“

Trotz der an sich schon hohen Löhne sind in der vergangenen Woche von vielen Arbeitgebern noch weitere Erhöhungen zu finden. Anfanglich durch diese Erhöhungen sehr zufriedengestellt, haben dieselben Arbeiter wenige Stunden später auf Befehl der Agitatoren noch höhere Forderungen erhoben, welche nun allerdings abgelehnt werden mußten.
In etwa 12 Fabriken haben hierauf die Arbeiter ohne Kündigung und unter Kontraktbruch sofort die Arbeit niedergelegt.
Um diese Fabriken zu schätzen, haben die übrigen Mitglieder des Vereins als Gegenmaßregel ihren Arbeitern am 21. d. M. zum 7. März cr. gekündigt.
Die Arbeiter hätten also noch ruhig 14 Tage bei der Arbeit bleiben können und es wäre in dieser Zeit ein Umschlag ihrer Stimmung nicht ausgeschlossen gewesen. Ein großer Theil von ihnen war hierzu auch gern bereit, ist jedoch durch Schmähungen und Drohungen anderer abgehalten worden; die Fabriken waren von Agitatorenposten umstellt.
Wenn, wie behauptet wird, 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Strafe liegen und 16 000 Köpfe brotlos sind, so ist keiner von ihnen in diese Lage durch die Arbeitgeber, sondern durch eigenen Willen und durch Nachgiebigkeit gegen agitatorischen Zwang veretzt worden.
Die schweren und dauernden Folgen, durch welche die Arbeiter selbst, die Arbeitgeber, die ganze Industrie und die Gemeinde geschädigt werden, sind nicht den Fabrikanten, sondern den Hehern und Agitatoren und der gegen dieselben von den Arbeitern bewiesenen Schwäche zur Last zu legen.
Verein zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Tuchfabrikanten zu Kottbus.“

Diese Erklärung zeigt die Schwäche der Fabrikantenposition auch dem blödesten Auge. Löhne von 8—15 M. werden dadurch noch lange nicht genügend, daß die Personen, die sie bekommen, einfache Arbeiten verrichten. Aber selbst die geübten, fleißigen und geschickten Arbeiter verdienen nach eigenem Geständniß der Fabrikanten nur zwischen 15 und 25 M. Es ist bestimmt anzunehmen, daß die Löhne nicht in der Nähe der 25 M., sondern in der Nähe der 15 M. herumschwanken, sonst würde das streikende Proletariat der Kottbuser Tuchmacherei sicherlich höhere Forderungen stellen, als es der Fall ist. Wie wir schon in der Mittwochsnnummer mittheilten, wird eine Regulirung der Preise nach der Richtung hin verlangt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen bei voller Arbeit eines Wochenverdienstes sicher sind, der je nach der technischen Rangstufe der Arbeitsleistung 18,50—22 M. beträgt. Für junge Leute unter 18 Jahren werden 16 Pf. Stundenlohn gefordert. Daß die Bewilligung dieser gewiß nicht übermäßigen Forderungen die Kottbuser Textilmacherei Konkurrenzunfähig machen würde, glaubt den Fabrikanten niemand, und gewiß am wenigsten glauben es die Fabrikanten selbst. Wenn wirklich die übrigen schlechteren Löhne zahlen sollten als ihre Kollegen in Kottbus, was vorderhand noch zu beweisen bleibt, so mögen die Kottbuser Fabrikanten ihre gewiß noch lange nicht ärmtliche Profitrate etwas herabsetzen. Jedenfalls bleibt es auch für sie kein Recht, die Proletarier, auf deren Arbeit doch die Unternehmer-Existenz gegründet ist, ewig am Hungertuch nagen zu lassen.

Die übrigen Angaben der Fabrikanten-Erklärung sind so nichtsagend, daß ein Eingehen darauf überflüssig ist. Bemerkenswert nur nach, daß die Arbeiter der Fabrikanten-Koalition wohlweislich verschweigen, daß eine Anzahl Fabrikanten sich bereits mit ihren Arbeitern geeinigt hatten und zur Kündigung ihrer Personale sich nur genöthigt fühlten, weil auf Zuwiderhandlung gegen die Beschlüsse des Fabrikantenvereins eine Konventionalstrafe von 800 M. für jeden Wehthul gefestigt ist.

Kurzum, die Kottbuser Fabrikanten hätten gescheiter gethan, die Hunderte von Mark, die die Veröffentlichung ihrer belanglosen Erklärung im Annoncenbeile der Zeitungen kostet, zur Aufbesserung der jämmerlichen Löhne ihrer Personale zu verwenden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 27. Febr.
Stadtverordneten-Vorsitzer Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.
Stadtv. Dr. Schwalbe berichtet über die Vorlage, betreffend die anderweitige Organisation der städtischen Webeschule. Danach soll die Schule in eine „Städtische Höhere Webeschule, verbunden mit Wirtz-, Posamentier- und Färbereischule“ mit besonderen Kurien für Stabirende der Wirtzerei, Studierende der Posamenterei, Musterzeichner, sowie für Kaufleute des Textilgeschäftes und für Färbereibehelfer ausgestattet werden. Der Ausschuss beantragt, daß die Versammlung sich mit den Aenderungen des Organisationsplans einverstanden erklärt, jedoch den Magistrat ersucht, in Verbindung mit dem Ministerium und den übrigen Webeschulen vom Staatsjahre 1897/98 ab eine Aenderung dahin herbeizuführen, daß der bezüglich des Schulgeldes gemachte Unterschied zwischen Preußen und nicht-preussischen Deutschen wegfalle und statt dessen für „Deutsche“ ein jährliches Schulgeld von 200 M. bzw. für Hospitanten von 10 M. festgesetzt werde. Ferner soll die Versammlung den Magistrat ersuchen, für größere und häufigere Bekanntmachung der städtischen höheren Webeschule Sorge zu tragen und die Mittel dazu event. durch Verstärkung der betreffenden Etatsposition bereit zu stellen.
Die Versammlung nimmt ohne Debatte die Anträge des Ausschusses an.
Es folgt die Vorlage betreffend die Festschließung des Stadthaushalts-Etats für 1896/97. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 89 117 812 M. ab, d. h. 1 268 353 M. weniger als im Vorjahre.
Rämmerer macht: Der Etat balancirt mit 89 117 812 M. Die festen Steuern ergeben 5 542 000 M., die Gemeindegeldsteuer 15 848 000 M., die Gewerbesteuer 5 860 000 M., die Einkommensteuer 22 261 000 M. Es werden erhoben 148 pCt. an Realsteuern und 89 1/2 pCt. an Personalsteuern, im laufenden Etat waren es 144 beziehungsweise 96 pCt. Es sind ganz geringfügige Mehrbedürfnisse erforderlich. Der

Etat ist mit Knappheit und Sparfamkeit bemessen. Abgesehen von der einen Million für den Insektenschutz ist keine Position darin, die Ihnen nicht schon bekannt ist. Die Steuerreform hat sich bezüglich der drei Hauptsteuern ohne Schwierigkeiten vollzogen, die Umsatzsteuer muß aber noch umgestaltet werden, sie hat statt zwei Millionen nur eine Million erbracht. Sie macht sich aber (Heiterkeit) und wird noch besser werden. Ein Schmerzkind ist dagegen die Bauplatzsteuer. (Zustimmung.) Die Vermehrung darüber ist aber viel übertrieben, man sprach von einer Belastung mit 11 Millionen und es sind nur 1 1/2 Millionen. Wir müssen aber erst Erfahrungen sammeln, ehe wir ein abschließendes Urteil fällen können. 1 pSt. mag für viele Fälle allerdings zu hoch sein; es fragt sich nur, wie Remeder einzutreten hat. Es ist keine Baustellensteuer, besteuert soll der Mehrerwerb eines Grundstücks werden, der dadurch entsteht, daß eine Bauplatzlinie festgesetzt wird. Wir wollen erst eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abwarten und bis dahin die Bauplatzsteuer nicht erhöhen. Der Beitrag des Staats zu den Volksschulkosten ist mit 970 000 M. wieder eingestellt, obwohl er uns durch das Lohnbefolgungsgesetz vom 1. Oktober ab bis auf ein Minimum genommen werden soll. Der Stadtag hat dagegen eine Petition eingereicht, wir können nur wünschen, daß sie Erfolg haben möge. Redner wendet sich schließlich gegen die Annahme, als ob die Stadt von der Steuerreform Vorteil gehabt habe.

Stadt. G e r s t e n b e r g: Wir stehen diesmal nicht nur mit Wohlwollen, sondern mit Anerkennung dem Etat gegenüber, denn es hieß schon in den Zeitungen, daß 120 pSt. Einkommensteuer erhoben werden würden. Ich kann dem Kammerer in allem nur beipflichten, die Steuerreform hat uns keinen Vorteil gebracht, aber unser Finanzsystem ist immerhin noch ein gesundes. Ausgebaut werden muß aber noch das Gebiet der Abgaben und Gebühren. Durch die Verbreiterung der Königsstraße werden z. B. die Grundstücke werthvoller, sie können also besonders herangezogen werden. So können wir das Kommunalabgabengesetz noch mehr für uns ausnutzen. Mit der Verbilligung der Gaspreise sind wir auf richtigem Wege, der Ausfall wird durch die Vermehrung des Konsums gedeckt. Die Zuschüsse an die Schulen sind sehr ungleich, für einen Schüler ist zu zahlen ein Zuschuß an Gemeindefschulen 60 M., an Gymnasien 108 M. und an Realschulen 120 M. Das beweist, daß die Erhöhung des Schulgeldes den Besuch der Volksschulen vermindert hat. Auffallend ist der Rückgang der Ausgaben für die Irren-Anstalten, wohl infolge geringerer Belegung. Die beiden Bade-Anstalten in Reabit und an der Schillingstraße bedürfen eines geringeren Zuschusses, nehmen also einen erfreulichen Fortgang. Zum ersten Mal zeigen sich die Erfolge der Dienstaterszulagen. Ich danke dem Magistrat, daß er uns mit dem Etat den rechten Weg zu weiser Sparfamkeit gezeigt hat.

Stadt. K a l i s c h: Ganz so günstig kann ich den Etat nicht ansehen. Die Schulden der Stadt hoben auf den Kopf der Bevölkerung berechnet nicht abgenommen. Mit der Ermäßigung der Gaspreise haben wir einen großen Fortschritt gemacht. Ich bitte aber den Magistrat, den eigenen Gasverbrauch der Stadt genau festzustellen und im Etat mitzutheilen. Ferner bitte ich um eine Regelung der Gehälter an den städtischen Beamten. Der Besuch der höheren Schulen hat sich vermindert, aber wohl nicht infolge der Schulgeld-Erhöhung, denn die Frequenz an künftigen Anstalten ist auch geringer geworden. Der Grund liegt wahrscheinlich an der Einführung der zweijährigen Dienstzeit, infolge deren viele, welche nur das einjährige Zeugnis erwerben wollen, nicht mehr die höheren Anstalten besuchen. Den Magistrat ersuche ich ferner um eine Gleichlegung der Schulkosten an Volksschulen und Gymnasien. Den Tiefbau-Etat hätte ich gern etwas laxer gefaßt gesehen. Sehr erntlich ist mir die Einstellung von 100 000 M. für den Neubau der Potsdamer Brücke, leider soll aber die Potsdamerstraße nur bis zur Bülowstraße verbreitert werden, es wäre bis zur Bülowstraße notwendig. Den Bau der sogenannten Köbener Brücke können wir uns dagegen sparen (Widerspruch). Redner bespricht noch eine ganze Reihe einzelner Etats und bemängelt besonders die Vermehrung des Polizei-Etats. Bei der Umsatzsteuer war die Freilassung der subhaftierten Grundstücke ein Fehler, wir werden einen Antrag einbringen, um denselben wieder gut zu machen. Dann wird die Umsatzsteuer bedeutend mehr einbringen. Wir werden den Etat sorgfältig prüfen, es wird aber nicht viel daran auszufehen sein. Das Gewerbegericht hat sich als Einigungsamt in den letzten Tagen so vortrefflich bewährt, daß ich wohl in Ihrem Sinne spreche, wenn ich den beteiligten Herren unseren Dank sage.

Stadt. S i n g e r: Die Bauplatzsteuer bleibt am besten außer Hebung, solange die Judikatur die Sache nicht festgestellt hat. Sie ist aber eine durchaus gesunde und gerechte kommunal-Steuer, indem sie die Grundstücks-Spekulation trifft. Die Mehrheit der Versammlung will sie allerdings nicht, denn die Hälfte unserer Mitglieder besteht ja aus Grundbesitzern. Auf dem Gebiet der Schule ist noch viel zu thun; unser Schmerzkind ist der Antrag auf unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel. 40 000 M. sind dafür angelegt, 22 000 M. aber nur verbraucht. Daran darf man nicht schließen, daß die Summe anreichend ist. Die Zuwendungen werden jetzt durch die Schulkommission an Bedürftige verteilt, viele Eltern wollen aber ihre Verhältnisse nicht von Bekannten aus ihrem Bezirke prüfen lassen und gehen daher der Zuwendung verlustig. Statt des Schulkollegiums muß daher das Lehrerkollegium oder der Direktor die Vertheilung beschließen. Die Kinder werden häufig von den Eltern, die früh beschäftigt sind, zu früh aus dem Hause geschickt und stehen schon vor 7/8 Uhr vor der Gemeindefschule. Dieser Uebelstand, der besonders im Winter der Gesundheit der Kinder nachträglich ist, muß dadurch beseitigt werden, daß wenigstens ein Zimmer für diese Kinder geöffnet wird. Die Schulklassen müßten ferner täglich durch Aufwischen gereinigt werden. Man klagt über den Rückgang des Fortbildungsschulwesens und über die neuerliche Einschränkung des Sonntags-Unterrichts wegen des Gottesdienstes. Dies wird hoffentlich ein Ansporn sein, unsern Antrag anzunehmen, der die Arbeitgeber verpflichtet, ihren Arbeitern unter 18 Jahren in der Woche die Zeit für die Fortbildungsschule zu gewähren. Die städtische Gesundheitspflege wird viel zu wenig beachtet; kleinere Städte haben uns darin überflügelt. Durch Schulärzte müssen die Kinder einer dauernden Kontrolle unterworfen werden, namentlich mit Rücksicht auf die Kurzsichtigkeit. Dieses wichtige Ressort ressortirt nebenbei von der Armendirektion. Redner verliest den Bericht der Armendirektion in bezug auf die mangelhaften Wohnungsverhältnisse in manchen Bezirken. Diese Verhältnisse werden nicht eher besser werden, als bis wir ein städtisches Gesundheitsamt geschaffen haben, von dem alle diese Fragen ressortiren. Wir verlangen ferner die Unentgeltlichkeit der Disinsektion. Es ist fraglich, ob die jetzigen Anstalten groß genug sind, um allen Anforderungen zu genügen. Dieser Zweig unterliegt auch der Armendirektion. Nach deren Bericht ist nur in einem Jahre in 200 Fällen desinsektiert worden, das ist nicht entfernt die Hälfte, wo durch ansteckende Krankheiten eine Desinsektion nöthig gewesen wäre.

Es ist überhaupt eine größere soziale Fürsorge für die Bevölkerung nöthig. Das Gewerbegericht ist erst durch das Reichsgesetz erzwungen worden, während Leipzig und andere Städte längst ein Gewerbegericht hatten. Die jetzige Gewerbe-Deputation kann die soziale Fürsorge nicht genügend ausüben. Wir müssen ein städtisches Arbeitsamt und einen städtischen Arbeitsnachweis einrichten. Mit den für die Stadt beschäftigten Unternehmern feste Kontrakte über Löhne und Arbeitszeit der Arbeiter geschlossen werden.

Die Bauverwaltung scheint mehr und mehr die Arbeiten der Privatunternehmer zu übertragen, um der sozialen Pflicht gegen die Arbeiter, auch in bezug auf Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, überhoben zu sein; der Schutz gegen die Arbeitslosigkeit ist die beste Armenunterstützung. Amsterdam, London, Paris schließen mit den Unternehmern feste Kontrakte über die Bedingungen für die Arbeiter ab. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Auch in Berlin muß die Stadtverwaltung begreifen, daß sie sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen hat. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, nicht nur über den Etat zu sprechen, sondern die Aufmerksamkeit auf alle diese Aufgaben zu lenken, die erfüllt werden müssen, weil die Ehre unserer Stadt dabei im Spiele ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. M o m m s e n will nicht auf alle diese Wünsche eingehen, die Versammlung habe die ganze Bürgerchaft zu vertreten, nicht nur die Kreise, welche Herr Singer vertritt. Die Gesundheitspflege ressortirt nicht von der Armendirektion, den guten Ruf in bezug auf Gesundheitspflege, den Berlin hat, wollen wir uns nicht nehmen. (Zustimmung.) Der Etat ist sparsam aufgestellt und die Steuerlast wird nicht größer. Die Verhältnisse haben sich gebessert, wie aus den Ergebnissen der staatlichen Einkommensteuer hervorgeht; da das Steuersoll der staatlichen Einkommensteuer steigt, können wir den Prozentsatz unserer Zuschläge vielleicht noch ermäßigen. Im Hochbau-Etat und im Tiefbau-Etat finden wir neue Forderungen, für welche die Projekte noch nicht feststehen; diese müßten wir aber erst abwarten, ehe wir die Forderungen bewilligen können. Die Bauplatzsteuer bleibt vorläufig am besten außer Hebung. Ein Schlusssatz wird abgelehnt.

Stadt. H u g o S a c h s befreit dem Stadt. Singer, daß die Versammlung sich auf die Einrichtung des Gewerbegerichts erst gezwungen eingelassen habe, ein Ortsstatut sei lange vorher beraten, aber nicht genehmigt worden. Nicht 200 Desinsektionen haben in einem Jahre stattgefunden, sondern 7990. Redner widerspricht der Anregung das indirekte Steuersystem auszubauen. Eine Reihe von Vororten haben allerdings nach der Biersteuer-Musterordnung des Herrn Finanzministers Miquel das in Berlin gebrauchte Bier besteuert. Berlin müsse demgegenüber zu Retorsionsmaßnahmen greifen und Produkte aus den Vororten nicht unbesteuert einlassen.

Stadt. S i n g e r erwidert, daß es erst des Eintretens der Sozialdemokraten in diese Versammlung bedurft hätte, um für das Gewerbegericht ein Ortsstatut zu erlassen. Das Reichsgesetz über die Gewerbegerichts-Statute von 1890, für Berlin sei das Gewerbegericht erst 1892 eingerichtet worden.

Darauf wird der Etat einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Zur Kenntnismahme hat der Magistrat die Reiseberichte von 13 Beamten und Lehrern, welche mit städtischer Unterstützung die Weltausstellung in Chicago besucht haben, vorgelegt.

Nach kurzer Debatte werden die Berichte einem Ausschuss von 5 Mitgliedern überwiesen.

Mit der losen Ueberlassung des Festsaales im Rathsaule für Sonntags- und 29. Februar ex. nachmittags, an den Berliner Verein für häusliche Gesundheitspflege bezugs Abhaltung einer Generalversammlung erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Vorlage, betreffend den Erwerb von Ländereien zur Erweiterung der nördlichen Riefelfelder wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

In die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Riefelfelder werden die Stadt. K a l i s c h und W a l l a c h gewählt.

Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß durch den Professor an der Technischen Hochschule Dr. W e d d i n g ein Zyklus von 12 Doppelvorlesungen über den heutigen Stand der Elektrotechnik für städtische Beamte veranstaltet und zur Bestreitung des Honorars und der Unkosten 2500 Mark aus den Ueberschüssen des Rechnungsjahres 1894/95 bereit gestellt werden.

Stadt. M e y e r spricht sich gegen diesen Plan aus.

Stadt. V o r s t e h e r L a n g e r h a n s b e g e g n e t.

Stadt. S i n g e r versteht nicht den Widerstand und die angeführten Gründe gegen die Vorlage. Mit der Ablehnung der Vorlage stelle man sich ein Armutsgesetz auf.

Die Vorlage wird einem Ausschuss überwiesen.

Schlus gegen 9 1/2 Uhr.

in Berlin, bei welcher Herr von Kunowski die Stellung eines Generalagenten inne hatte. Im Jahre 1885 wurde dem Herrn v. Hammerstein aus der Kasse der „Vorussia“ ein Darlehn von 15 000 Mark gewährt. Er hatte dafür ein Pfand hingegeben, dessen Sicherheit einigermaßen zweifelhaft gewesen zu sein scheint. Ob die Behauptung wahr ist, daß es couponlose Pfandbriefe gewesen, ließ sich gestern nicht mehr feststellen; dagegen bekundete der Direktor Ed von der „Vorussia“, daß ihm, als v. Hammerstein die 15 000 M. nicht pünktlich zurückzahlte, das Pfand nicht genügend schien und er seinen eigenen Kredit in Anspruch nahm, um die 15 000 M. der Kasse zurück zu zahlen. v. Hammerstein hat dann seinerseits nach kurzer Zeit seine Schuld beglichen. Fünf Jahre später, am 26. November 1890, erstattete v. Kunowski gegen die Verwaltung der „Vorussia“ eine Anzeige, in welcher gegen die Direktoren der Gesellschaft schwere Anschuldigungen erhoben wurden und auch das Darlehensgeschäft mit Herrn v. Hammerstein zur Sprache gebracht wurde. Es wurden darauf hin eingehende Untersuchungen angestellt, die damit endeten, daß einige statutenwidrige Unregelmäßigkeiten zwar festgestellt, strafbare Handlungen der Direktoren aber nicht nachgewiesen werden konnten. v. Kunowski ist im Anschluß an diese Vorgänge seiner Zeit von dem Direktor Krüger gefordert worden; er hat das Duell abgelehnt unter der Erklärung, daß Krüger nicht satisfaktionsfähig sei. Das Disziplinar-Gericht hat diesen Grund nicht für sichhaltig erklärt, v. Kunowski hat aber doch das Duell abgelehnt, weil Krüger inzwischen den Klagenweg beschritten hatte und ist deshalb vom Ehrengerichtshof des Tiels eines Mittelmehrs und des Trogens der Unform verlustig erklärt worden. Er hat in Breslau eine das Prinzip der Gegenseitigkeit nicht vertretende Versicherungs-Gesellschaft unter dem Namen „Ostdeutscher Hagelversicherungs-Verband“ begründet und diese wirkt naturgemäß als Gegnerin der „Vorussia“. Sachwalter des Herrn v. Kunowski in seinen Zivilansprüchen gegen die „Vorussia“ war der Rechtsanwalt Feige in Breslau. Dieser hat nun, nachdem er seinem Klienten davon Mittheilung gemacht, die „Hammersteinade“ in einer Versammlung des freisinnigen Volksvereins „Franz Ziegler“ in Breslau zur Sprache gebracht und dabei den Direktoren der „Vorussia“ vorgeworfen, daß sie, um das Hammerstein'sche Darlehn zu verdecken, falsche Bilanzen aufgestellt und sich gegenseitig Provisionen aus der Kasse bewilligt hätten. Gegen Feige ist inzwischen von den Direktoren der Strafantrag gestellt worden. Die Mittheilungen des Rechtsanwalts Feige wurden in einer Breslauer Korrespondenz der „Vossischen Zeitung“ wiedergegeben, sie gingen in andere Blätter über, erfuhr aber eine Verichtigung von Seiten des kontrollirenden Aufsichtsraths-Mitgliedes der „Vorussia“. Die „Deutsche Versicherungs-Zeitung“ hat dann den Artikel der „Voss. Ztg.“ und die Verichtigung abgedruckt und in einem selbstständigen Nachsatz ihren Lesern klar zu machen gesucht, wer der Herr Kunowski eigentlich sei. Unter Hervorhebung der Entsehrung des Herrn v. K. aus dem Offiziersstande wurde ihm vorgeworfen, daß er als Direktor einer feudalen Hagelversicherungs-Gesellschaft den politischen Gegnern der Mitglieder der letzteren vergiftete Waffen in die Hand gegeben und mit unbegründeten Denunziationen operiert habe, die unter dem Deckmantel eines politischen Zweckes darauf berechnet seien, eine Konkurrenz-Gesellschaft in ein böses Licht zu bringen. — Landtags-Abgeordneter R a d b y l als Vertreter des Herrn v. Kunowski hielt den in dem Artikel enthaltenen Schlag gegen die Ehre seines Klienten für einen sehr schweren und beantragt deshalb auch eine nachträgliche Strafe. — Rechtsanw. H u g o S a c h s machte für den Angeklagten geltend, daß dieser als Herausgeber einer den Interessen der Gegenseitigkeit-Gesellschaften dienenden Zeitung berechtigte Interessen gehabt habe, als er den mittelbaren Urheber der Mittheilungen des Rechtsanwalts Feige in seiner wahren Gestalt seinen Lesern vorführte. — Der Gerichtshof (Vors. Richter S e n t e r) hielt Beleidigungen für vorliegend, erkannte auf 200 M. Geldstrafe und sprach dem Kläger die Befugnis zur Veröffentlichung des Urtheils zu.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 27. Februar. (B. G.) Die „Berl. Corresp.“ schreibt, daß sich der kaiserliche Gnadenbefehl vom 18. Januar d. J. nicht auch auf die durch polizeiliche Strafverfügung auferlegten Strafen bezieht. Die Blättermeldung, wonach laut eines Erlasses des Ministers des Innern, die bis zum 18. Januar polizeilich auferlegten Strafen erlassen werden würden, ist unrichtig. Den von solchen Strafen Betroffenen steht es natürlich frei, Anträge auf Erlass der Strafe im Wege der kaiserlichen Gnade zu stellen, bei deren Prüfung der Umstand, daß die Bestrafung zeitlich unter den erwähnten Erlass fällt, ohne Zweifel mit berücksichtigt werden wird.

Berlin, 27. Februar. (B. G.) Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung einem Ausschussantrage, betreffend den Handel mit denaturirtem Branntwein die Zustimmung ertheilt. Diese Bestimmungen treten am 1. April 1895 in Kraft.

Wien, 27. Februar. (B. Z. B.) Bei starker Betheiligung ist die Gemeinderaths-Wahl, geringfügige Zwischenfälle abgerechnet, bisher ruhig und ordnungsmäßig verlaufen. Ausgenommen den ersten Bezirk, Innere Stadt, und den zweiten Bezirk, Leopoldstadt, wo das Resultat noch zweifelhaft ist, wählten die übrigen Bezirke, wie bei den letzten Wahlen im September v. J., durchaus antiseinitische Kandidaten mit großen Mehrheiten.

Troppan, 27. Februar. (M. Z. B.) Heute Nachmittag ist ein Bataillon Infanterie nach Polisch-Drauz, Jarubed und Michalkowitz abgegangen.

Troppan, 27. Februar. (M. Z. B.) Auf den größt. Carisch'schen Gruben fordern die Arbeiter eine wöchentliche Auszahlung, 25 pSt. Lohnhöhung, Rücknahme der Kürzungen, Strenge gegen die Streikenden, künftige Unterlassung grundloser Kürzungen, Entlassung eines Ingenieurs. Die Forderungen wurden abgelehnt. Das von den Direktoren der Konferenz gemachte Zugeständnis, regelmäßige Abschlagszahlungen innerhalb der bisherigen Lohnperioden wird von den Arbeitern nicht akzeptirt. Dasselbe bezieht sich auf wöchentliche Abrechnung. Der mit der Bergwerks-Juspektion bei der Berghauptmannschaft in Wien betraute Oberbergth Josef Schardinger hat sich in das Streikgebiet begeben.

Mährisch-Chebn, 27. Februar. (B. G.) Angesichts der Thatsache, daß sich der Ausstand der Bergarbeiter heute auf das gesamte schlesische Grubenrevier ausgedehnt hat und weil Ruhestörungen befürchtet werden, ist die Gendarmen verstärkt und das Militär konfignirt worden. Von 7 Uhr abends ab müssen sämtliche Gasthäuser schließen.

Frag, 27. Februar. (B. G.) In einem biesigen Gasthause entdeckte die Polizei einen neuen Geheimbund mit hohem räuberischen Tendenzen. (Brr! Brr!) Drei Personen wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Budapest, 27. Februar. (B. G.) Der Pfarret der Ortschaft Smirnan wurde von mehreren Einwohnern des Ortes erschlagen, weil sie mit ihm in Unfrieden lebten. Sie verübten die That während der Messe in Anwesenheit vieler Anbähtigen. Mehrere Kanern wurden bereits verhaftet.

London, 27. Februar. (M. Z. B.) Unterhaus. Der Parlaments-Untersekretär des Auswärtigen Curzon erklärt, es sei keine Befehung Eduls oder eines anderen Ortes in Korea seitens Russlands vorgekommen, auch werde keine Befehung, so weit es der englischen Regierung bekannt sei, erwartet.

Rom, 27. Februar. (B. G.) Gegenüber den offiziellen Nachrichten sind Privattelegrame eingelaufen, denen zufolge die Deutsche flie nicht zurückgezogen haben. Sie bedrohen vielmehr ernücht Kassaia, welches nur von 1200 Italienern besetzt i...

Parlamentarisches.

Aus der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch.
Die Kommission beendete am Donnerstag nach ständiger Beratung die Debatte über die Vereine und Stiftungen. Wiederholte Versuche der nationalliberalen und konservativen Partei, die Rechtsfähigkeit der Vereine noch mehr einzuzwingen, als dies bereits die Anträge des Zentrums wolle, wurden abgelehnt. Desgleichen fiel der Antrag des Zentrums, dem Staatsanwalt ein Klagerecht auf Aushebung der Eintragung zu erteilen. Angenommen wurde mit 10 gegen 8 St. ein Antrag des Zentrums, der die Verteilung der Rechtsfähigkeit an Vereine, die auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet sind und die nicht bereits wie Aktiengesellschaften, Genossenschaften u. s. w. ohne weiteres rechtsfähig sind, der Verwaltung anheimgibt. Mehrere der für diesen höchst bedenkliehen Vorschlag stimmenden Mitglieder, gegen den unsere Genossen im Interesse der Rechtsgleichheit stimmten, erklärten jedoch, für die zweite Lesung sich eine andere Stellungnahme vorzubehalten. Bezüglich der Stiftungen verlangt die Vorlage Genehmigung der Regierung zwecks Erlangung der Rechtsfähigkeit von Stiftungen. Unsere Genossen vermochten sich für eine Erweiterung der Macht der todtten Hand nicht zu erwärmen und stimmten deshalb keinem der Vorschläge zu.

Nach längerer Debatte gelangen die Vorschläge des Regierungsentwurfs zur Annahme. Die bislang in der Kommission gefassten Beschlüsse werden demnächst zusammengestellt werden. Die nächste Sitzung findet am Dienstag um 10 Uhr statt.

Aus der Justiznovellen-Kommission. Bei Haus-suchungen ist nach dem bestehenden Gesetz nur auf Verlangen des von der Haussuchung Betroffenen diesem eine schriftliche Mitteilung zu machen, welche den Grund der Durchsuchung und, falls der Gehäusliche angeschuldigt ist, die Beschreibung der strafbaren Handlung angeben muß. Dasselbe ist bezüglich der Ausstellung einer Quittung über die beschlagnahmten Gegenstände und einer Bescheinigung darüber der Fall, daß nichts Verdächtiges sich vorgefunden hat. In der Sitzung am Donnerstag beantragten Frohme und Stadthagen, auch ohne Verlangen in allen Fällen die schriftlichen Mitteilungen und Bescheinigungen erteilen zu lassen. Der Antrag wurde mit acht gegen sieben Stimmen angenommen.

Die Untersuchungs-haft kann jetzt nach § 112 der Strafprozessordnung außerordentlich leicht verhängt werden. Die Kommission hat es bekanntlich in erster Lesung abgelehnt, eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zu statuieren. Ebenso besteht leider keine hinreichende Haftung der Beamten für unberechtigte Verhaftungen. Unsere Genossen beantragten, dem § 112 Strafprozess-Ordnung mindestens eine Fassung zu geben, die es ausschließt, Fluchtverdacht ohne jede Begründung als vorhanden zu erachten und gar die Zugehörigkeit zu einer religiösen oder zu einer politischen Partei als zur Begründung eines Haftbefehls hinreichend zu erachten. In der Kommission wurde das Vorhandensein von Umständen angegeben, der Antrag aber abgelehnt. Zu § 116 wurde seitens unserer Genossen beantragt: aus der jetzigen Bestimmung: „Bequemlichkeiten und Beschäftigungen, die dem Stände und den Vermögensverhältnissen des Verhafteten entsprechen, darf der Untersuchungs-gefangene sich auf seine Kosten verschaffen“ den Zwischensatz zu streichen. Nach längerer Debatte fand dieser Antrag mit 10 gegen 9 Stimmen Annahme. Ein weitergehender Antrag, in das Gesetz zu schreiben: „insbesondere darf Bekleidung und Beschäftigung mit schriftlichen Arbeiten dem Untersuchungs-gefangenen keinesfalls versagt werden“, fiel gegen 5 Stimmen. Dagegen fand ein vom Abg. de Witt (Z.) in Anerkennung der mildernden Behandlung politischer Untersuchungs-gefangener gestellter Antrag Annahme, in dem ausdrücklich hervorgehoben ist, daß Bekleidung und schriftliche Beschäftigung dem Untersuchungs-gefangenen nur untersagt werden kann, wenn der Zweck der Haft, die Ordnung im Gefängnis oder die Sicherheit sonst gefährdet werden würde. Ein Antrag, festzusetzen, daß ein politisch freigelegener unversichtlich spätestens innerhalb 24 Stunden dem Gericht vorzuführen ist, wurde abgelehnt. Zu §§ 140 und 141 wurden durch einige Anträge die Fälle einer notwendigen Verteidigung erweitert und die Vorschläge erster Lesung — unter Ablehnung der entgegenstehenden, die Verteidigung sehr einengenden Anträge der Regierung — wiederholt. Sodann wird mit unwesentlichen Änderungen den bis § 211 im Vorjahre und in der ersten Lesung gefassten Beschlüssen zugestimmt. Die nächste Sitzung wird am Freitag um 10 Uhr anberaunt.

Partei-Nachrichten.

In den Gemeinderath von Reudorf im Königreich Sachsen wurde der Genosse Weber mit 39 von 48 Stimmen gewählt.

Der Vertrauensmann des ersten oldenburgischen Wahlkreises beruft am Sonntag, den 8. März, eine Parteikonferenz für die Parteigenossen des Herzogthums Oldenburg ein. Dieselbe soll Stellung nehmen zu dem im Herbst stattfindenden oldenburgischen Landtagswahlen.

Partei-Konferenz. Eine öffentliche Konferenz der sozialdemokratischen Partei des 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises, die am Sonntag in Neumünster tagte, war von 12 Delegirten aus 9 Orten besetzt. Außerdem waren anwesend der Vertreter des Wahlkreises im Reichstage, Genosse Legien, und für den geschäftsführenden Ausschuss der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Genosse Pfannkuch. Aus dem Bericht über die Thätigkeit im letzten Halbjahre heben wir hervor: Die Verbreitung des „Norddeutschen Volkskalenders“ fand im Landbezirke des Wahlkreises in 15 000 Exemplaren statt. Die Landleute nahmen das Buch als alten Bekannten mit Freuden entgegen. In den 6 Monaten sind im Kreise 36 Volks- und Parteiversammlungen abgehalten worden. Politische Organisationen bestehen im Kreise 9. Die Jahresabrechnung der Wahlkreis-Kasse balanzirt mit 2442 M. Einnahme und Ausgabe. Bezüglich der Vertheilung des Bonds an der Kongress sprach die Konferenz den Wunsch aus, die Provinz durch drei Delegirte dort vertreten zu sehen.

Die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten ist vom Landesvorstand auf den 5. u. 6. April nach Stuttgart einberufen. Als vorläufige Tagesordnung ist in Aussicht genommen: 1. Thätigkeits- und Kassenbericht des Landesvorstandes und Bericht der Revisoren; 2. Bericht über das Parteiorgan; 3. Bericht der Landtags-Abgeordneten; 4. Beschlüsse; 5. Organisations- und Agitationsanträge; 6. Neuwahl des Landesvorstandes.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Aus Sudaenwalde erhalten wir die erfreuliche Nachricht, daß die wegen Verdachts der Verleitung zum Meineid in Haft genommenen Genossen Pflöge, Zwanzig, Thiele und Haase am 25. Februar abends aus dem Untersuchungs-gefängnis in Potsdam entlassen worden sind, da der noch in Haft behaltene Belastungszeuge Blankenhain sich in zu viel

Widersprüche verwickelt hat. Als Verteidiger waren gestellt Rechtsanwalt Heinemann aus Berlin und Justizrath Army aus Potsdam.

— Gegen den Redakteur Alex. Pätzens in Kiel hatte die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, weil er in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ durch wöchentliche Veröffentlichung von unserer Partei nicht zur Verfügung stehenden Totalen „groben Unfug“ begangen haben sollte. Das Amtsgericht lehnte aber die Eröffnung des Hauptverfahrens ab und das Landgericht bestätigte diesen Entscheid vom 6. Februar unter folgender richtiger Begründung: „Der Begriff des groben Unfugs schließt nach richtiger Auslegung nur solche Thatfachen in sich, die eine gröbliche Verletzung von gemeingültigen Regeln der Sitte und des Anstandes enthalten und aus diesem Grunde bei jedermann Mitleid oder Verurtheilung zu erregen geeignet sind. Im vorliegenden Falle werden die Leser der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ aufgefordert, gewissen Wirthen ihrer Kundschaft zu entziehen oder nicht zuzuwenden. Auf diesen Thatbestand trifft der Begriff des groben Unfugs so wenig wie eine andere Strafnorm zu.“

Dieser vernünftige Entscheid des Kieler Landgerichts muthet in der heutigen Zeit mit ihren vielen, dem Laien unsahbaren Urtheilen wahrhaft herzerfrischend an.

— Was in einer deutschen „Republik“ alles möglich ist. In Vegesack, so da liegt in dem Gebiete der „freien“ Hansestadt Bremen, tagte kürzlich eine Versammlung polnischer Arbeiter, einberufen vom Verein polnischer Sozialisten in Bremen. Der Referent, der deutschen Sprache nicht mächtig, beabsichtigte den angehörenden Vortrag über das Thema „Was will die Sozialdemokratie?“ in polnischer Sprache zu halten. Der überwachende Beamte verlangte aber den Vortrag in deutscher Sprache zu hören, und da diesem Wunsche nicht entsprochen werden konnte, durfte der Vortrag nicht gehalten werden. Die Beschwerde dagegen wurde vom Senat als unbegründet verworfen, weil die Polizei nicht verpflichtet sei, Dolmetscher hinzuziehen, ohne eine solche Hinzuziehung die Ueberwachung aber unmöglich gewesen wäre. Die „Bremer Bürger-Zeitung“, der wir obiges entnehmen, weist diese Auslegung des Bremischen Vereinsgesetzes energisch zurück. „Steht der Polizeibehörde, so heißt es dort, kein Beamter zur Verfügung, der der polnischen Sprache mächtig ist, nun so verzichtet sie einfach darauf, einen Beamten zur Ueberwachung zu entsenden. Das Vereinsgesetz zwingt die Behörde nicht unbedingt, die Ueberwachung vorzunehmen. Es redet ausdrücklich nur von „den von der Polizeibehörde mit der Ueberwachung der Versammlung etwa zu beauftragenden Beamten“, stellt es also in das Belieben der Behörde. Ist diese also ihren Fähigkeiten nach außer Stande, die Ueberwachung zu besorgen, so bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Versammlung sich selbst zu überlassen. Steine darf sie ihr nicht in den Weg werfen, die Bewohner des Staates dürfen nicht für Mängel der geistigen Ausrüstung der Polizei verantwortlich gemacht werden, das überschreitet die Grenzen des Gesetzes.“ Dem Beschwerdeführer wurde noch eine zweite Uebertragung zu theil, der ablehnenden Antwort lag eine Rechnung über 6,40 Mark bei für Gebühren, Stempel u. s. w.

— Abgelehnt hat das Dortmund Landgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens, das der Staatsanwalt gegen die „Reinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ wegen des letzten Weibnachts-Artikels auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung der Bevölkerungsklassen) beantragt hatte.

— Wegen Leuschner-Beleidigung war Genosse Franz Lehmann, der frühere Redakteur der „Volksblatt“ für Halle, vom Schöffengericht zu 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurtheilt; das Landgericht bestätigte das Urtheil. Wegen einer anderen Leuschner-Beleidigung wurde demselben Parteigenossen am Sonnabend vom Schöffengericht eine Geldstrafe von 50 M. auferlegt.

— Das Verbot einer für Grimma geplanten Versammlung, wo der Parteigenosse Redakteur Fricke aus Wurzen über das sächsische Landtagswahlrecht sprechen wollte, begründet der dortige Stadtrath mit dem Hinweis auf den § 5 des sächsischen Versammlungsgesetzes. Der Stadtrath hält es für „entschiedlich“, daß der Zweck der Versammlung dahin gehe, die „Vorkleidenschaft“ gegen den zur Reform des sächsischen Landtagswahlrechtes von der f. Staatsregierung den Ständen des Landes vorgelegten Gesetzentwurf in agitatorischer Weise unter Erregung der milder bemittelten Volksklassen gegen die wirtschaftlich besser gestellten Klassen aufzuregen. Ein solches Vorgehen kann als sittenlich nicht erachtet werden.“ Die Besprechung des Landtagswahlrechtes ist in Sachsen also unsittlich. Der Bürgermeister Müller zu Golditz, der Abgeordnete des Kreises, welcher von den Veranstalter der Versammlung als Korreferent eingeladen war, lehnte ab zu kommen, nicht, weil er den Gegenstand für „nicht sittenlich erachtete“, sondern, weil er den Brief „leider“ zu spät erhalten hatte. Die Aufregung über das Verbot war in dem Städtchen übrigens eine sehr große.

— In Saalfeld wurde Genosse Hoffmann wegen Beleidigung des Amtsblattverlegers und seines Redakteurs zu 57 M. Strafe verurtheilt, Genosse Wagemann aus demselben Grunde zu 24 M.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Vor dem Berliner Einigungsamt wurden gestern 19 in der Herren- und Knabenkonfektion thätige Arbeiter und Arbeiterinnen vernommen. Eine Frau, welche 13 Jahre in der Konfektion thätig ist, gibt an, daß sie bei einer täglich 12 bis 13stündigen Arbeitszeit wöchentlich 8,40 M. verdient. Die Ausgaben für Abnutzung der Nähmaschine, für Feuerung, Licht, Nähfäden etc. betragen 3,45 M., sodas der Nettoverdienst nur 4,95 M. beträgt. Die drückende Sorge treibt diese Proletarierin zur Arbeit, weil der Mann schon 22 Wochen krank darniederliegt und außerdem noch zwei Kinder zu versorgen sind. Der Arbeitsraum ist die Küche, wo Frau und Mann auch schlafen. Die Schwester dieser Arbeiterin ist in der Knabenkonfektion 11 Jahre thätig. Sie bringt es bei der gleichen Arbeitszeit auf einen Wochenverdienst von 9—10 M., wovon 2,55 M. Unkosten abgehen. Eine Hosenarbeiterin, welche 4—5 Jahre in der Branche thätig ist, gibt an, daß sie die Handarbeiten an Hosen macht und dafür pro Hose 15 Pf. bekommt. Bei einer täglichen Arbeitszeit von 15—16 Stunden stellt sie durchschnittlich pro Woche 55 Hosen fertig, was einem Verdienst von 8,25 M. gleichkommt. Der Mann, welcher gegenwärtig arbeitslos, ist beim Annähen der Knöpfe behilflich. Nach Abzug der Unkosten verbleibt ein Nettoverdienst von 5 M. Die Arbeiterin hatte eine Hofe mitgebracht. Die anwesenden Fachleute mußten kauen über das Geschick, mit welchem die Arbeit ausgeführt war und andererseits über den Spottlohn. Von den übrigen Fällen boten nur einige ein etwas günstigeres Bild.

Die überraschenden Erfolge, welche in dem Berliner Konfektionsstreik das Gewerbegericht als Einigungsamt erzielt hat, haben den Redaktions-Ausschuß des Ver-

bandes deutscher Gewerbegerichte veranlaßt, für eine sofortige zuverlässige Aufzeichnung der hier gemachten Erfahrungen zu sorgen, damit dieselben von anderen Gewerbegerichten bei Streiks, Aussperrungen etc. im Interesse schneller und geschickter Herstellung eines Friedenszustandes verwertet werden können. Die juristische Darstellung hat Magistrats-Rath Professor Cuno, die mehr kaufmännische Seite der Angelegenheit Fabrikant O. Weigert, Vorsitzender des Vereins der Arbeitgeber-Verseher, übernommen, deren Aufsätze beide in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht sind. Da in derselben Zeitschrift von der Arbeiterseite sich bereits Johannes Timm ausgesprochen hat, so liegen nunmehr Darstellungen von Unternehmer- und Arbeiterseite, wie aus der Feder eines unparteiischen Juristen vor. Aus den Aufsätzen ersieht man, daß das Berliner Gewerbegericht schon 13mal als Einigungsamt angerufen wurde; von den 12 bereits erledigten Fällen haben 5 mit einem Vergleich, 4 mit einem Schiedsspruch geendet, während in 3 Fällen die Anrufung einseitig blieb. Bei einem Streik in der Gutindustrie ist dem Einigungsamt die Beilegung noch an demselben Tage gelungen, an dem der Streik proklamiert war. Es hat sich beim Gewerbegericht Berlin bereits ein regelrechter Geschäftsgang ausgebildet, in welchem das Gewerbegericht bestrebt ist, die gewerblichen Streitigkeiten so zu verfahren, daß es schon in einem frühen Stadium, wo die Gemüther noch nicht erhitzt sind, vermittelnd eingreifen kann. Magistrats-Rath Professor Cuno sagt darüber in seinem Bericht:

„Zu dem angegebenen Zweck war es zunächst notwendig, die einzelnen Lohnbewegungen zu verfolgen. Das Material dazu bot wesentlich der „Vorwärts“, welcher für Berlin die vollständigste Zusammenstellung aller Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt bringt, aus der wenigstens der Standpunkt der einen Partei erkennbar ist. In der Presse aller anderen Parteien fehlt es an einer einigermaßen sachkundigen Besprechung der Lohnbewegung. Man beschränkt sich bei hervorstechenden Anlässen auf Mittheilungen aus dem „Vorwärts“ und Versammlungsberichte, denen dann wohl auch Erklärungen anderer Beteiligten gegenübergestellt werden. Der Versuch des „Reichs-Anzeigers“, über die Lohnbewegung fortlaufend kurze Nachrichten zu bringen, ist völlig unzureichend. Hiernach mußten dem Gewerbegericht als erste Grundlage für seine Thätigkeit die Zeitungs-Ausschnitte aus dem „Vorwärts“ und vereinzelt aus anderen Zeitungen dienen. Für jedes Gewerbe, bei dem eine Zuspitzung der Bewegung erkennbar wurde, wurde ein besonderes Aktenstück angelegt. Sodann galt es, möglichst noch vor Ausbruch des Streiks Fühlung mit den Interessenten zu gewinnen. Auf Seiten der Arbeiter bot sich keine Schwierigkeit. In allen Fällen war eine anerkannte Vertretung der Arbeiter in Form von Agitations-, Lohn-, Streik-Kommissionen vorhanden, an die man sich wenden konnte. Hier zeigt sich der Nutzen der Kampforganisationen der Arbeiter als wesentliches Hilfsmittel für Aufrechterhaltung des sozialen Friedens. Dagegen fehlte es, wenn es sich um größere, ein ganzes Gewerbe berührende Differenzen handelte, oft an einer anerkannten Vertretung der Arbeitgeber. Die Feststellung, wer auf dieser Seite die „Betheiligten“ seien, die Konstituierung der Parteikrollen, die Schaffung einer Vertretung der Partei boten nicht geringe Schwierigkeit. Dazu kam noch, daß während die Arbeiter in allen Fällen sofort geneigt waren, einer Aufforderung des Einigungsamts zu Verhandlungen Folge zu leisten, bei den Arbeitgebern theilweise Mißtrauen gegen das Gewerbegericht, sowie Unkenntnis der Aufgaben des Einigungsamts sich zeigte.“

Diese Darlegungen eines durch seine Stellung mit den Arbeiterverhältnissen anerkannt vertrauten Mannes werden von der Bismarck-Stumm'schen Richtung in den höheren Regionen wie eine kalte Douche empfunden werden, denn sie zeigen unabweislich, wie unvernünftig die Anschauung dieser Richtung ist, die gerade die Kampforganisationen der Arbeiter ausgerottet sehen möchte. Derselben Richtung ist es zu schreiben, daß der „Reichs-Anzeiger“ sich von Herrn Magistrats-Rath Professor Cuno in der Berichterstattung über Arbeiterverhältnisse die Jenur „Unangenehm“ ausstellen lassen muß. Die Redaktion des „Reichs-Anzeigers“ ist aber, seit sie auf Betreiben der Bismarck-Stumm'schen Richtung nicht mehr aus dem „Vorwärts“ schöpfen darf, sondern nur aus der bürgerlichen Presse, natürlich gar nicht in der Lage, erschöpfend zu berichten. Sondern daran hat nicht die Redaktion, sondern wie gesagt die Bismarck-Stumm'sche Richtung, die es durchzuführen mußte, daß die Redaktion des „Reichs-Anzeigers“ von ihrem früheren Verfahren, ihre Nachrichten über Arbeiterangelegenheiten aus der besten Quelle, dem „Vorwärts“, zu schöpfen Abstand nahm.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht in Nr. 51 vom 27. Februar einen Bericht über die Enquete, die das englische Oberhaus über das Schw Higgins-System, insbesondere das in der Konfektion, veranstaltet hat. Der betreffende Ausschuß, der die Enquete vornahm und aus 13 beziehentlich 14 Mitgliedern des Oberhauses bestand, hat seine Untersuchung darauf gerichtet:

1. welche Mittel angewendet werden, um von der Nothlage der ärmeren und hilfloseren Klasse der Arbeiter Vortheil zu ziehen;
 2. auf die Bedingungen, unter denen solche Arbeiter leben;
 3. auf die Ursachen, die zu den ermittelten Zuständen geführt haben;
 4. auf eine Erörterung der vorgeschlagenen Hilfsmittel.
- Die stattgehabten Ermittlungen haben dann folgende Uebereinstimmungen ergeben:

1. Löhne, die für die notwendigen Bedürfnisse der Arbeiter unzulänglich sind oder in einem Mißverhältnis zu der geleisteten Arbeit stehen; 2. übermäßige Arbeitszeit; 3. ungesunde Arbeitsstätten. Der Ausschuß sagt: Diese Mißstände könnten kaum übertrieben werden. Die Löhne der untersten Arbeiterklassen seien einfach unzureichend für ihre Existenz; die Arbeitszeit mache ihnen das Leben zu einer Folge von fast unaufhörlicher Plackerei, Härte und oft Krankheiten. In sanitärer Beziehung seien die Verhältnisse, unter denen gearbeitet werde, nicht nur den Arbeitern nachtheilig, sondern auch dem Publikum gefährlich, besonders in der Bekleidungsindustrie, da ansteckende Krankheiten durch den Verkauf der Kleider verbreitet würden, die in Räumen hergestellt werden, wo sich Kranke befinden.

Die Ursachen der Uebelstände erblickt der Ausschuß zunächst im Mißbrauch des Instituts der Zwischenmeister (sub-contractors). Zwecklos, so äußert sich der Ausschuß, seien die Kapitalisten ihrer moralischen Verpflichtungen uneingedenk, wenn sie Verträge schließen, ohne die Lage der Arbeiter zu kennen, die bei der Herstellung der ihnen nöthigen Waaren thätig sind, vielmehr die Pflicht der Auswahl den Zwischenmeistern überlassen. Aber es scheint dem Ausschuß, daß die Zwischenmeister die Folge, nicht die Ursache des Uebels seien, — das Instrument, nicht die Hand, welche dem Instrument eine Richtung giebt, die Unheil stiftet. Ueberdies fehle der Zwischenmeister in vielen Fällen, wo die Uebelstände voll vorhanden seien.

Der Einwanderung fremder Arbeiter, besonders russischer und polnischer Juden, die bei geringeren Ansprüchen die Löhne

drücken, wird für einige Gewerbe ein gewisser Einfluß be-
günstigen.

Andererseits wird die Einführung von Maschinen und die
in Verbindung damit herbeigeführte Arbeitsteilung nicht als
Ursache des Sweating System anerkannt, unter Hinweis auf
die günstige Lage der Arbeiter in der Tuchindustrie, wo
Maschinen und Arbeitsteilung im weitesten Maße gebräuchlich
sind.

Die hauptsächlichsten Ursachen der vorhandenen Mißstände sieht
der Ausschuss in der Unzulänglichkeit einer großen Zahl von Arbeitern
der unteren Klasse, in frühzeitiger Heirat, in dem Zustrom der
Bevölkerung in die großen Städte und übermäßigem Angebot un-
gelernter Arbeiter. Dazu komme das Arbeitsangebot seitens ver-
heirateter Frauen, die ihre Thätigkeit als Nebenverdienst zu geringen
Löhnen, als die völlig darauf angewiesenen Arbeiter, anbieten
können. So ergebe sich für den Arbeitsmarkt ein reichliches
Material, um die Unternehmer mit Arbeitern zu versorgen, die
hilflos von ihnen abhängen. (Die eigentliche Ursache, die
anarchische Wirtschaftsweise des Kapitalismus übergeht also der
Ausschuss des Oberhauses, sofern der „Reichs-Anzeiger“ vollständig
berichtet hat. Red. d. B.)

Was nun die Mittel zur Abhilfe betrifft, so wird
zunächst behufs Erzielung günstiger Löhne und Arbeitszeit die
Bildung von Genossenschaften (cooperative societies) und ein
gut geleiteter Zusammenschluß der Arbeiter empfohlen. Diesen
Vorschlägen gegenüber war von anderer Seite auf die Haus-
arbeit als ein Hindernis hingewiesen und ihr gesetzliches Verbot
gefordert worden; indessen erklärt der Ausschuss, daß er eine
solche Maßnahme für willkürlich, ohne Vorbild in der bis-
herigen Gesetzgebung und praktisch unbedenklich halte.

Ferner werden dem Parlamente mehrere Maßnahmen
empfohlen, die sich hauptsächlich auf die sanitäre Haltung der
Arbeitsstätten und die Ueberwachung durch Inspektoren beziehen.
Nach englischem Gesetz werden die Arbeitsstätten unterschieden
in: factories, workshops und domestic workshops; es wird
nun im wesentlichen verlangt, daß alle diese drei Kategorien von
Arbeitsstätten denselben Anforderungen in sanitärer Beziehung
unterworfen werden sollen, wie solche bisher hinsichtlich der
Factories bestehen.

Anderer Vorschlag bezweckt eine genauere Befolgung der
Zwangsregeln, Verbot gewisser schwerer Schweißarbeiten für Frauen
und Mädchen, sowie eine vollkommene technische Ausbildung
aller Klassen von Handwerkern.

Somit endlich bei Vergütung von Arbeiten, welche die Re-
gierung ausführen läßt, das Schwitz-System in Betracht kommt,
wird empfohlen: auf eine genauere Befolgung der schon jetzt ge-
bräuchlichen Klausel zu dringen, wonach diese Arbeiten nur in
Fabriken (Werksstätten) hergestellt werden dürfen; ferner ein Lohn-
minimum festzusetzen, welches der Unternehmer seinen Arbeitern
zahlen muß.

Der Ausschuss hat es nicht unterlassen, am Schluß seines
Berichts sich nochmals an die Kapitalisten zu wenden, um sie
zu vermehrter Sorge für ihre Arbeiter anzuspornen. Wenn
die Gesetzgebung die Grenze ihrer Wirksamkeit erreicht habe,
müsse eine wirkliche Besserung der Arbeitsbedingungen von dem
erhöhten Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit bei den Arbeitgebern
und der Haltung der Arbeiter erwartet werden. Man hoffe, daß
die vorgenommene Untersuchung nicht ohne eine moralische
Wirkung sein werde.

Der „Reichs-Anzeiger“ glossiert den Bericht wie folgt:
Wie man aus dem Vorgetragenen sieht, ist man in England
an die Untersuchung der Hausindustrie, insbesondere der Kon-
fektion, bereits mit großem Ernst herangetreten und hat unserer
Kommission für Arbeiterstatistik, die vor dieselbe Aufgabe gestellt
ist, einen beachtenswerten Vorgang geliefert.

Gegenüber der im „Figaro“ ausgesprochenen Ver-
mutung, daß infolge des Streiks Berlin seiner dominierenden
Stellung auf dem Weltmarkt verlustig gehen könne, meint der
„Konfektionär“, daß dem noch lange nicht so sei. Die
jetzigen Arbeitslöhne und der geringe Ver-
dienst, mit dem man sich hier begnügt, gestatten und noch,
nicht nur jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten, sondern auch
noch jede Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Eine
weitere Lohnhöhung würde aber auch diese Vortheile,
deren wir uns jetzt noch zu erfreuen haben, illusorisch
machen. Deshalb gebietet die Pflicht der Selbsterhaltung,
jeder weiteren Lohnhöhung festen Widerstand zu leisten. Wir
können schon heute voraussagen, daß sich zu weiteren Konfessionen
in bezug auf Erhöhung der Lohnsätze in der Konfektion niemand
verheißt wird. Sollte der Lohnkampf wieder entbrennen, dann
wird es einen Kampf bis aufs Messer geben. Zum zweiten Male
geben die Konfessionäre nicht nach.“ Da der Kampf zu Ende,
sind diese düsteren Prophezeiungen mindestens überflüssig.

Weiter theilt der „Konfektionär“ mit, daß viele Zwischen-
meister ihre Werksstätten in die Umgebung von Berlin verlegen
würden, wo sie näherinnen so viel und so billig erhalten
können, wie sie nur wollen und wo sie nicht mit den Schwierig-
keiten zu kämpfen haben, die sich hier in Berlin in den letzten
Wochen gezeigt haben.“

Mit diesem Kniff könnten die betreffenden Zwischenmeister aber
doch nur Glück haben, wenn die Konfessionäre den von den
Vertretern der Unternehmer, Zwischenmeister und Arbeiter beziehen-
lich vor dem Gewerbegericht geschlossenen Vertrag brächen,
worin vorgeschrieben ist, daß die Konfessionäre nur solchen
Zwischenmeistern Aufträge übergeben dürfen, die den Arbeitern
und Arbeiterinnen die vorgeschriebenen Lohnsätze bezahlen.

Die organisierten Zwischenmeister Berlins gehen mit dem
Gedanken um, daß zur Ausmerzung der Schmutzkonkurrenz unter
ihresgleichen ein fester Minimal-Lohnsatz geschaffen
werden müsse. Wie es heißt, wollen sie, wenn die Konfessionäre
bis zur nächsten Saison einen solchen festen Tarif nicht an-
genommen haben, im Herbst ihre Werksstätten schließen, um dadurch
die Konfessionäre zur Annahme des Tarifs zu zwingen.

Aus Stettin. Der Verband der Konfessionäre
erklärt in den Zeitungen, daß er absolut keine Lohnhöhung
bewilligen werde. Um den Konfessionären einen von ihnen
geltend gemachten Vorwand zu nehmen, wählte eine Volks-
versammlung eine neue Kommission, die die Verhandlungen
führen soll. Die Kommission der Stettiner Konfessionäre sind, geht
noch daraus hervor, daß sie auch die Vermittlung des Gewerbe-
gerichts, das von den Arbeitern angerufen war, abgelehnt haben.
Ihre Antwort lautet wörtlich: „Stettin, den 22. Februar 1896.
An den Vorsitzenden des Gewerbegerichts für den Stadtbezirk
Stettin, z. B. des Herrn Dr. Wolff, Wohlgeboren hier. Ihr
gefälliges Schreiben von heute habe ich der Vereinigung
der hiesigen 28 Konfektions-Engros-Firmen, welcher ich
angehöre, bezw. dem Vorstände derselben sofort unter-
breitet. Der letztere hat hierauf folgenden Beschluß gefaßt: In
Erwägung, daß die infolge des letzten Ausstandes der hiesigen
Schneider im Juli 1895 durch uns um 10—12 pCt. aufgebesserten
Löhne erheblich höher sind, als die von Berlin und Breslau,
trotz der jüngsten Lohnzulage gegeben, und wir bei der starken
Konkurrenz dieser Plätze und bei ferneren Lohnhöhungen un-
bedingt konkurrenzunfähig werden würden und die vorhandenen
Arbeitskräfte trotz des Generalstreiks der Schneider und Näherinnen sich
für unsere Geschäftsbetriebe als vollständig ausreichend erweisen und
in den letzten Tagen an Umfang zugenommen haben, lehnen wir
jede Unterhandlung mit dieser Lohnkommission ab. Wir danken
Ew. Wohlgeboren für die in Anregung gebrachte Vermittlung
des Gewerbegerichts als Einigungsamt, können jedoch aus obigen
Gründen zu unserem Bedauern nicht weiter hierauf eingehen.
Vereinigung Stettiner Konfektions-Engros-Firmen. Die Präsi-
dium: gez. M. Lewin. Leopold Juda. Arnold Wittkowski.
Marcus Brod. Max Wartenberger.“

Das Schriftstück charakterisiert sich selbst, sagt der Stettiner
„Volkswort“. „Also die Furcht, konkurrenzunfähig zu werden —
nebenbei gesagt, eine ganz unbegründete Furcht — ferner

der Umstand, daß sich noch immer eine kleine Anzahl Zu-
differenter findet, die den Konfessionären die dringenden
Arbeiten fertig stellt, giebt den Großkapitalisten Grund genug,
jede Verhandlung kurzer Hand abzulehnen. Was die Angabe an-
langt, die hiesigen Löhne seien immer noch erheblich höher
als die Berliner und Breslauer nach der jetzigen Auf-
besserung, so müssen wir doch fragen, ob die Konfessionäre
im Ernst selber an ihre Worte glauben. Wie erbärmlich
mühten dann in den genannten Städten die Löhne
gewesen sein! Können doch schon bei den hiesigen
„erheblich höheren“ Löhnen die Arbeiter durch angestrengteste,
von der Nacht bis in die Nacht währende Thätigkeit kaum das
zum Leben nöthigste verdienen. Aber was geht das die Kon-
fessionäre an? Wenn nur ihre Konkurrenzfähigkeit, d. h. in
Wirklichkeit, ihre Fähigkeit, anderen Orten Schmutz-
konkurrenz zu machen, nicht beschränkt wird. Wenn die
Konfessionäre übrigens denken, daß nun die ganze Angelegenheit
erledigt ist, so irren sie.“

Unter diesen Umständen kann sich der Kampf noch längere
Zeit hinziehen. Um so dringender ist es nöthig, die Ausständigen
finanziell ausreichend zu unterstützen.

Die Dresdener Firma Pfefferkorn läßt sich in der
„Deutschen Wacht“ von ihren Arbeitern bescheinigen, daß sie
(nämlich die Arbeiter) „mit ihren Ansprüchen voll und ganz be-
friedigt“ seien. Dieser „freiwillig“ abgegebenen Erklärung gegen-
über stellt die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ fest, daß es nur Streik-
brecher sein können, welche eine solche Erklärung unterschreiben,
denn die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft hat die Firma
Pfefferkorn nicht bewilligt.

Affenburg. Eine Volksversammlung am Montag, in
welcher über „Die Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiter-
innen und ihre Lohnbewegung“ verhandelt wurde, verfiel der
polizeilichen Auflösung. Nach Ansicht des Ueberwachenden hatte
sich einer der Redner nicht an die Tagesordnung gehalten.

Halle a. S. Die Nachricht, der Streik sei völlig beendet,
war leider doch verfrüht. Es sind noch 65 der besten Konfektions-
arbeiter im Ausstand.

Aus Mainz wird berichtet: Eine stark besuchte öffentliche
Schneiderversammlung beschloß, die Forderungen der Berliner
Fäher-Kommission zu den ihrigen zu machen. Ferner wurde
beschlossen, eine Versammlung einzuberufen, die mit einer fest
formulirten Lohnerböhrungs-Forderung, vornehmlich aber mit der
Forderung nach Errichtung von Betriebswerkstätten an die hiesigen
maßgebenden Firmen herantreten soll. Die Zwischenzeit soll
benutzt werden, die Konfektionsarbeiter in Stadt und Land
mobil zu machen.

In Pforzheim einigte sich eine von Arbeitern und Arbeit-
gebern zahlreich besuchte Versammlung nach langer Debatte, daß
Betriebswerkstätten eingerichtet werden sollen und zwar, soweit
thunlich, innerhalb der Geschäftsbauern. Auch betreffs des Lohn-
tarifs und der Akkordarbeit wurde im wesentlichen ein Einver-
ständnis erzielt. Die kleineren Differenzen, die noch schweben,
hofft man in einer weiteren Versammlung zu beseitigen.

Für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiter-
innen gingen bei unserer Expedition ein:

Personal der Druckerei G. Schell Sohn 10,25. Spandauer
Metallarbeiter 4,80. Filzschuharbeiter Strausbergerstr. 36 2,—.
Zigarrenfabrik A. Kunze 4,—. Gefangenenverein Edelweiß 1 10,—.
Aus bürgerlichen Kreisen, 8. Rate 416,—. Theaterklub Heine,
Charlottenburg 1,—. H. W. in Jülich 8,—. G. R. in Jülich
8,—. Gefangenenverein Kreuzberg durch Ew. 10,—. Wiedemann 2,—.
Verband der Waschlöhner Buchdrucker, Bezirksverein Straßburg
100,—. Gewerkschaftskartell Lauenburg a. E. durch Beed 78,95.
Jülich R. Cl. 2. Rate (31 Fr.) und zwar A. Feder 7 Fr., Hof.
8 Fr., durch A. R. 21 Fr. = 24,80. Von den Genossen aus
Jülich 2,75. Eingelobt von der Sektion der Weider, Solingen
56,95. Wintersberg Heilmann 2,95. „Deutsche Landeszeitung“,
3. Rate 63,60. Hochzeit bei Bergmann, Niddorf, Hermann-
straße 83, d. C. B. 2,25. Maschinenmeister der Buchdruckerei
Sittenfeld 6,05.

Summa 809,14 M. Bereits quittirt sind: 80 754,48 M.
Gesamtsumme der bei unserer Expedition eingegangenen Beiträge
81 563,62 M.

Lokales.

Die Parteipredigt in Charlottenburg (S. Scharnberg)
ist von der Kantstr. 111 nach Pestalozzistr. 27, Hof, part. links,
verlegt worden. Bestellungen auf den „Vorwärts“, „Volkswort“,
„Jahob“ etc. wolle man zu bevorstehendem Monatswechsel recht-
zeitig besorgen.

Das Unzuchtvergehen des „Vorwärts“, das vorige
Woche vom hiesigen Schöffengericht darauf kontrahirt wurde, daß
der „Vorwärts“ pflichtgemäß ein Inserat unzüchtigen Inhalts
an den Pranger stellte und entsprechend kritisierte, wird von der
„Straßburger Post“ wie folgt besprochen:

Nichts kann zerstörender wirken, als gerichtliche Urtheile,
die sich nicht im Einklang mit den Gefühlen des Volkes
befinden und leider sind in letzter Zeit manche ergangen, die sich
durchaus nicht mit der allgemeinen Moral decken, insbesondere
ist die Rechtsprechung gegen Zeitungen vielen Vorwürfen aus-
gesetzt gewesen und ganz neuerdings ist wieder in Berlin ein
Urtheil ergangen, das den meisten wohl recht unverständlich
sein wird. Daß das Urtheil den sozialdemokratischen
„Vorwärts“ getroffen hat, ändert nichts an der
Sache; im Gegentheil, denn es kommt noch hinzu, daß
vielleicht, wie wir zuversichtlich glauben, unberechtigten
Ansicht sein könnten, daß hier Parteileidenschaft ein Wort mit-
gesprochen hat.“

Zu der Erwägung des verurtheilenden Gerichtshofes,
es komme der Umstand „mildernd“ in Betracht, daß beim An-
geklagten nicht die Absicht vorgelegen habe,
etwas Unzüchtiges weiter zu verbreiten,
sondern vielmehr die Absicht, Mißstände der
Gesellschaft zu rügen, bemerkt das Blatt:

Darauf mag sich juristisch eine Verurtheilung stützen
können, der Nichtjurist wird es aber nur schwer verstehen,
daß ein Mann bestraft werden soll, der nicht die Absicht hatte,
durch Veröffentlichung von Unzüchtigkeiten Mergerniß zu erregen,
sondern dem es im Gegentheil darum zu thun war, unzüchtige Han-
dlungen an den Pranger zu stellen.“

Die „Straßburger Post“ ist ein nationalliberales Blatt. Die
hiesige unentgeltlich freizügige Presse vom „Börsen-Courier“ und
der „Vossischen Zeitung“ bis zur „Volkswort“-Zeitung und Berliner
Zeitung“ haben sich über die Verurtheilung vollständig aus-
gesprochen. Es scheint mithin, daß diese Blätter, denen
es sonst nicht darauf ankommt, die moderne Rechtsprechung vor-
kommenfalls mit einigermaßen entsprechender Schärfe zu
geißeln, sich in diesem Falle in dem von uns am Dienstag an-
gedeuteten Sinne als Mißschuldige des ebenfalls ver-
urtheilten Inseratenblätters fühlen.

In der Kunst der geschäftlichen Schönfärberei sind die
Herren für deutsche Art und deutsche Arbeit in Stadt und Land
den so arg angefeindeten Männern aus dem Volk Israel
mindestens ebenbürtig. Der erste Geschäftsbericht der „Deutschen
Lagezeitung“ weis diejenigen, die in Frage kommen, mit
Worten wie Honig über die Misere der Dividenden-
losigkeit hinwegzutreiben. Ganz gelingt dies aber beim besten
Willen nicht. Trotz verhältnismäßig günstiger Inserateneinnahmen,
die dem Blatte in der Erkenntnis zu Theil geworden sind, daß
die Nothleidenden doch manchen Champagnerpfropfen knallen
lassen können, war, wie der Geschäftsbericht besagt, das Miß-
verhältniß zwischen Einnahme und Ausgabe bald so groß, daß
wir nach Abzug der an die Post zu zahlenden Provision in dem

verbleibenden Reste von 1,20 M. nicht einmal eine Entschädigung
unserer Ausgaben für Papier und Druck erhielten.“ Aus diesem
Grunde mußte das Abonnement auf 2 Mark erhöht werden.
Aber auch unter den so veränderten Umständen würde das Blatt
nicht den für das nächste Jahr in Aussicht gestellten Gewinn von
20 000 Mark abwerfen können, wenn nicht, wie es heißt, die
Druckfirma W. Bürgstein infolge eines erheblichen Antheils an
dieser günstigen Entwicklung hätte, „als sie in dankenswerthem
Entgegenkommen Kürzungen in den Satz- und Druckpreisen zu-
gestand.“ Auch ein Erfolg des Eintretens für deutsche Arbeit.
Doch ist die Gewinnaussicht vorläufig noch Zukunftsmusik, der
die rauhe Wirklichkeit mit einem Verlust von brutto 150 199,52
Mark — im Zeitungskonto 71 710 Mark 82 Pf. — gegenüber
steht. Man hat zu sehen unter der Rothe der Landwirtschaft,
trotz der sich auf 87 146 Exemplare beziffernden Auflage, welche
das Agrarierblatt haben soll.

Spotten ihrer selbst — wissen sie wirklich nicht, wie?
Am Dienstag war der brandenburgische Provinzial-Landtag zu
einem großen Schmaus im Palais-Hotel versammelt. Es galt,
nebenbei bemerkt, die Amtsniederlegung des Landesdirektors
v. Pevorh zu feiern. Die Tischkarte auf diesem Feste war auf
folgende Weise vergeistlicht: Verpflegungstations-
Suppe ohne vorherige Arbeitsleistung — Seesuppe, unter dem
Schnitz S. M. S. „Brandenburg“ gefangen — Ochsenrippe (S 2
des Lungensehens-Reglements) samt Gemüse der Witt-
stoder Gartenbauschule — Mohriner Seetee — Fasan von
der Kuricher Sandsholle; Riebel-Salat; Königsberger Ein-
gemachtes — Gossower Kuchensand; Sellerie — Eis von
der Schwedter Brücke — Käse mit Butter nach Strausberger
Bierseesuppe — Kaffee (nach dem Etat 1896/97, 4 Portion
0,18 Gr. Kaffee) — Zigarren (Bierdener Einlage, Do-
bischer Docht, gedreht in den Korridoren-Anstalten)
— Märlische Kartoffeln gebrannt.“ Vielleicht verginge manchem
der Herren beim Kosten der wirklichen Verpflegungstations-
Suppe ohne vorherige Arbeitsleistung, des Bienenkaffees und
des Bierdener doch wohl bedenklich der Appetit. Es sei denn,
sie ließen sich um der Wissenschaft willen einmal sechs Monate
schärf in den Dienst einer Korrigenden-Anstalt einspannen.

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheits-
pflege hielt am Montag eine Sitzung ab, über deren Verlauf
wir der „Voss. Ztg.“ folgendes entnehmen: Der Vorsitzende
Spinola gab zunächst Nachricht über eine Bewegung, die zu
günstigen der in Ladengeschäften thätigen Verkäuferinnen hier jetzt
in Gang gebracht wird. In den meisten Verkaufsläden werden
die Verkäuferinnen angehalten, zu stehen, auch wenn sie nicht
gerade mit der Kundenabfertigung zu thun haben oder sonst
durch die Art der Thätigkeit nothwendig ist, daß sie stehen.
Aus gesundheitlichen Rücksichten ist anzustreben, daß den Ver-
käuferinnen gestattet wird, so oft und so lange es geht, sich
niederzusetzen. In den meisten Geschäften aber fehlt es über-
haupt an geeigneten Sitzen in den Ladenräumen. Eine Anzahl
von Vereinen hat sich jetzt zusammengesetzt, für die Ver-
käuferinnen in Berlin die nothwendige Ruhe auszuwirken. Die
deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege erklärte
ihre Zustimmung zu diesen Bestrebungen, so weit sie in das
Gebiet der Hygiene fallen. Sodann ergänzte Dr. med. Jabel die
in der vorletzten Sitzung von Dr. Jürgensen (Kopenhagen) über
die Hygiene der Bäckereien gemachten Mittheilungen. Die von
Dr. Jürgensen und im Anschlusse an seinen Vortrag erörterte
Thatsache, daß unter den Bäckern ansteckende Krankheiten (Haut-
und diesen verwandte Krankheiten) besonders häufig sind, ist
öffentlich in der Vereinigung von Bäckern meistern bestritten worden.
Dr. Jabel hat aus dem vorliegenden statistischen Material die
einschlägigen Zahlen zusammengestellt. Diese zeigen, daß der Ein-
spruch der Bäckereimeister nicht berechtigt ist. Den Hauptvortrag
hielt Dr. med. Fern. Gummert über die Gesundheitspflege der
Sprache in den öffentlichen Schulen. Sprachstörungen sind bei
der Schuljugend überaus häufig. Dr. Verhan, der 1882 in
Braunschweig zuerst Zahlungen vornahm, fand, daß auf je
181 Schulkinder ein stotterndes kam. Wehnliche Zahlen fand man
1886 in Potsdam. Eine Zählung in den Berliner Schulen ergab
1 v. D. Stotterer. Insgesamt kann man die Zahl der stottern-
den Schulkinder im Deutschen Reich auf 80 000 veranschlagen.
Aus der Statistik ergibt sich zunächst eine sehr wichtige Thatsache,
nämlich, daß es in den höheren Lehranstalten viel mehr
Stotterer im Verhältnis giebt als in den mittleren und an
Elementarschulen. Von Bedeutung ist noch eine Feststellung. Am
häufigsten beobachtet man nämlich das Stottern in zwei bestimmten
Abschnitten des Schulalters, im zweiten Schuljahre und im sechsten
und siebenten. — Ueberaus auffällig ist die Thatsache, daß die
Zahl der stotternden Knaben ganz ungemein größer ist als die
der mit Sprachfehlern behafteten Mädchen. Der Schaden, den
das Stottern stifft, ist mit Erfolg zu bekämpfen. Den Weg dazu
bilden methodische Sprachübungen. Nach Dr. Gummert's Er-
fahrungen lassen sich in 75 v. D. der Fälle Heilungen erzielen.
Aber nicht nur auf die Heilung von Sprachfehlern müsse man
bedacht sein, sondern auch auf deren Verhütung. Daraufhin
wirkt vor allem ein guter Vorkursunterricht. Zu beachten sei auch,
daß zur Verbreitung des Stotterns der Nachahmungstrieb beiträgt.
Ein Stotterer sollte nie Lehrer werden, bevor sein Leiden nicht
beseitigt ist. Auch den Ärzten aber thue die Kenntnis der
Sprachheilkunde noth, zumal den Hausärzten, die mit solchem
Bisfen ausgerüstet rechtzeitig bei stotternden Kindern eingreifen
können.

Genie wird in der Urania Herr Dr. R. Boeck, der seit
seinem letzten hiesigen Vortrage inzwischen abermals Indien
besucht hat, über die Ergebnisse seiner Indienreisen erzählen. Es
ist bekannt, in wie hervorragend künstlerischer Weise Herr
Dr. Boeck es verstanden hat, die malerischen und großartigen
Landschaften namentlich des Himalaya-Gebietes photographisch
festzuhalten. Diese Bilder, vorzüglich kolorirt, werden den Be-
suchern der Urania in seltener Weise vorgeführt werden. — Der
Abend wird auf der Urania, wenn das launische Wetter es erlaubt,
auch wegen der stattfindenden, nahezu totalen Mondfinsternis
interessant werden. Herr Witt wird aus Anlaß desselben um
6 Uhr einen halbstündigen Vortrag über Finsternisse halten. Um
7 Uhr 16 Minuten beginnt der Mond in den Erdschatten zu
treten und ist um 8 Uhr 46 Min. bis zu neun Zehnteln
seines Durchmesser verdunkelt; um 10 Uhr 15 Min. hat er
seine Wanderung durch den Schatten beendet. Die Erscheinung
findet also durchaus innerhalb der üblichen Besuchzeit der
Urania statt und kann vor und nach dem Vortrage über die
Indienreise des Herrn Dr. Boeck, den derselbe nur dies eine
Mal halten wird, dort beobachtet werden.

Die Schülerabonnements bei der Pferdebahn sollen fortan
auf sämtlichen Bahnhöfen erneuert werden können statt wie
bisher nur an der Zentralfelle.

Ein kriminal-polizeilicher Kongress, zu dem die Polizei-
verwaltungen aller deutschen Städte mit 50 000 und mehr Ein-
wohnern ihre Vertreter entsenden werden, wird demnächst zu-
sammentreten, um einen Meinungsaustausch über das Vertikou'sche
System der Personenermittlung durch Gliedmessungen herbei-
zuführen und eine gemeinsame Instruktion für die Beamten des
„Erkennungsdienstes“ zu beraten. Unsere Kriminalpolizei besitzt
schon eine ganze Anzahl von Schulmeistern, welche im „Erkennung-
sdienst“ ausgebildet worden sind.

Heber ein „gebildetes“ Vergnügen berichtet eine Kor-
respondenz: Attentats gegen Briefkästen der Privatpost sind von
12 den gebildeten Ständen angehörigen Personen in rohem
Uebermuthe ausgeführt worden. Es gelang die Thäter fest-
zustellen, welche sich einer Abkündigung ihres Vergehens vom Staats-
anwalt durch Zahlung von Büßen an die Armenkasse im Einzel-
betrage von 15—30 M. entzogen.

14 000 M. unterschlagen. Durch die Handlungsweise
eines bislang in der Brenzauer Vorstadt angehenden Mannes sind
hunderte meist armer Familien schwer geschädigt worden. Bei

Der kürzlich erfolgte Revision der Kasse des Sparvereins für Konfirmanden im Bezirke der Breslauer Vorstadt stellte sich heraus, daß der Rentant, Buchbindermeister G. de Coutre, Nothstr. 3, das gesammte Vereinsvermögen in Höhe von etwa 14 000 M. unterschlagen und wahrscheinlich für sich im Geschäft verbraucht hat. Der Verein wurde namentlich von verheiratheten Arbeitern und armen Wittwen benutzt, um in ihm großentheils bei Zeiten den Betrag zu ersparen, der für die Konfirmation der Kinder vonnöthen ist. Die Betrügereien müßten schon jahrelang von de Coutre verübt worden sein und haben bislang nur insolge höchst mangelhafter Revision der Deffentlichkeit verborgen bleiben können. Die Aufdeckung der Schwindelereien ist wesentlich der Energie des Lehrers Häufeler zu danken, der bei der letzten Revision Verdacht gegen den ungetreuen Rentanten schöpfte. Der Vorfall wird weitere Kreise in Mitleidenschaft ziehen, da laut statutarischer Bestimmung die Vorstandsmitglieder des Vereins haftbar für die ersparten Gelder sind. Das Buchbinder-Geschäft ist seit einigen Tagen geschlossen, doch soll der Inhaber selber sich noch auf freien Füßen befinden. De Coutre hatte außerdem Rentantenposten noch eine ganze Anzahl Ehrenämter zu verwalten.

In das Moabitische Untersuchungsgefängniß wurde heute der Polizeiwachmeister Böschla aus Spandau eingeliefert, dessen gestern erfolgte Verhaftung Aufsehen in ganz Spandau erregt hat. Derselbe ist wegen Vergehens im Amte und wegen willkürlichen Meinweides angeklagt. Einem Abends erfuhr ein Gastwirth den Beamten, einen Arbeiter fehzunehmen, der ihm mit der Zechen durchgegangen war. Der Beamte verfolgte den Arbeiter, holte denselben ein und nun kam es zu einem Handgemenge zwischen beiden. Sie stürzten dabei zu Boden und bei dieser Gelegenheit soll der Polizeiwachmeister blutig geschlagen haben. Dies ereignete sich unter den Fenstern des Rechtsanwalts L., dessen Frau sah den Vorfall mit an und machte darüber eine abfällige Bemerkung. Der Arbeiter wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt und in dem gegen ihn angebrachten Strafverfahren hat der Wachmeister Böschla beschworen, daß er den Arbeiter nicht geschlagen habe, während mehrere andere Zeugen eiblich erharteten, daß sie das Schlagen gesehen hätten. Rechtsanwalt L. hat das angelegliche Vergehen im Amte zur Anzeige gebracht, ist aber seinerseits von Böschla wegen Verleumdung angeklagt worden. Das Verleumdungsverfahren wurde jedoch ausgesetzt, bis die Sache gegen Böschla zum Austrag gebracht sein wird. Es wird nun angenommen, daß der Eid des Böschla ein wesentlich falscher war. Daraus lautet die bereits erhobene Klage. Bis gestern befand sich Böschla auf freiem Fuße, nunmehr ist gerichtsliegt die Verhaftung angeordnet worden.

Mit der Ermordung des Knaben Burr wird eine am Dienstag in Spandau erfolgte Verhaftung in Verbindung gebracht. Seit Anfang Februar hält sich in Spandau der Schuhmacher Oskar Schliebitz auf, der früher in Rixdorf gewohnt hat. Er logirte vom 2. zum 8. Februar in der Herberge von Kern in der Jüdenstraße und nahm sodann Arbeit an. Er arbeitete aber stets nur wenige Tage hintereinander; dann unterbrach er seine Beschäftigung und fuhr nach Berlin oder Rixdorf. Auch am 12. Februar, dem Tage des Knabenmordes, ist er nicht in Spandau gewesen. Der Verdacht, daß er vielleicht der Mörder sei, wurde von der Herbergswirthin auf ihn gelenkt. Er hat auch nachträglich die Herberge häufig besucht; der Frau fiel die Ähnlichkeit des Gastes mit der Persönlichkeit auf, von der die Blätter eine Beschreibung geliefert haben. Das Alter, Mitte der dreißiger Jahre, das Haar, der Schnurrbart, die Größe und auch die gebogene Nase stimmen mit dem Signalement des mutmaßlichen Mörders überein. Sehr verdächtig hat sich Schliebitz auch noch dadurch gemacht, daß er sich auffällig an den neunjährigen Sohn des Herbergswirthes herandrängte; er liebte ihn, gab ihm Geld, obwohl er selbst wenig besaß und sagte oft, er könne ihn gut leiden. Sehr eifrig las er die Berliner Zeitungen. Schliebitz, der sich in Spandau auch eines kleinen Diebstahls schuldig gemacht hat, ist am Dienstag verhaftet worden. Die Berliner Kriminalpolizei wurde sofort in Kenntniß gesetzt und es werden nunmehr der Bruder des Ermordeten und der Schlichtermeister, bei dem der mutmaßliche Täter Wurst gekauft hat, mit Schliebitz konfrontirt. Der Verhaftete leugnet energisch, daß ihm zur Last gelegte furchtbare Verbrechen begangen zu haben.

„Schuster-Ede“ verhaftet. „Schuster-Ede“ ist der Epitheton eines Mannes, der ein warmes Herz für die Armen der Armen und Glenden im Busen trug und es verstand, auch noch aus diesen einen Verdienst herauszuschlagen. In der Bärme-halle, in den Mylen für Obdachlose und ähnlichen Stätten menschlichen Elends war er anzutreffen und trieb einen schronghaften Handel mit „amtlichen Legitimationspapieren“, welche bestimmt waren, so manchem armen Teufel aus der Verlegenheit zu helfen. Natürlich waren diese Dingerchen nur „Talmi“, d. h. von ihm selbst angefertigt und zwar dergestalt, daß er auf einen leeren Bogen Papier einen Stempel einer auswärtigen Polizeiverwaltung druckte und es dem Aestheten überließ, den leeren Raum nach Bedarf und Belieben auszufüllen. Für diese Mißhandlung ließ er sich von seinen Kunden je nach deren Vermögenslage honoriren. Das Treiben „Schuster-Ede's“ blieb indessen dem forschenden Auge der Kriminalpolizei nicht verborgen. Ein findiger Kriminalbeamter besuchte unter der Maske eines Obdachlosen die Mylen etc. und legte dem findigen Fabrikanten amtlicher Legitimationspapiere das Handwerk, indem er ihn verhaftete.

Auf zwei Schwindler, von denen der eine sich als Chef, der andere als dessen Buchhalter ausgiebt, wird von der Kriminalpolizei aufmerksamer gemacht. Sie fragen auf der Straße Personen, deren Neugier und Gehören darauf schließen lassen, daß sie ohne Arbeit und erst kürzere Zeit in Berlin sind, ob sie eine Stelle annehmen wollen, geben ihnen dann einen Auftrag, Geld einzuziehen, und lassen sich als Sicherheit eine Kaution stellen, die meist so hoch gegriffen ist, daß das Opfer nicht nur seine Baarschaft, sondern auch noch die Uhr hergeben muß. In dem zuletzt zur Anzeige gebrachten Falle hatten sie den angenehmen Arbeiter unter Uebergabe eines Pakets, das eine Kassetten enthielt und bei deren Abgabe der Ueberbringer 82 M. einzuziehen sollte, um 10 M. und eine auf Adernmann lautende Invalidentarte betrogen. Bei Oeffnung des Pakets fand der Betrogene statt einer Kassetten drei Preßkugeln vor. Der angebliche Chef ist etwa 35 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat schwarzes Schnanzbart und war mit modelarbenem Weinkleid, grauem Pelzinnenmantel und schwarzem Zylinderhut bekleidet. Sein Buchhalter ist jünger, kleiner als der Chef, hat hellblonde Haare, keinen Bart und trug ein braunes Weinkleid, schwarzes Jackett und kleinen schwarzen steifen Hut.

Ein interessanter Zirkus-Konflikt hat soeben seine Entscheidung gefunden. Direktor Busch war mit einer von ihm engagierten französischen Schutzeiterin in Differenzen gerathen und gab seiner üblen Laune in der Weise Ausdruck, daß er die drei sehr werthvollen Reitpferde der Französin nicht bei den übrigen Pferden im Zirkus, sondern in einem Stalle außerhalb des Zirkus placirte. Dort standen die edlen Pferde in Gesellschaft von Ochsen, Eseln, Schweinen und anderen vierfüßigen Thieren niederer Ordnung. Ueber dem Stalle befindet sich das Fen- und Strohlager des Zirkus, so daß eine etwaige Feuersgefahr keineswegs außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt. Diese Stallung ihres werthvollsten Gutes war keineswegs nach dem Geschnad der Künstlerin, sie rief daher die Hilfe des Gerichts an. Ihre Rechtsanwälte machten vor dem Amtsgericht geltend, daß die Unterbringung der werthvollen Pferde der Klägerin in jenem Stalle weder eine angemessene, noch eine feuerichere sei und erwirkten damit den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, durch welche dem Direktor Busch ausgegeben wurde, die Pferde der Klägerin unverzüglich in angemessener Weise im Zirkus selbst unterzubringen. Für die nicht

unverzügliche Ausführung dieser einstweiligen Verfügung wurde eine Strafe von 1000 M. festgesetzt und für den Fall der beharrlichen Weigerung wurde der Klägerin anheimgestellt, erneute Anträge zu stellen. Am 23. d. M. wurde die Verfügung erlassen, am 24. wurde sie dem Beklagten zugestellt. Direktor Busch hat die erste Strafe mit 1000 M. verurteilt; denn er respektirte die Verfügung nicht „unverzüglich“. Indessen muß er wohl andern Sinnes geworden sein; denn in der vergangenen Nacht um 12 Uhr ließ er die Pferde der Französin in die eigentlichen Zirkusställe überführen.

Von Fritz Friedmann. Aus Bordeaux berichtet „M. Z. B.“: Dr. Friedmann hatte am Mittwoch eine neue Zusammenkunft mit dem Vorsteher der Adolatenchaft. Friedmann behauptet, seine Auslieferung sei unmöglich, da er keinen Vertrauensbruch begangen habe, mit welchem das Verlangen der Auslieferung begründet werden könnte.

Auf dem Wanssee-Bahnhof wurde in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr der 50 Jahre alte Tischler Hermann Lieblich, der aus Namslau gebürtig ist, vom Tode ereilt. Der Mann brach plötzlich, ohne daß man ihm vorher etwas angesehen hätte, zusammen und war eine Leiche. Vermuthlich hat ihn ein Herzschlag getroffen.

Gegen Herrn August Scherl als Herausgeber des „Neuen Adreßbuchs“ ist, wie uns die Firma W. und S. Loewenthal mittheilt, von den Verlegern des „Berliner Adreßbuchs“ wegen Nachdruck ihres 95. Adreßbuchs Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft I. gestellt worden. Angeblich soll das vorläufige, aus nur einigen Buchstaben und Theilen zusammengefügtes Beweismaterial über 3000 Nachdruckbeispiele repräsentiren, darunter Druckfehler, Adressen von Personen, die bereits gegen Ende 1894 oder Anfang 1895 verstorben, verzoogen z. B. sind, die aber das „Neue Adreßbuch“ mit dem Wortlaut des Berliner Adreßbuchs 1895 nachgedruckt hat.

Schwer verunglückt ist gestern Morgen gegen 9 Uhr der 40 jährige Arbeiter Karl Kogelow aus der Lindenwälderstr. 8. Der Mann wurde aus dem Gelände der Hamburger Bahn an der Torfstraße von einem schwer beladenen Fuhrwerk überfahren und an den Füßen so bedeutend verletzt, daß man ihn sofort in ein Krankenhaus bringen mußte.

Eine reiche Nachernte halten gegenwärtig die Eiswerke und die Branereien. Auf den stehenden Gewässern der Umgegend von Berlin hat die Eisdecke bereits wieder ein Stärke von 8 bis 4 Zoll erreicht.

Der Stellmacher Emil Zander, der sich auf seiner tolen Spatierfahrt nach Treptow in den Unterleib schoß, ist noch am Leben; es geht ihm verhältnismäßig gut. Das Geschöß hat aus der Wunde noch nicht entfernt werden können.

Die Personen, welche am Dienstag, den 11. Februar, Zeugen der Szene waren, welche sich gelegentlich einer Flugblattverteilung in und vor dem Hause Raungr. 91 zwischen dem Schlichter Hartwig und dem Schneider Otto Schulze abspielte, werden gebeten, ihre Adresse in der Wohnung des letzteren, Brandenburgstraße 7 bei Frau Bernide abzugeben.

Witterungsübersicht vom 27. Februar 1896.

Stationen.	Barometere-höhe in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (20° = 68° F.)
Ewinemünde	765	OSO	2	wolfig	- 3
Hamburg	764	ONO	3	bedeckt	- 0
Berlin	763	ONO	2	wolkenlos	- 4
Wiesbaden	761	N	2	bedeckt	- 2
München	758	SW	1	Rebel	- 3
Wien	760	SEO	2	bedeckt	- 0
Saparanda	768	S	4	bedeckt	- 8
Petersburg	779	EO	1	wolkenlos	-13
Cott.	771	NO	1	wolfig	- 7
Aberdeen.	760	SW	3	bedeckt	- 4
Paris.	764	N	3	bedeckt	- 1

Wetter-Prognose für Freitag, den 28. Februar 1896. Etwas wärmeres, zeitweise heiteres, vielfach wolloses Wetter mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Schillertheater. In der Mittwochsvorstellung von Jodelitz' Schauspiel „Ohne Geld“ waren zwei wesentliche Rollen neu besetzt worden. Fräulein Grete Meyer, eine bisher wenig zum Vorschein gekommene junge Künstlerin, hatte die Rolle der Anna übernommen und mit gutem Gelingen durchgeführt. Die Dame zeigte, daß sie etwas gelernt hatte, doch ihr an schauspielerischer Routine im besseren Sinne des Wortes kaum etwas abging. Nachzuholen hat Fräulein Meyer gewis noch vieles, was allerdings einer Künstlerin erst mit den Jahren vollaus zu eigen werden kann. Das eigentliche Seelenleben offenbarte sich in ihr mehr mit äußerlicher Gewandtheit als mit wahren, inneren Empfinden. Doch das ist ein Mangel, der, so schwer er auch ins Gewicht fällt, dem strebenden Bemühen auf die Dauer keinen Widerstand leisten kann. Bei vorrichtiger und gewissenhafter Ausbildung ihres Talents läßt sich von Frä. Meyer manches Gute erhoffen.

Die Rolle des Pastors, die bislang Herr Patry gespielt hatte, war Herrn Winterstein, einem der bekannteren Künstler des Schillertheater-Ensembles, übertragen worden. Herr Winterstein entfernte sich merklich von der gefalteten Redeweise, zu der diese Rolle gar zu leicht verfährt und der auch Herr Patry sich, wenn auch in erträglichen Sätzen, bedient hatte. Im Spiel wie in der Maske erschien Herr Winterstein mehr als Liebhaber denn als Seelenhirt und Rathgeber; seine jugendliche Figur und der warme, natürliche Ton im Dialog mit der Schulentochter ermunerten lebhaft an jene Stürmer, die gegenwärtig im Banne des Christenthums und der heutigen Gesellschaftsordnung die sozialen Weltübel luxiren möchten. Eine Frage bleibt es allerdings, ob der Künstler seine Rolle mit der erforderlichen Glaubhaftigkeit durchgeführt hat. Sein Pastor ließ unserm Gerächten immer der Versicherung Raum, als ob er die im Feuerere vollführte That, eine „Gefallene“ zu heirathen, in der kommenden Mäternheit des Ehestandes bereuen und dann der Geliebten ein ähnliches Schicksal bereiten würde, wie das, vor dem er sie soeben gerettet hatte.

Die Nationalgalerie hat eine Reihe neuer Erwerbungen zu verzeichnen: Zunächst zwei Gemälde, eine Parklandschaft von G. Schindler und ein Porträt des Oberbauraths Banghans von J. Keil. Hierzu kommen von Handzeichnungen 10 Blatt skulpturliche Studien und ein Entwurf „Die Akademie der Wissenschaften“ von L. Gez, 9 Blatt Kohlfarben in Wasserfarben von J. Entved, 10 Blatt Landschaftsstudien in Blei und Kreide von Grafen Stanislaus von Kalkreuth, endlich 10 Blatt Ausrufen aus Nürnberg und Bamberg in Wasserfarben von A. Hann. Der gesammte Aufwand dafür betrug 7145 Mark. Als Geschenk des Reichsgerichtsraths a. D. Schwarz erhielt die Sammlung das in Kreide ausgeführte Bildniß des verstorbenen Referendars A. Schwarz von G. H. Bönsch.

Eine werthvolle Erwerbung hat die ägyptische Abtheilung des Museums zu verzeichnen. Sie besteht in einem 3 Meter hohen Obelisken aus schwarzem Granit, der in einem Hause zu Kairo verhandelt worden ist. Ramfess II. (um 1800 v. Chr.) hat ihn im Tempel von Athribis im Delta geweiht. Sein Sohn Merneptah und einer von dessen Nachfolgern, Sethos II., haben ebenfalls ihren Namen darauf gesetzt.

Von Frithhof Nansen. Die russische Telegraphen-Agentur in Petersburg erhielt am 26. Februar von ihrem Korrespondenten in Irkutsk ein Telegramm, daß der Gouverneur gestern von Irkutsk eine Antwort auf die durch Staffette nach Jakutsk gesandte Botenschaft betreffs Nansen's in etwa 9 Tagen erwarte, wenn die Nachricht von der Rückkehr der Polar-Expedition sich bestätigen sollte. Ein Vertrauensmann werde alsdann von dem Korrespondenten von Jakutsk nach Ustjanik geschickt werden.

Der Vertreter der „Russischen Telegraphen-Agentur“ in Irkutsk meldet: Am 26. Februar (14. Februar a. St.) ist hier aus Jakutsk eine mir bekannte Persönlichkeit angekommen, welche bestätigt, daß der Kaufmann Kuchnarew thatsächlich das Schreiben aus Ustjanik mit der Nachricht über Nansen erhalten hat. Es wird jetzt die Rückkehr des Eilboten des Gouverneurs erwartet.

In Paris ist der Schriftsteller Arsene Haussaye am Abend des 26. Februar gestorben.

Vermischtes.

Grubenunglück. Aus Köln wird vom Donnerstag telegraphirt: In der Zeche Hugo, Schacht I, fanden gestern drei Bergleute den Tod durch hereinbrechende Erdmassen.

Ein englischer „Majestätsbeleidiger“ hat dieser Tage aus dem Lande der Strectseligkeit fliehen müssen. Der „Kön. Jtg.“ wird aus Kiel berichtet: Der englische Sprachlehrer an der hiesigen Marineschule, Mr. Manfior, der wegen einer Majestätsbeleidigung angeklagt war, die er in einem Wirthshause am Kaisergeburtstage begangen haben soll, als Angehöriger der Marine die Nationalhymne sangen, ist nach England geflohen.

Hinrichtung. Der 82 Jahre alte Arbeiter Karl Henning aus Hengerslage, der im Juni 1895 vom Stendaler Schwurgericht zum Tode verurtheilt wurde, weil er in der Nacht zum 17. November 1894 seine Ehefrau ermordete, wurde gestern früh durch den Scharfrichter Reindel-Magdeburg in Stendal hingerichtet.

Ein furchtbares Brandunglück hat sich Donnerstag früh in Gnesen ereignet. Bei dem früh 6 Uhr ausgebrochenen Brande in einem Hause der Wilhelmstraße verbrannten eine Frau und vier Kinder. Eine Frau verletzte sich durch Abpringen tödtlich, andere Personen erlitten theils schwere, theils geringere Verletzungen. Der Kaufmann Otomanski ist als vermuthlicher Brandstifter auf der Brandstelle verhaftet worden.

Das Unwetter im Süden und Südosten Europa's dauert an, wie folgende Depeschen melden: Triest, 27. Februar. Das gestern Unwetter war das furchtbarste, welches hier seit Jahrzehnten beobachtet worden ist. Stauis und eine mit einer Gewalt von 95 Kilometern heranbrausende Wora hatten eine unheimliche Berührung der Stadt bewirkt. — Belgrad, 27. Februar. Der nach Kragujevac abgegangene Eisenbahnzug ist nachts bei der Station Milutinowatz durch den Sturm aus dem Geleise geschleudert worden. Die Lokomotive, der Tender und sechs Waggons wurden zertrümmert; ein Theil des Zugpersonals und sechs Passagiere wurden schwer verletzt. Die Bahnstrecke ist vorläufig unfahrbar. — Venedig, 27. Februar. Das Kriegsschiff „Provana“, welches gestern nach Vriola abgehen sollte, mußte wegen heftigen Sturmes in den Hafen zurückkehren. Ebenso mußten die „Kond“-Schiffe ihre Abreise verschoben. — Budapest, 26. Februar. Aus mehreren Gegenden des Landes werden Schneeverwehungen mit theilweisen Störungen des Bahnverkehrs gemeldet.

Die Millenniums-Ausstellung in Pest wird am 2. Mai mit mächtigem Pomp eröffnet werden.

Eisenbahnunglück. Aus Przemysl wird berichtet: Am 25. Februar wurden nahe der Station Sadowa-Wisznia durch einen Schnellzug infolge eigener Unvorsichtigkeit zwei Bahnarbeiter getödtet, zwei andere schwer verletzt. Der Maschinenführer, den keine Verschuldung traf, warf sich später vor den Schnellzug und wurde getödtet.

Ein Vulkan zu verkaufen. Personen, welche einen feuerlöschenden Berg zu kaufen wünschen, werden durch Londoner Blätter benachrichtigt, daß sie sich dieses Vergnügens eigener Art zu Beginn des nächsten Monats in dem großen Verleigerungs-hause in London leisten können. Dort wird „an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung“ die zu den Ipiratischen Inseln gehörende Insel Volcano mit ihrem berühmten Krater verkauft werden.

Aus Saragunilla wird vom Mittwoch berichtet: Die Ladung aus dem gestrandeten Hamburger Dampfer „Markomania“ ist fast ganz unbeschädigt geborgen. Die Davaris des Dampfers erweist sich als geringfügig und seine Abdringung mit Hilfe des stündlich hier erwarteten Vergungs-Dampfers erscheint ziemlich gesichert.

Eine Bergmannstragödie. Als man einen verlassenen Schacht in einem Kohlenbergwerk bei Abbeeling in West-Virginien (Nord-Am.) untersuchte, fand man die Leichen von vier Bergleuten. Einer saß fast aufrecht gegen die Felsen gelehnt. Am Boden fand man eine Flasche und in dieser einen Zettel mit den folgenden Aufzeichnungen: „2. November 1893. Sollte dieser Zettel jemals das Licht der Welt erblicken, so möge diese wissen, daß wir hier gefangen sitzen, weil der Schacht eingestürzt ist. Wir haben nichts zu essen und zu trinken. Seit acht Tagen sitzen wir hier. — 4. November. Ewing und Adelson haben Ayles getödtet und essen ihn. Ich habe schon einen Stiefelschaf geessen. Das Del in unserer Lampe wird immer weniger und die Luft ist schlecht. — 6. November. Ewing hat Adelson getödtet und hat seine Füße abgeschnitten, welche er jetzt isst. Er tanzt wie ein Ferkelchen mit gequämtem Messer herum. — 7. November. Ich bin jetzt allein mit dem Todten. Ich hatte zur Selbstvertheidigung Ewing zu tödten. Ich habe grade den anderen Stiefelschaf geessen. Ich werde diese Aufzeichnungen in die Flasche, damit mein Schicksal, wenn es möglich ist, bekannt wird. — Josef Diney. — Alle Bewohner haben das räthselhafte Verschwinden der vier Bergleute noch nicht vergessen. Zwei von ihnen waren Engländer. Der britische Konsul stellte damals alle möglichen Untersuchungen an, aber vergebens.“

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (wenn Buchstaben oder eine Sach) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

Scheibel. Wir haben Ihre Beschwerde zur Untersuchung übergeben.

Paul Grieger. Ihr Eingekandt werden wir gelegentlich benützen.

Grüßmacher. Die Angelegenheit ist ja bereits am 8. Februar von uns richtig gestellt worden. Eine nochmalige Erörterung der Sache wäre zwecklos.

Hin. Sie meinen, wir thäten den „Anarchisten“ unrecht, und wüßten nicht, was sie wollen. Wissen Sie es vielleicht? Mit Ausnahme der Herren Hring-Rahlow und Konforten haben wir bis jetzt noch keinen gefunden, der gewußt hätte, was er will.

Sohnan. Ob in Berlin eine Zahlstelle der Haysauer Sterbefälle besteht, haben wir nicht erfahren können. Vielleicht weiß es einer unserer Leser.

Zwei Westende N. u. Z. „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ ist der Satz, mit dem das von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßte kommunistische Manifest schließt. Von welchem von beiden der Satz herrührt, können wir nicht feststellen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 28. Februar.
Opernhaus. Die Nürnberger Puppe.
 Laurin.
Schauspielhaus. Judith.
Deutsches Theater. Diele. Der zerbrochene Krug.
Kessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Der Herr Direktor.
 Vorher: Ein Zündhölchen zwischen zwei Feuern.
Residenz-Theater. Hotel zum Freihaus.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Hungerleider.
Theater Unter den Linden. Boccaccio.
Schiller-Theater. Ohne Geläut.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.
 Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Selle - Alliance - Theater. Böse Tüben.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Tämmer.
 Vorher: Pitts.
National-Theater. Die Waise von Lowood.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Freitag, abends 8 Uhr: Ohne Geläut.
 Sonnabend, abds. 8 Uhr: Ohne Geläut.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
 Schwan in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Vorher: Die Bajazzi.
 Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von E. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 30.
 Freitag, den 28. Februar 1896:
Emil Thomas als Gast.
 Zum 176. Male:
Eine tolle Nacht.
 Sonnabend, den 29. Februar 1896:
 Benefiz für Bruno Bollmann.
 Nur einmalige Aufführung.
Radfahrer auf Reisen.
 Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten (7 Bildern) von Henri Chivot und Henri Blondeau. Musik von Marius Carman.
 Von Sonntag, den 1. März ab täglich und ununterbrochen:
Eine tolle Nacht.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
 Gastspiel des Frä. Clara Leno vom Berliner Theater und des Herrn Oscar Krüger vom Hoftheater zu Braunschweig:
Die Waise von Lowood.
 Schauspiel in 3 Akten u. einem Vorspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Regie: Max Samst.
 Morgen: 8 Uhr: Die Königstochter als Bettlerin oder Die Schule des Lebens. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Aschenbrödel. — Zschous, das Waldmädchen.
Alexanderplatz-Theater.
 Heute 8 Uhr: Zum 181. Male:
Die kleinen Tämmer.
 Von der gesammten hiesigen Presse als die beste Novität der Saison anerkannt.
 Vorher: Pitts.
 Operette von Löwenfeld.

Parodie-Theater.
 Oranienstrasse No. 52 am Moritzplatz.
 Freitag, den 28. Februar:
 1. **König Heinrich.** Bildromant.
 Schauspiel von Ernst v. Sanftenbuch.
 2. **Gräfin Ise.** Was wisse oder der Trompeter von Wisse. Nach Dr. Frh. Friedmann's Kriminalroman.
 3. **Zschous,** das Waldmädchen.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Alexanderplatz-Theater.
 Heute 8 Uhr: Zum 181. Male:
Die kleinen Tämmer.
 Von der gesammten hiesigen Presse als die beste Novität der Saison anerkannt.
 Vorher: Pitts.
 Operette von Löwenfeld.

Parodie-Theater.
 Oranienstrasse No. 52 am Moritzplatz.
 Freitag, den 28. Februar:
 1. **König Heinrich.** Bildromant.
 Schauspiel von Ernst v. Sanftenbuch.
 2. **Gräfin Ise.** Was wisse oder der Trompeter von Wisse. Nach Dr. Frh. Friedmann's Kriminalroman.
 3. **Zschous,** das Waldmädchen.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Urania
 Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
 Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Passage - Panopticum.
 Nur noch kurze Zeit!
Affentheater und Circus.
 Ohne Extra-Entree.
 Soldaten und Kinder 25 Pf.
 Vorst. 5 1/2 und 8, Sonntags 4, 6, 8 Uhr

Castan's Panopticum.
 Neu!! Neu!! Neu!!
 Die 3 getigerten Grazien!!
 aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!
Kaiser-Panorama
 (Passage).
 Diese Woche: Neu! S. Meise. Istrien, Abbazia, Cherso etc. II. Meise durch das malerische Steiermark. a Meise nur 20 Pf. — Kinder 10 Pf. Abonnement 1 M.
 Nächste Woche: Corfu I

Alcazar.
 Variété- u. Spezialitäten-Theater.
 Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
 Heute: **Abjeheds-Benefiz** f. d. allbeliebten Duettisten Clara und Hans Sarno.
Neues Programm.
 Entree: 30, reserv. 50 Pf. Anf. 8 Uhr.
 R. Winkler.

Apollo-Theater
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
 Nur noch bis Sonnabend das erfolgreiche Februar-Programm.
Eugenie

FOUGÈRE.
 Die tolle Nacht, Luigi del 'Oro
 u. s. w. u. s. w.
 Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Sonntag, den 1. März 1896:
Vollständig neues Programm.

Kaufmann's Variété-Theater
 Königstraße, Colonaden.
Letzte Woche!!!
 Der populäre **Gentes.**
Hammerstein's
Ankunft.
 Berliner Neuigkeiten.
 Der Niesenbrustkapfenmensich
 Thränen muss man lachen! über
Abs & Cannon.
 Der moderne Gansou.
 Am 1. März schon wieder **neues Programm!**
 Marten's Friedrichstädt. Casino, Friedrichstr. 236. Jeden Freitag:
Norddeutsch. Sänger-Soirée
 Empfehle meine Sätze zu Versammlungen und Privatfestlichkeiten. 2771b

Statt besonderer Meldung.
 Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen hocherfreut am 29.2.86 Frh. Schmidt und Frau.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute
 Am 25. d. M. verschied plötzlich am Herzschlag unser Kamerad, der Zimmerer **Wilhelm Wallat.**
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 1. März, vormittags 11 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Friedrichshain nach dem städt. Kirchhof in Friedrichsfelde statt. 2936b
 Der Vorstand.

Hiermit nehme ich die schwere Beleidigung gegen Herrn Paul Liehr zurück und erkläre denselben als einen Ehrenmann. P. P. Finf. 2b

Verloren
 Trauring, geg. W. P., Bahnh. Weissensee. Abzug. gegen Belohn. Weissensee, Sedanstr. 34 c, 2 Tr. L.

Ein Portemonnaie mit Inhalt ist in meinem Lokal gefunden worden. Abzuholen bei M. Wegner, Siemensstraße 12. 2931b

Gund entlaufen.
 Rothgelber Bernhardiner Hund mit schwarzer Mähle. Abzugeben bei M o t h e s, Wiesenstr. 63.

Feen-Palast
 Burgstrasse 23.
 Direktion: Winkler & Fröbel.
 Nur noch bis Sonnabend.
 Baronin v. Bergen. Gebr. Francs. Gisella Suleima. Damen-Quart. Kolter-Familie. Marvelli-Truppe. Harlow Trio. Little Paolo. 4 Geschwister Schenk. Robin u. Berat. Lotti Romanowitsch.
Die tolle Jugend.
 Urtomische Pantomime von der Gesellschaft Teo.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Entree 30 Pf.

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Börse).
 Freitag, 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Komiker-Vorstellung.
 Sensationeller Erfolg:
Die Jagd nach d. Glück.
 Zum Schluss:
Ein wirklicher Schiffsuntergang in 20 Fuss Wasser.
 Außerdem: Böö u. Schildwache, höchst kom. Episode. Mr. Veldeman als franz. Voyer. Auftr. d. egypt. arab. Clowns Gebr. Cavallini. Bros Dux, d. lustigen Chinesen. Die Troika, drest. u. ger. v. Herrn Footit-Burghard. Dir. Busch m. s. bestreift-Freiheitspferden.
 Sonnabend: Die Jagd nach d. Glück.
 Sonntag: 2 Vorstell. Nachm. 4 Uhr (ermässigte Preise und 1 Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.

Cavalleria schufticana.
 (Die Ehre des Schuhbojacks.)
 Romantisch diabolisch infernalische Oper von Ferd. Meysellino.
Neuestes Ensemble der Steffiner Sänger
 (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
 Heute, sowie jeden Freitag u. Montag:
Victoria-Brauerei
 Lützowstrasse 111/112.
 Anf. präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (f. Plafate).
 Sonntag: Concerthaus Sanssouci

Jante's Restauration.
 Bringe allen Freunden und Bekannten meine Restauration und Stehbirthe in freundlichste Erinnerung. Vereinigt in mir mit und ohne Piano zu vergeben. 2747b
 P. Janke, Köpenickerstr. 33.

Allen Kollegen, Freunden u. Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich **Danigerstr. 93** (nahe der Schönhauser Allee) ein **Weiß- und Bairisch-Bierlokal** eröffnet habe. Vereinszimmer steht zur Verfügung. Achtungsvoll
W. Hansen.

Achtung, Holzarbeiter!

Folgende Werkstellen haben bis gestern, den 27. Februar, nachmittags 5 Uhr, nicht bewilligt:
Kastenmöbel und Büffels: Kern, Büschingstr. 24. Fock u. Zimmermann, Gräner Weg 117. Kienow, Wollinerstr. 27a. Görs, Wildenowstr. 4. Kraab, Kuppinerstr. 5. Jung, Rheinsbergerstr. 56. Fändrich, Schönhauser Allee 145. Gebr. Köhn, Demminerstr. 6. Schubert, Kastanien Allee 10. Rbf, Schützenstr. 68. Paulsch, Ballisadenstr. 101. Degen, Gubenerstr. 10. Stoppert, Prenzlauerstraße 26. Grams, Kolontstraße 5. Pagenow, Waldemarstr. 23. Meier, Ballisadenstr. 47. Ediger, Friedrichsberg, Rummelsburgerstr. 70. Krüger, Fischerbrücke 11. Meier, Friedrichsberg, Jungstr. 48.
Bauarbeit: Kregmann, Sedantianstr. 36. Herrgesell, Wilhelmshäfenersstraße 28. Wagenknecht, Rummelsburg.
Schreibtische, Tische und Nähtische: Dreuse, Anklamerstr. 25. Einide, Mantensfeldstr. 76. Sievert, Rüdersdorferstr. 26. Böhm, Weberstr. 52. König u. Co., Friedrichsbergerstr. 23. Trompler, Rüdersdorferstr. 7.
Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Meier, Richtenbergerstr. 17. Loth, Pappel-Allee 5. Keutel, Stralauerstr. 35. Mühlbauer, Andreasplatz 3. Dohse, Grüner Weg 2.
Nähmaschinen: Enfat u. Weißberg, Cuvyrstr. 46. Frister u. Rohmann, Stalinerstr. 134/135.
Goldschmied: Methow u. Co., Köpnickestr. 109. Stieghahn, Waldemarstraße 14.
Luzumöbel: Bab, Gitschinerstr. 75. Franz, Forsterstr. 7. Freitsche, Oranienstr. 36. Rose, Mantensfeldstr. 57.
Möbel nach Zeichnung und gute Bauarbeit: Fahlow, Wasserthorstr. 9. Ferd. Voigts, Alte Jakobstraße.
Spiegelrahmen: Dantschatt, Mariannenstr. 6.
Sigmöbel: Brandt, Reichenbergerstr. 30.
Jalousien: Steen u. Schulz, Steinwegstr. 23.
Telephon: Trümple, Holzmarktstr. 48.
 In der Werkstatt von D a w e l, Köpnickestr. 127, ist die Forderung bereits am 17. gestellt und bewilligt. Die Werkstatt wurde irrtümlich unter die rubriziert, welche keine Forderungen gestellt hätten.

Freitag:
Resterverkauf
Anzug- u. Paletotstoffe
 Jedes Maß zu Engrospreisen.
Brenner & Co.
 Alte Jakobstr. 57/59.

Sophastoff-Keite
 in Rips, Damast, Crêpe, Phantase, Gobelin und Plüsch (spottbillig!)
 Proben franko!
 in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Patente Muster, Markenschutz **ERICH PETERS.**
 Berlin, S.W.29, Wittenwalderstr. 26.

Guten Morgen!
 Lade zum Kauf bei mir ergebenst ein.
Carl Schindler
 55. Chausseestr. 55. A. III 8917.
 (Nordh., Südbr., Cognac, Rum, Ungarn.)

Milchkübel,
 Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen
Jordan,
 Kleine Markus-Strasse Nr. 28.
Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Teilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Kervidöden bei Bestellung umsonst.
Gudtel, Luisenpark 2, Glatfackerstr. 12.
 Täglich, auch Sonntags vorm. von 7-9 Uhr: 4041b
Verkauf von gekochtem Rind- u. Schweinefleisch
 à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.

Sophastoff-Keite
 zu Bezügen ausreißend in Phantase, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Satteltaschen spottbillig.
J. Adler, Topplich-Fabrik, Spandauerstraße 30 gegenüber dem Rathhause. Reichillust. Preisliste gratis u. franko.

Georg Wagner
 Uhrmacher jetzt **Reichenberger-Strasse 23,**
 nahe Postbuscher Thor, Uhren, Goldwaaren etc., sowie alle Reparaturen.

Unbem. Musikunterr. „R.“ Postamt 79.
Cigarrengeschäft in Berlin (gutgehend) z. 1. April z. laufen gesucht. Angebote sind z. richten an 3b C. Althoff Jr., Plettenberg i. W.

Größtes Kinderwagen-Fabrik-Lager Deutschl. Lande.
Puppenwagen, Kindersportwagen, Kinderstühle, Kinderbettstellen. Auerkannt d. eleg. best. u. am billigsten bei **E. Stiasny,** Berlin C., nur **Wallstr. 21.** Zurückgeforderte billiger.*

Schönhauer Allee 150 3 z. 3 m. Stb. u. Rd., Garten, 1 St., 1 Eib. möbl. z. b. Hirtel, 3 Tr. 2744b
 Umst. halb. große Wohnung: Stube, Küche, Korridor, allein, z. 1. April zu verm. **W i g g e,** Adlerstr. 89, Dgb. II.

Frankfurter Allee 16/16a am Ringbahnhof, Vorderwohnungen: 2-4 Zimmer, Bad etc. Hinter-Wohnungen: 1 u. 2 Stuben etc., äußerst billig. Elegante Stallungen und Remisen, große Lagerkeller. 44219*

Putzbuscherstraße 26*
 gesunde, kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.
 Geschäftskeller Oneisenaustr. 16 für Schuhmacher od. Blumen z. verm. (2938b)
 Möbl. Schlafst. f. 2 Herren Nannysstraße 37, v. 4 Tr., links bei Frau Pinke.
 Schlafst. z. v. Wwe. Gesch, Adalbertstr. 84.
 1 Schlafst. zu verm. f. 2 P. Wittwe **L a d e,** Franzstr. 3.

Arbeitsmarkt.
Plätterinnen 2919b
auf Stehtragen und Serviteurs verlangt bei dauernder Beschäftigung **Felix Karpe,** Blumenstr. 70.

Schirmnäherin, welche wöchentl. etwas mitnehmen kann, verlangt 2929b **Königstraße, Ede Poststraße.**
Tüchtige Eisendreher
 für dauernd bei hohem Lohn gesucht. **Adler Fahrradwerke** vorm. **Heinrich Kloyer,** Frankfurt a. M.

Färsternmacher gesucht, der im Stande ist, eine Werkstatt für seine Artikel einzurichten und zu leiten. Schriftliche Offerten sub **B. M. Exp. d. Bl.** (2930b)

Verfilberer auf Leisten verlangt **Ritzdorf, Berlinerstr. 89.** 2937b

Kurbelstepperinnen, Wochenverdienst 35-40 M., verlangt **Langestr. 2, Kurbelsteppererei.** 2932b

Wäschnäherin, Röde, hoher Lohn, verlangt **Frau Lange,** Adalbertstr. 2.
Eisbarbeiter auf Messerschalen und Druckmaschinen werden gesucht **Sebastianstr. 84.**
Glasschleifer auf Buchstaben verlangt **Dedert,** Pringestr. 32. 2933b
Durchnäher verlangt **Filzschubfabr.** Barnimstr. 22. 2930b

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 27. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Kultusminister Dr. Boffe und Kommissarien.

Die zweite Staatsberatung wird beim Kultusetat fortgesetzt.

Referent Abg. Dr. Weber-Galberstadt (natl.) erwähnt in seinem Referat über die Einnahmen des Etats besonders des Komptabilitätsgesetzes, dessen Einbringung nach der vom Regierungskommissar in der Kommission abgegebenen Erklärung zu erwarten ist.

Geheimer Rath Lehndt: Die Arbeiten sind umfangreich und bedürfen längerer Zeit, so daß es zweifelhaft erscheint, ob die Vorlage noch in dieser Session dem Landtage vorgelegt werden kann.

Abg. v. Strombeck (Z.): Ich bitte den Herrn Minister, uns eine Uebersicht über die Zwecke dieses Fonds zu geben.

Minister Dr. Boffe: Die Herren erhalten das nöthige Material in den Motiven zum Komptabilitätsgesetz.

Nach weiterer Debatte über diesen Punkt, in der nichts Neues vorgebracht wird, werden die Einnahmen genehmigt.

Bei dem Ausgabetitel: Ministergehalt wendet sich Abg. Dietrich (Z.) zunächst gegen den holländischen Erlaß von 1876, betreffend die Staatsaufsicht über den Religionsunterricht. Diesem Minister sind wir dankbar für sein Wohlwollen. Aber dabei können wir uns nicht beruhigen, denn auf den wohlwollenden Minister kann ein anderer folgen. Wenn wir unsere Grundsätze nicht verleugnen wollen, müssen wir Aufhebung des holländischen Erlasses und Rückkehr zu dem alten Standpunkt des Artikels 24 der Verfassung verlangen.

Abg. Lohmann (natl.): Der Herr Minister hat zwar in Abrede gestellt, daß er die Rechte der Gemeinde verkürzen wolle. Trotzdem wird in den Regierungsberichten Münster, Minden und Arnberg dieses Recht der Gemeinde stark beeinträchtigt, namentlich auch im Regierungsbezirk Arnberg. In Hagen hat die Regierung ganz ohne Rücksicht auf die Schuldeputation die Lehrer angestellt. Eine Verfügung, welche die Regierung 1893 an die Schuldeputation gerichtet hat, hatte einen Ton, daß, wer sie los, glauben mußte, die Verfügung datire von vor 1800 Jahren. Im Oktober 1894 hat der Magistrat über dieses Verfahren der Regierung beim Minister Beschwerde geführt, und auf diese Beschwerde ist noch heute, also 1 1/2 Jahre später, keine Antwort da.

Ministerialdirektor Kügler: Der vom Vorredner geschilderte Vorgang erklärt sich aus einem Konflikt zwischen Regierung und Schulverwaltung. Der Minister ist auf gütlichem Wege eingeschritten.

Abg. Friedberg (natl.): Ich habe mir den holländischen Erlaß von 1876 nochmals durchgelesen und gefunden, daß derselbe außerordentlich vorsichtig und rücksichtsvoll abgefaßt ist. Daß die staatlichen Rechte auf die Schule gewahrt werden müssen, ist selbstverständlich. Sie verlangen für die Kirche Garantien hinsichtlich des den Religionsunterricht erteilenden Lehrers, wenn aber der Staat Garantien bei dem Geistlichen verlangt, dann paßt Ihnen das nicht! Das ist doch ein sehr einseitiger Standpunkt. Wir verlangen keine Herrschaft des Staates über den Geistlichen, sondern nur, daß dem Staate wird, was dem Staate gebührt.

Abg. von Cynern: Die neuesten Mittheilungen des Grafen Hoensbroech haben uns zu der Erkenntnis gebracht, daß der Papst doch gelegentlich auf die Haltung des Zentrums einzuwirken sucht. Vielleicht könnte da unser Vorgesetzter beim Papst denselben ersuchen, die Zentrumspresse zu veranlassen, von ihren heftigen Publikationen abzulassen. Das ärgerte auf diesem Gebiete leisten die im Verlage der „Germania“ erscheinenden grünen Blätter. Redner verliest aus denselben einige Krassheiten gegen Luther, Calvin, Zwingle, die „den Strang verdienten“ u. dgl. Die Einbringung des Schulgesetzes wurde in jenen Blättern als erster Schritt — unter Mitwirkung des Kaisers — ausgegeben zur Zurückführung der Protestanten zum Katholizismus. Hiernach haben wir eine Richtung im Staate, die alles zerstören will, was wir an geistiger Kraft im Staate aufgebaut haben. (Sehr richtig!) „O seid gesegnet, ihr kommenden Scheiterhaufen,“ heißt es an einer anderen Stelle. (Weiter links.) Will man so etwas, so muß man sich doch über die außerordentliche Entrüstung des Abg. Porsch nützlich über den Pastor Thümmel wundern.

Abg. Mottz (Pole) führt Beschwerde über Verlegung des Volksschulunterrichts in polnischer Sprache als Muttersprache. Minister Boffe: Bedrückungen der Polen existieren nicht, die Klagen sind ganz unbegründet. Auf mehrere mit dem Vorredner gestellte Fragen antwortete ich: Den geistlichen Schulinspektoren können wir die Zuweisung der Kinder an den Religionsunterricht — ob deutsch oder polnisch — nicht überlassen. Denn nach unseren Erfahrungen fehlt uns jede Gewähr, daß nicht allbald deutsche Kinder dem polnischen Religionsunterricht überwiesen werden. Daß in die sog. Schulkarte die polnischen Kinder auf die deutsche Liste kommen, das geschieht überhaupt nicht. Polnische Kinder kommen niemals in die deutsche Religions-Abtheilung. Es ist unsere Pflicht, das Deutschthum zu schützen gegen nationalpolnische Agitationen und Aspirationen.

Abg. Graf Vinburg-Sittum spricht namens seiner Freunde dem Minister kurz den Dank für seine Worte in der Polenfrage aus unter Hinweis auf den politischen Charakter der nationalpolnischen Agitationen.

Abg. Porsch (Z.): Für die von Herrn v. Cynern erwähnten Artikel in der katholischen Presse trägt doch das Zentrum keine Verantwortung! Unsere Presse mischt sich überdies in inner-evangelische Dinge nicht dergestalt ein, wie evangelische Blätter sich in katholische Fragen einmischen. Wenn wir angegriffen werden, mag man sich freilich nicht wundern, wenn unsere Blätter dann sehr zuhauern. Daß der Jedlitz'sche Volksschulgesetz-Entwurf ein Schritt gewesen sei, die Evangelischen zum Katholizismus zurückzuführen, darüber wird sich niemand mehr wundern, als Graf Jedlitz selber. Redner geht dann näher auf den Fall Thümmel ein, auf dessen „Beschimpfungen“ der katholischen Kirche. Ich überlasse, so schließt er, Herrn Thümmel Herrn v. Cynern, und wenn sie einander in den Armen liegen, so sind sie einander würdig.

Vizepräsident Kranke: Nach der Art, wie der Herr Redner Herrn Thümmel charakterisiert hat, kann ich es nicht für parlamentarisch halten, daß er Herrn v. Cynern in solche Verbindung mit Herrn Thümmel bringt. Ich rufe deshalb Herrn Porsch zur Ordnung.

Abg. Friedberg (natl.): Das Zentrum könne unmöglich den Verlag der „Germania“, aus welchem so schwere Beschimpfungen der evangelischen Kirche hervorgegangen seien, von sich abschütteln. Recht habe Cynern darin, daß die römische Kurie sehr wohl Einfluß auf die Haltung der katholischen Blätter nehmen könne, denn letztere würden hauptsächlich redigirt von Kaplänen und sonstigen Geistlichen. (Widerspruch im Zentrum.)

Abg. Birchow: Jeder Minister hält sich bei uns für berechtigt, durch neue Verordnungen neues Recht zu schaffen. Und da wir das nicht wünschen, bleibt nur der Weg der Verfassungsänderung. Dem Minister steht es frei, Statuten von Zuständigkeitsverletzungen umzusetzen. Davon läßt sich nun nichts ändern. Aber wenigstens sollte der Minister gehalten sein, solche Statutenänderungen zu veröffentlichen, damit wenigstens

Klarheit darüber besteht. Auch die Universitätsstatuten sind durch Verordnungen durchlöcher worden. Es sollten dafür festere Grundlagen gegeben werden für Ordinarium der Professoren, Stellung der Privatdozenten u. dgl. Das schwierigste ist die Finanzlage, in der diese Anstalten sich befinden, indem sie nicht von sich über die Gelder verfügen können. Redner bemängelt dann, daß für die Akademien der Künste und Wissenschaften und für die holl. Bibliothek noch immer nicht eine neue Unterstutze geschaffen sei trotz aller früheren Besprechungen.

Minister Boffe behält sich eine Antwort bei den bezüglichen Etatskapiteln vor.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Porsch wird die Weiterberatung bis morgen 11 Uhr vertagt. Schluß 4 1/4 Uhr.

Das Elend und die Arbeitslosigkeit in Rom.

Die Nachrichten, die wir aus Italien erhalten, sind leider sehr unzureichender Art. Während die Bourgeoise Süd-Italiens, die Aktionäre der „Societa Generale di Navigazione“ (Allgemeine Schiffsahrts-Gesellschaft), die mit dem Truppentransport nach Massaua beauftragt ist, die zahlreichen Heerlieferanten, kurz die ganze Partei des „Fieberbusses“ und des Nordpatriotismus den Vernichtungskrieg gegen den „wilden“ Menek mit Hurra-geschrei fordern und dabei vor Crispi auf dem Bauch rutschen — sieht in Rom, der Hauptstadt des Königreichs, das arbeitende Volk buchstäblich Hungers.

Alle Arbeit hat aufgehört. Man berechnet die Zahl der Arbeitslosen auf Zehntausende; das Arbeitslosen-Komitee, das die Agitation leitet, besteht allein aus 900 Mitgliedern.

Die Arbeitskammer hatte die Einberufung einer großen öffentlichen Versammlung von Arbeitslosen beschlossen, aber Crispi hat die Versammlung natürlich — verboten.

Man muß Hungers sterben und dabei noch schweigen!

Das einzige, was die Großmuth des Zaren Crispi nicht hat verhindern können, sind die „Wanderungen des Elends“ — unter Grabesfülle lange Aufzüge von Ausgehungen, die nichts anderes bedeuten, als ihre Lumpen zu zeigen und die Spuren zu enthüllen, welche der Hunger auf ihren bleichen, eingefallenen Gesichtern hinterlassen hat.

Die Arbeiter, die augenblicklich noch die Arbeiter in Rom beschäftigen, sind fast ausnahmslos auf Kosten der öffentlichen Verwaltung unternommen: wie der Justizpalast, das Denkmal für Viktor Emanuel (das schon 16 Millionen Franzos verschlungen haben soll), das Politeknikum und weiter nichts.

Die Privatleute lassen nicht arbeiten; und sie haben gar nicht so unrecht. Sie fürchten den Fiskus, diesen furchtbaren italienischen Fiskus, der wie ein Räuber jeder Industrie und jeder neu begründeten Fabrik auslauert, um sie auszulindern, und der alle industriellen Unternehmungen, welche spezial in den großen Städten Nord-Italiens gegründet worden sind, entweder schon aufgefressen hat oder im Begriff ist aufzufressen.

Also wozu dann noch eine Fabrik, ein Gewerbe betreiben? Gibt es in Rom vielleicht nicht genug Käufer? Im Gegenteil, tausende warten auf Mietzler! — Kann man noch große Industrien begründen, bevor die Frage der Bewegungskraft, die sich schon durch ein Vierteljahrhundert (und mehr. N. d. V.) hindurchzieht, entschieden und der Dampf von der Elektrizität abgelöst ist?

Infolge dessen sind die einzigen Arbeiter, die augenblicklich in Rom Arbeit finden, solche, die der Großindustrie nicht angehören: Maler, Goldschmiede, Tapezierer, Modisten, einige Schneider und einige Näherinnen. Und endlich haben noch Abfah die Volks-Verkaufshäuser, wo des Kleinbürgertum, getrieben von der Angst vor dem letzten Stündchen, im Galgenbumm sich wie toll hindrängt. Denn auch das Kleinbürgertum ist ganz heruntergekommen. Die Kaufleute verkaufen nach Möglichkeit mit Hilfe aller erdenklichen Mittel. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur einen Blick in das Register der Wechsel-Protokolle zu werfen. In den letzten Monaten ist die Zahl der Proteste in ganz erschreckender Weise gestiegen. Es giebt keinen Fälligkeitstermin, an dem nicht in Rom beinahe tausend Wechsel unbezahlt bleiben; ein Drittel dieser Wechsel fällt natürlich den Notaren in die Hände.

Die Hotels, mit Ausnahme der größten, stehen fast vollständig leer. Die Hotelbesitzer haben sogar versucht, eine Vereinigung ins Leben zu rufen, um den alten Carneval zu erhalten, der sonst die vornehmen Mannaffen und Franzosen, die an langer Weile und am Spleen leiden, in die „ewige Stadt“ lockt. Zu diesem Zwecke hatten sie mit Ausbietung aller Kraft die jämmerliche Summe von 200000 Francs zusammengerafft, doch die Hiebsobstschästen aus Afrika haben den hohen Verschafften die Lust am Vergnügen verderben. Die Carnevalsfeste sind aufgegeben worden, wobei der Hof mit gutem Beispiel voranging, indem er die Hofbälle ablegte. Hiernach kann man beurtheilen, wie während die Hotelbesitzer Rom auf Menek sind, der das Unerhörte sich hat zu Schulden kommen lassen, den Spieß gegen die italienischen Räuber umzukehren.

Doch zurück zu den Arbeitslosen. Wovon leben sie denn? Das ist ein Räthsel, von dem wir nur einige Zipsel zu lästern vermögen.

Hauptsächlich sieht man sie sich in den Volksküchen versammeln: Anstalten, die theils durch Wohlthätigkeit, theils durch Spekulation ins Leben gerufen sind, und in denen man für 10 bis 15 Centimes einen Zeller Suppe, etwas Gemüse und ein Stück Brod bekommt, Lederbissen, die sich allerdings nur die Reichen unter den Arbeitslosen leisten können! Viele der Unglücklichen benutzen für die Nacht die öffentlichen Schlafstätten. Am Tage versammeln sich die Arbeitslosen in der ihnen aufgezwungenen Ruhe düster schweigend an der Porta Triomfala — dem Triumphthor — (welche Ironie von acht römisch hochtrabenden Namen!), oder noch öfter in den Außenvierteln an der Porta Salaria und der Porta Esquilina.

Man erzählt sich in Rom merkwürdige Einzelheiten über das Elend der Arbeiter. Wenn man bei den Lumpensammlern nachsieht, so findet man eine unglückliche Menge von Schlaflosen, Kleinen und Namenstafeln, von Zimmertüren herrührend, welche Arbeiter, in Ermangelung von Betten, über zwei Stühle gelegt, als Lagerstätte benutzten und hernach als Brennholz, um sich ein bißchen Feuer zu machen. Viele Häuser sind auf diese Weise beschädigt und die Fenster haben die Fenster und Türen zugemauert, um noch schlimmere Zerstörung zu verhüten und um die Haussteuer zu ersparen.

Trotzdem werden häufig die Wände der leeren Häuser durchbrochen und durch die Brechen dringen Männer, Weiber und Kinder ein, um Schutz für die Nacht zu finden.

Von all diesem Elend sind sogar die Polizisten bisweilen gerührt, die zum Schutze des Reichs der Eigentümer wachen. Und bei all diesem Elend schwillt der Agro romano, „der römische Acker“ um Rom herum fortwährend in seiner sunspigen Größe an, — Land, das die ganze Bevölkerung Roms ernähren könnte und jetzt Fieber und Tod anschauct. Dieses Land, das hinreichen würde, zweimal so vielen Menschen, als augenblicklich in Italien arbeitslos sind, nicht nur Arbeit, sondern sogar Wohlstand zu geben, es bleibt verödet und verlassen, verloren in seiner mörderischen Einsamkeit.

Man hat kein Geld für die Urbarmachung des Agro romano . . . das Italien der Bourgeoise und des Crispi braucht kein Geld, das es den Armen geraubt hat, für den großen Eroberungs-„Sport“ in Afrika, der aber ein sehr schlechtes Ende zu nehmen scheint.

Wenn nun die Geduld der Arbeiter erschöpft, wenn ihnen jeder Ausweg genommen ist, wenn die Arbeitslosen keine Brotkruste mehr zum Weihen haben, das Leibhaus ihnen alles geraubt und der Grelutor sie aus den fenster- und thürlosen Mansarden herausgeworfen hat — wenn dann die Arbeiter, zur Verzweiflung getrieben, die Fahne der Revolution erheben und so zum letzten Mittel greifen, zu dem der nagende Hunger treibt, — wen trifft die Schuld? Civis Romanus.

Soziale Uebersicht.

Eine Statistik der Lehrergehälter in sämtlichen schlesischen Städten ist durch den Lehrer Ernst Müller in Liegnitz fertig gestellt worden. Derselbe giebt in zwei umfangreichen Tabellen das jeweilige Gehalt eines Lehrers in jedem Dienstjahr (vom 3. bis 31.) a) in den Städten mit Alterskassen und b) in denen mit Stellenkassen. In der ersten Tabelle sind 75, in der zweiten 49 Städte enthalten. Die Tabellen lassen erkennen, aus welchen Bezügen (Gehalt, Wohnungsgeld, Feuerungsgeld) sich das Einkommen zusammensetzt. Die höchsten Gehälter zahlen Breslau (3000 M. nach 24 Dienstjahren), Görlitz (3000 M. nach 31 Jahren), Rattovitz (2650 M. nach 31 Jahren), Greiffenberg (2450 M. nach 31 Jahren), Pirichberg (2400 M. nach 31 Jahren), Hagnau (2390 M. nach 31 Jahren), Grünberg (2300 M. nach 31 Jahren), Bunslau und Freiberg (2300 M. nach 31 Jahren), Gleiwitz (2460 M. nach 24 Jahren), Glogau (2400 M. nach 28 Jahren), Gottesberg (2300 M. nach 31 Jahren), Liegnitz (2640 nach 31 Jahren), Kreuzburg (2450 M. nach 31 Jahren), Ranslau (2500 M. nach 33 Jahren), Oels (2500 M. nach 31 Jahren) u. s. w. Auch die übrigen Orte der ersten Tabelle zahlen meist über 2000 M. (von 2000—2400 M.) Höchstgehalt. Auch die Orte mit Stellenkassen (feststehenden Gehältern ohne Steigung) haben theilweis Stellen mit 2000—2500 M. Gehalt. In den Orten mit Stellenkassen gehören fast nur kleinere Städte der Provinz mit unter oder wenig über 2000 Einwohner, wie Bentzen a. D., Inghersfurth, Festsberg, Herrnsdorf u. dgl. Von größeren Orten finden sich nur darunter Münsfelderberg (8089 Einw.), Ratscher (4047 Einw.), Neurode (6804 Einw.), Reinerz (3200 Einw.), Rosenberg (4100 Einw.), Sohrau (4708 Einw.), Zobten (2500 Einw.).

In der Stadt Hagen ist die Rechtsprechungsmaschine, soweit das Gewerbegeicht in betracht kommt, still gestellt, weil — kein Vorsitzender vorhanden ist. Rechtsuchenden ging folgendes Schreiben zu:

Hagen, den 1896.

An Herrn N. N., hier.

In Ihrer Gewerbegerichtsache wider den N. N. wegen unbeschränkter Arbeitseinstellung wird Ihnen hierdurch vorläufig ergebnis mitgeteilt, daß in der Sache kein Termin anberaumt werden kann, weil das Gewerbegericht zur Zeit keinen Vorsitzenden hat.

Das Gewerbegericht.
Beglaubigt
N. N., Gerichtsschreiber.

Die „Hagener Freie Presse“, der wir die Mittheilung entnehmen, bemerkt hierzu: „Man sollte es nicht für möglich halten, daß in einer großen Industriestadt wie Hagen der ganze Apparat einfach lahmgelegt ist.“ Die gegen Entscheidung vorübergehend solche Posten ausfüllen können, bis die Frage definitiv geregelt ist.“

Der Leipziger Verband der Bau-Arbeitgeber steht in seiner letzten Versammlung den Mindestlohn auf 45 Pfg. pro Stunde fest. Nach einem früheren Versammlungsbeschlusse soll vom 1. April d. J. ab den Zimmerleuten der gleiche Mindestlohn wie den Maurern bezahlt werden.

Den Befähigungsnachweis für Baugewerker fordert der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister vom Reichstag und Bundesrath in einer Petition. Durch Vermittelung der Dresdener Innung geprüfter Baumeister werden der Rath und die Stadtverordneten gebeten, sich dieser Petition anzuschließen. Auf Befürwortung des Baupolizei-Ausschusses beschloß der Rath, dem stattzugeben und die Stadtverordneten um Zustimmung zu ersuchen.

Der diesjährige Verbandstag sächsischer Hebammen wird am 12. Mai in Chemnitz abgehalten. Mit ihm wird eine Ausstellung chirurgischer Instrumente und verschiedener Verbandstoffe verbunden sein.

Der 1895er Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion ist soeben erschienen.

Der Stadtrath Mannheims beschloß, mit Ende dieses Monats die Rothstandsarbeiten einstellen zu lassen, da die Zahl der Arbeitslosen infolge der Besserung der Erwerbsverhältnisse sich so vermindert hat, daß schon theilweiser Mangel an Arbeitskräften eingetreten ist.

Der Kennstudenstag ist in der Druckerei des christlichen Verlagshauses in Stuttgart eingeführt worden.

Eine Kontrolle der Bäckereibetriebe hat, wie die Nürnbergger Stadtzeitung mittheilt, das dortige Bezirksamt verordnet. Die Ortspolizeibehörden sind beauftragt, binnen längstens vierzehn Tagen eine Visitation der im Gemeindebezirk befindlichen Bäckereien, namentlich Schlafstellen, Wochvorrichtungen und was sonst die Reinlichkeit und so weiter betrifft, sowie darüber vorzunehmen, ob mit Krankheiten (Krätze u.) behaftete Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt werden.

Die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerkes ist von der Gemeindeversammlung Schaffhausens in der Schweiz beschlossen worden. Der dazu bewilligte Kredit beträgt 400 000 Franken. Für die Kraftlieferung wurde ein Vertrag mit der Wasserwerksgesellschaft, un kündbar für diese, ratifizirt, wonach eine und nach Bedarf zwei oder drei Turbinen von je 300 Pferdekraften für 60 Fr. im Jahre und eine Pferdekraft gepachtet werden.

Gewerkschaftliches.

Der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker erklärt folgenden Aufruf an die Buchdrucker-Gehilfen Deutschlands:

Kollegen! Vor etwas mehr als Jahresfrist erhobet Ihr in stark besuchten Versammlungen der bedeutendsten Druckorte die Forderung, daß die Tarifverhältnisse wieder verbessert und stabilisiert werden möchten. Der vorgenannte Vorstand übernahm damals Euren Auftrag, die Leitung der Prinzipalität von dem Verlangen in Kenntniß zu setzen. Die Verwirklichung desselben verzögerte sich zuerst — ohne unsere Schuld — und mußte später wegen gewisser unersichtlicher Bedingungen unserer gedachten Kontrahenten unterbleiben,

Seitdem hat sich die Situation wesentlich verändert. Die Gebrauchsgüter der Arbeiter sind durch das Walten der Produzentenvereinigungen vielfach im Preise gestiegen, steigende Richtung weisen auch sonstige Lebensbedürfnisse auf. Ausgehend von dieser Wohnnehmung gewährt bereits die Prinzipale in Oesterreich, Ungarn und der Schweiz den Gehilfen beträchtliche Lohn-erhöhungen und kürzere Arbeitszeit; auch anderwärts im Ausland geschah ein Gleiches. In Deutschland mühten wir diese Günstigkeit unserer Arbeitgeber leider bisher vermissen! Die Klagen mehren sich namentlich darüber, daß selbst tüchtige Arbeiter nur zum Minimum entlohnt werden und eine allgemeine Unzufriedenheit über diese ungenügende Entlohnung tritt immer mehr zu Tage. Die Unzufriedenheit hat ihren Höhepunkt dadurch erreicht, daß bei dem Bestreben der Gehilfenschaft, den Tarif zur Durchführung zu bringen, die Unterstützung der Prinzipale nicht nur ausblieb, sondern die Gelegenheit sogar benutzte wurde, die Entlohnung der im Tarif verbürgten kleinen Vortheile für den berechnenden Seher, trotz entgegengelegter Schiedsgerichts-Urtheile, als recht und billig zu proklamieren. Die Nothwendigkeit, eine Erhöhung des Tarifes anzustreben, hat sich daher als unabwendbar herausgestellt. Unserer Prinzipalität wird es leicht sein, die bescheidenen Wünsche zu erfüllen. Einestheils sind ihre Konkurrenzverhältnisse durch die erwähnten Lohnveränderungen im Auslande wesentlich günstiger geworden — und die Konkurrenz unter den deutschsprachigen Ländern spielte stets eine große Rolle bei Erhöhung der Gehilfensforderungen —, andererseits wird es die jetzige flotte Geschäftsperiode, welche alle Industrien umfaßt, leicht gestalten, unseren Anforderungen zu willfahren. Aber ganz besonders können wir uns dazu durch mehrfache Auf-forderungen seitens der Prinzipalität ermuntert fühlen. Bereits im vergangenen Jahre kündigte der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins in einer Bekanntmachung an, daß man erfüllbaren Forderungen der Gehilfen gern entgegenkommen wolle, auch eine der letzten Nummern der Zeitschrift erhebt den unbegründeten Vorwurf, daß die Gehilfenschaft bisher präzise Forderungen noch nicht gestellt habe und regt zur Einreichung solcher an. Eine stark besuchte allgemeine Versammlung der Buchdrucker-Gehilfen Leipzigs hat an den Verbandsvorstand das Gesuch gerichtet, bei der Vertretung der organisierten Prinzipale den Antrag auf Schaffung eines den Bedürfnissen entsprechenden Tarifs zu stellen und baldige Antwort darauf zu begehren. Kollegen! Der Vorstand giebt dieser Aufforderung Folge. Die Auf-nahme des Antrages bei den Prinzipalen wird jedoch abhängig sein von der Unterstützung, welche die deutsche Gehilfenschaft dem-selben zu Theil werden läßt. Daher fordern wir die Kollegen-schaft Deutschlands auf, in schleunigst einzuberufenden allgemeinen Versammlungen zu dem Antrage Stellung zu nehmen und die in den Versammlungen gefaßten Beschlüsse umgehend dem Verbands-vorstande zu übermitteln. Es gebietet sich dieses Vorgehen der Gehilfenschaft auch aus dem Grunde, um endlich wieder für beide Theile: Prinzipale und Gehilfen bindende rechtliche Zustände in bezug auf die Gültigkeit des Tarifs zu schaffen. Kollegen! Möge der Antrag Leipzigs einen kräftigen Widerhall in Deutschlands Gauen finden; der einmüthig dokumentirte Wille der Gehilfenschaft, für Besserung ihrer Lage eintreten zu wollen, muß zur Abstellung der jetzigen unwürdigen Verhältnisse führen!

An die Töpfer Berlins!

Die öffentliche Versammlung der Töpfer, die am 18. Februar tagte, hat bekanntlich eine viergliedrige Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es ist, mit den Vertrauenspersonen, von denen die Kollegen auf jedem Bau eine ernennen sollen, in sorgfältige Berathung zu treten, um ein einheitliches Vorgehen und ein einheitliches Organisationsverhältnis herzustellen. In der ersten Sitzung am 25. d. M. handelte es sich zunächst darum, einen Arbeitsplan zu entwerfen, wonach man vorgehen gedenkt. Es wurde unter anderem beschlossen, am 12. März abends 8 Uhr eine Vertrauensmänner-Sitzung in Kölligs Lokal, Neue Friedrichstraße 44, abzuhalten. Alle Kollegen, ob Zentralisten, ob Lokalisten, ersuchen wir nun dringend, wo es noch nicht geschah, auf dem Bau, wo sie arbeiten, einen Vertrauensmann zu ernennen und ihm aufzutragen, daß er sich am 12. März bei Köllig zur Besprechung einfindet; wir sehen voraus, daß nicht ein einziger der Vertrauensleute fehlen wird.

Kollegen! Wir glauben bei dem Einigungswerte auf die Mitarbeiterschaft ein es jeden von Euch rechnen zu können. Sorgt dafür, daß wir uns nicht täuschen. Es kann und darf mit uns nicht so bleiben, wie es gegenwärtig ist. Die Töpfer Berlins müssen wieder einig werden, um dem Wauschwinderthum und dem Zwischenmeisterthum, das sie fortwährend, bald hier bald dort, um ihren sauer verdienten Lohn betrügt, und um dem anderen Theil des Unternehmertums, der sorgfältig beflissen ist, da und dort vom Lohne abzuzucken, die Arbeitszeit zu verlängern u. s. w., soweit es durch Einigkeit, durch Organisation möglich ist, ein Halt! entgegenzusetzen zu können.

Wollt Ihr Euch weiter so knechten und knebeln lassen wie bisher? Wir nehmen an, daß Ihr dazu gerade keine Neigung habt. Aber von selbst kommt nichts, sondern jeder muß eingreifen, jeder muß mit Hand ans Werk legen und thätig sein, um eine Einigung zwischen uns herbeizuführen, denn nur dadurch können wir etwas erringen.

Fort mit Personenfiskus und Kleinlichen Nörgeleien gegen einzelne, das ist vom Uebel, damit kommen wir nicht vorwärts. Wenn wir eine Parole ausgeben dürfen, so kann es sich um weiter nichts handeln, als daß wir sagen: Einigen wir uns, dann wird es besser werden!

Die Kommission.

An alle Händler und Hausirer Berlins und Umgegend. Kollegen! Den sechsten Händler gestotzt man, an den Sonntagen fünf Stunden zu handeln, den herumziehenden Händlern und Hausirern aber verbietet man das Handeln an Sonntagen vollständig. Die Berliner Händler haben sich im November v. J. an das Berliner Polizeipräsidium und an den Landrath des Kreises Teltow gewandt, um für den Kleinhandel und Hausirer wenigstens während der Berliner Gewerbe-Ausstellung die fünf Stunden Sonntags frei zu bekommen, wo den sechsten Händlern zu handeln erlaubt ist. Das Polizeipräsidium von Berlin hat sich aber ablehnend geäußert und der Landrath vom Kreise Teltow hat gar nicht geantwortet. Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, wird nun bei Buße, Grenadierstr. 33, eine öffentliche Versammlung abgehalten, wo Paul Jahn über das Thema spricht: „Die Berliner Gewerbe-Ausstellung und der Kleinhandel.“ Alle Straßenhändler und Hausirer werden zu dieser Versammlung hierdurch besonders eingeladen. Kollegen, vergißt nicht, eure Strafmandate mitzubringen! Adolph Haupt, Rückstr. 411.

„Die Steinseher beabsichtigen ebenfalls in den Streik zu treten“, diese Nachricht verbreitete in letzter Zeit die bürgerliche Lokalpresse und zwar angeblich deshalb, weil die Berliner Steinseherinnung den ihr von der Arbeiterkassette des Steinsehergewerbes vorgelegten Arbeitstafel abgelehnt habe. An der ganzen Nachricht ist nur das letztere wahr. Da nun aber auf Seiten der Arbeiter die Absicht zu streiken überhaupt gar nicht erwogen ist, so ist nur anzunehmen, daß hier von interessierter Seite — und es ist auch leicht zu errathen, von welcher — diese Streikgerüchte absichtlich in die bürgerliche Presse lancirt worden sind. Auch steht ein solches Verfahren vollständig im Einklang mit dem bisher beobachteten Verfahren der Steinseher-Innungmeister, welche in der ohne Angabe von Gründen erfolgten Ablehnung des Arbeitstafels schon eine ziemlich starke Probe wirtschaftlicher Ignoranz an den Tag gelegt haben. (Einzelne Herren haben bereits nachträglich erklärt, daß sie „eigenlich“ gegen die Sache an sich nichts anzuwenden sei — aber „man könne sich doch von den Arbeitern nicht vorschieben lassen: soviel wird gearbeitet und mehr nicht!“) Wenn nun also trotzdem derartige Streikgerüchte aufgestreut werden, so ist das ein Beweis dafür, daß die Herren Innungs-

meister kein gutes Gewissen haben, und zugleich wollen diese dadurch die Behörden beeinflussen, daß diese mit der Herausgabe von Arbeiten möglichst zurückhalten sollen, was ihnen namentlich bei dem „freisinnigen“ Berliner Magistrat auch zweifellos schon gelungen ist; denn nicht ohne Grund wird schon seit geraumer Zeit das zweite Gerücht verbreitet, es wäre für die Steinseher nur sehr wenig Arbeit vorhanden, während es im vorigen Jahr am Schluß der Arbeitsperiode hieß, daß noch sehr viel Arbeit für 1896 habe zurückgestellt werden müssen.

Nun werden sich die Leser des „Vorwärts“ erinnern, daß der bekannte Arbeitstafel von der Arbeiterkassette des Steinsehergewerbes aufgestellt wurde, um der bedrohlichen Konkurrenz des Asphaltpflasters entgegen zu wirken; wie sehr die Steinseher — und auch die Meister — dazu alle Veranlassung haben, zeigt der kürzlich veröffentlichte Estatuszug, nach welchem 95 Straßen mit Asphalt und nur 18 Straßen mit Steinpflaster versehen werden sollen. Dabei ist nach den bisherigen Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten, daß von den Bewohnern derjenigen Straßen, welche mit Steinpflaster versehen werden sollen, auch noch Petitionen für Asphaltierung beim Magistrat einlaufen werden — und wenn nun dem Magistrat das Märchen von den Streikgerüchten der Steinseher aufgeschwatzt wird, so liegt doch nichts näher als die sehr begründete Vermuthung, daß der Magistrat dadurch noch sehr viel leichter diese Petitionen berücksichtigen wird, als er dies ohnehin schon thut. Wahrlich — der Haß gegen die Bestrebungen der Arbeiter ist ein schlechter Berather, das sollten auch die Herren Steinseher-Innungsmeister bald einsehen lernen.

Was aber dem ganzen Gebahren dieser Leute die Krone aufsetzt, ist, daß durch das Zurückhalten der Arbeit seitens der Behörden die Roth und das Elend unter der Arbeiterkassette des Steinsehergewerbes ins Unerträglichste gesteigert werden; denn die allermeisten haben bereits seit Weihnachten keinen Pfennig mehr verdient! Es wartet deshalb jeder einzelne im wahren Sinne des Wortes mit Schmerzen darauf, daß die Arbeit beginnen möge.

Schließlich sollten sich die Meister trotz ihrer Verböhrtheit und ihres Fanatismus doch fügen, selbst wenn die Arbeiter die Absicht hätten, zu streiken, so würden sie sich dazu doch wohl einen geeigneteren Zeitpunkt aussuchen als gerade das Frühjahr, wo sie nahezu aufgehört sind. A. Knoll, Berlin NW.

In dieser Aufzählung, die wir im Interesse der Steinseher unverkürzt wiedergeben, möchten wir uns die Bemerkung erlauben, daß die darin gekennzeichnete falsche Nachricht der bürgerlichen Presse auch von einem der journalistischen Zeilenreißer herrühren kann, die den Zeitungsredaktionen ihre erlogenen oder mindestens sensationell aufgeputzten Angaben als tatsächliches ausschwindeln. Um diesen Leuten das Handwerk etwas zu erschweren, dürfte es genügen, wenn die Vorstände u. d. d. benachteiligten Gewerkschaften sofort die Redaktionen der Blätter, die die falsche Nachricht brachten, durch Zusendung einer Verichtigung über den Schwindel aufklären.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird dem in Berlin stattfindenden Gewerkschaftskongress einen Antrag auf Gründung eines Streik-Reservefonds unterbreiten. Sie denkt sich die Einrichtung so:

Der Beitrag zum Reservefonds beträgt pro Mitglied und Quartal 50 Pf. Außerdem können Extrabeiträge bis zur Höhe von 10 Pf. pro Mitglied und Quartal unter Zustimmung der Vorstände der beteiligten Organisationen erhoben werden. Die Beitragspflicht wird durch eine Arbeitseinstellung nicht unterbrochen. Die Beiträge für das laufende Quartal sind spätestens am letzten Tage desselben an den Reservefonds abzuführen.

Die beteiligten Gewerkschaften erhalten aus dem Reservefonds für jedes im Streik befindliche Mitglied, welches mindestens 26 Wochen der Gewerkschaft angehört, 5 M. für je 6 Arbeitstage Unterstützung.

Jede Organisation kann während eines Beitragsjahres Unterstützung, eventuell nur bis zur Höhe ihres fünfjährigen Jahresbeitrages erhalten. Zur Ueberschreitung dieser Grenze ist die Zustimmung der Vorstände sämtlicher beteiligten Organisationen erforderlich.

Die Veranlagung zum Bezug der Streikunterstützung beginnt für jede Organisation, nachdem dieselbe mindestens zwei Quartalsbeiträge geleistet hat. Die Bezugsberechtigung erlischt, sobald eine Organisation den fälligen Quartalsbeitrag bis zu dem festgesetzten Zahlungstermin nicht entrichtet hat.

Die Unterstützung aus dem Reservefonds wird nach eingegangenen Bericht an den Zentralvorstand der im Streik befindlichen Organisation in der darauf folgenden Woche gesandt. Um zu verhindern, daß der Reservefonds durch mehrere gleichzeitig stattfindende Kämpfe gesprengt wird, verpflichtet sich jede der beteiligten Gewerkschaften, sobald ein größerer Angriffstreik geplant wird, durch ihren Vorstand eine Verständigung mit der Generalkommission, und, wenn nöthig, mit den Vorständen sämtlicher beteiligten Organisationen über den eventuellen Beginn des Kampfes herbeizuführen.

Die Generalkommission ging bei der Stellung ihres Antrages von folgenden Gesichtspunkten aus:

Die Zahl der Streiks, welche verloren gehen, weil es an Unterstützung fehlt, ist nicht gering. Eine gefüllte Streikreservekasse würde diesem vorbeugen und manchen Streik verhindern. Die Macht im Streik getathener Arbeiter wird von vornherein eine ganz andere sein, wenn die Unternehmer damit rechnen müssen, daß hinter den Arbeitern eine gefüllte Streikkasse steht. Außerdem wird durch das Bestehen der Streikkasse schon das Verantwortlichkeitsgefühl auch bei den Arbeitern erhöht und die Aussichten eines Streiks sehr sorgfältig erwogen, ehe er begonnen wird. Die indifferente Masse würde etwas mehr als bisher den Organisationen sich anschließen, namentlich da bei einem regelrecht geordneten Streikfonds für gewöhnlich die Privatopferwilligkeit der Arbeiterkassette nicht mehr so stark als bisher in Anspruch genommen werden brauchte. Vermieden würde, was jetzt häufig der Fall ist, daß die Gewerkschaften, welche am besten die Propaganda für ihre Angelegenheiten zu betreiben verstehen, am kräftigsten unterstützt werden, während andere Streikende fast hilflos und verlassen dastehen. Dann wird das Portemonnaie des einzelnen Arbeiters durch die geregelte Beitragsleistung zum Streikfonds weit weniger in Anspruch genommen, als es durch die unregelmäßigen Spenden der Fall ist. Den anfänglichen Berechnungen, welche die Generalkommission der Begründung ihres Antrages beigegeben, liegt folgender Gedanke zu grunde: Angenommen, eine zentralisirte Gewerkschaft habe 1000 Mitglieder in ganz Deutschland. Da diese Gewerkschaft 10 x 100 Mitglieder zählt, so soll sie 10 x 25 = 250 Streikwochen (bez. 10 x 20 und 10 x 15) aus eigener Kasse in einem Jahre bezahlen, ehe sie die Zentralkasse anrufen kann. Wenn nun irgendwo in Deutschland 250 Mitglieder eine Woche gestreikt haben, so hätten diese Streikenden, sowie sämtliche sonst irgendwo streikenden Mitglieder dieser Zentralorganisation in den übrigen Theilen Deutschlands nach Ablauf dieser Wochen Anspruch auf Unterstützung aus der Zentralkasse.

Die Aktiengesellschaft von Trister u. Hoffmann in Berlin SO. zieht es, wie wir schon früher mittheilten, vor, anstatt die bereits von vielen Firmen bewilligten Forderungen der Tischler gleichfalls anzuerkennen, Arbeiter von auswärtig zu engagieren, unbekümmert darum, ob dadurch der ohnehin durch Zugang von auswärtig überlasteter Berliner Arbeitsmarkt noch mehr durch Arbeitslofe beschwert wird. Es brachte der „Erzgebirgische Volksfreund“ folgende Annonce dieser Firma: „Geschickte Tischler und Polirer werden zum sofortigen Eintritt gesucht. Fleißige Akkordarbeiter können bis zu 30 M. Wochenlohn verdienen. Aktiengesellschaft von Trister u. Hoffmann, Berlin SO.“

Es versteht sich, daß die Aussicht auf 30 M. Wochenlohn für Tischler so armer Gegenden, wie es das Erzgebirge ist, höchst verführerisch wirken muß; trotzdem wird die Firma wenig Glück haben, denn — wie wir ihr mittheilen können — die Tischler des Erzgebirges sind durch die dortigen Blätter unserer Partei längst darüber unterrichtet, daß sie mit dem bei Trister und Hoffmann zu erreichenden Verdienst kaum in einer sächsischen Mittelstadt, geschweige in dem theuren Berlin existieren können, ohne sich die größten Entbehrungen auferlegen zu müssen.

Der Streik in der Reinecke'schen Hutfabrik in Brandenburg ist durch Vergleich beendet. Die Arbeit ist am Donnerstag wieder aufgenommen worden.

Die Anstreicher Offenöfen beabsichtigen, in diesem Jahre Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Als Minimallohn werden 40 Pf. pro Stunde verlangt. Auch die Holzarbeiter wollen mit Forderungen an die Meister herantreten. Sie beantragen: 10stündige Arbeitszeit, 36 Pf. Minimallohn pro Stunde, Abschaffung unwürdiger Werkstoffordnungen; weiter verlangen sie die Abschaffung der Gepflogenheit, daß die Arbeiter ihr Werkzeug bezahlen müssen.

Die Maurer Darmens suchen eine Regelung der Arbeitszeit von 7-7 Uhr mit den üblichen Pausen zu erringen. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung wählten sie eine Kommission, die den Meistern die Forderungen unterbreiten soll.

Der Streik der Korbmacher Hamburg-Altona's dauert unverändert fort. Im Streik befinden sich 140 Personen mit 125 Kindern; unter den Streikenden sind 39 Frauen und Mädchen. Voraussichtlich werden die in Bergedorf arbeitenden Solidarbeitler sich mit den hier am Orte Streikenden solidarisch erklären und mit Abschluß ihrer Arbeitswoche dort auch die Arbeit niederlegen.

In Königssee i. Th. haben in dem erst kürzlich errichteten Etablissement von R. Art u. Kühn die Weisgerber die Arbeit eingestellt, weil ihnen die geforderten Löhne nicht bewilligt worden waren.

Die Dresdener Maler, Lackirer und Anstreicher bereiten sich für eine Lohnbewegung vor. Sie hatten der Innung folgende Forderungen unterbreitet: 9stündige Arbeitszeit, 20-prozentige Lohnerhöhung, Festsetzung eines Minimallohnes, Abschaffung der Akkordarbeit und Schaffung eines einheitlichen Arbeitsnachweises. Die Innung will 9 1/2-stündige Arbeitszeit und 10 Pf. Lohnerhöhung bewilligen, die übrigen Forderungen hat sie rundweg abgelehnt. In einer Gehilfen-Versammlung, die zu den Vorschlägen der Innung Stellung zu nehmen hatte, wurde eine Resolution angenommen mit 785 gegen 13 Stimmen, worin sich die Anwesenden für die volle Aufrechterhaltung ihrer Forderungen ausgesprochen. In geeigneter Zeit soll in den Streik eingetreten werden.

In Plauen bei Dresden ist im Streik der Weber der Sächsischen Metalltuchfabrik von O. Seelke Nachf. keine Veränderung eingetreten. Der Ausstand dauert also fort. Selbst wenn die Arbeiter unter den vom Fabrikanten diktierten Lohnbedingungen zur Arbeit zurückkehren wollten, wäre ihnen das aus moralischen Gründen unmöglich, weil der Fabrikant infolge des Streiks die älteren Arbeiter nicht wieder einstellen will.

Zur Lohnbewegung der Metallarbeiter in Erlangen theilt die „Münch. Post“ mit, daß von den dortigen vier Firmen die größte die Forderungen der Arbeiter: 11stündige Arbeitszeit inkl. 40 Minuten Pause und Extrahonorierung der Ueberstunden, noch nicht bewilligt hat, während die übrigen dieselben zugestanden haben. Der betreffenden Firma ist noch einige Tage Bedenkzeit bewilligt worden.

Das Gewerkschaftsamt Berrachs i. B. hat eine sechsgliedrige Kommission beauftragt, über die dortigen Arbeiterverhältnisse statistisches Material zu sammeln. Es handelt sich hauptsächlich darum, festzustellen, wie die Arbeiterverhältnisse von den Unternehmern gehandhabt werden. Weiter sollen die Lohn- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter Berrachs untersucht werden.

Die Zimmerer Ludwigshafens in der Rheinpfalz stehen in einer Bewegung, deren Zweck die Einführung des Zehnstundentages ist.

Der Jahresbericht des Gewerkschaftsamtess zu Elmshorn giebt die Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften am Schluß des Jahres wie folgt an: Maurer 120 (88), Zimmerer 65 (60), Gerber 224 (143), Schuhmacher 81 (88), Holzarbeiter 45 (37), Hilfsarbeiter 109 (67), außerdem 3 weibliche Mitglieder, Metallarbeiter 50 (52), Schneider 8 (9). Die in Klammern beigefügte Zahl bezeichnet den Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 1894. Die Zahlstelle des Textilarbeiter-Verbandes ist eingegangen und sind die Mitglieder dem Hilfsarbeiter-Verbande beigetreten. Streiks waren nicht zu verzeichnen. Die Gewerkschaften erlangten in sämtlichen Gewerben ohne Arbeitsniederlegung die zehnstündige Arbeitszeit, was gewiß nicht zum wenigsten dem Umstande zu danken ist, daß fast alle Gewerkschaften am Orte der Organisation angehören.

Aus Triest wird der „Neuen Freien Presse“ berichtet, daß im Kohlenrevier von Carpano bei Albona ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen ist. Am Dienstag betrug die Zahl der Ausständigen 750. Sie fordern, nachdem seit anderthalb Jahren die Zahl der Arbeitstage auf 18 pro Monat festgesetzt ist, jetzt tägliche Arbeit und eine Lohnaufbesserung. Die Verglethe haben die Gemeindebehörde von Albona um ihre Vermittlung ersucht.

Nach einer Wolff'schen Depesche vom Donnerstag haben sich jetzt sämtliche Verglethe von Carpano und Vines dem Streik angeschlossen. Die Bergwerks-Verwaltung weigert sich, eine Lohnaufbesserung oder Arbeitsvermehrung vorzunehmen.

Der Bergarbeiter-Streik in Karwin hat große Ausdehnung gewonnen. In nahezu allen Karwiner Schächten ist der Betrieb eingestellt und auch in Foremba, Peterswald und Polnisch-Ohrna ruht die Arbeit in einzelnen Schächten. In denjenigen Schächten, wo bisher noch normal gearbeitet wird, besichtigt man gleichfalls Arbeitseinstellung. Die Gendarmen und diejenigen Arbeiter, welche sich an dem Streik nicht betheiligten, wurden von den Ausständigen verböhnt und die Telephonstimmern in Orkan sollen thätlich angegriffen worden sein; zu ernstlichen Anfeindungen ist es indessen nicht gekommen. Die Gasthäuser müssen laut polizeilicher Anordnung zu früherer Stunde schließen und die Telephonstellen fortlaufenden Dienst unterhalten.

Schweizerischer Textilarbeiter-Kongress. Der bereits am Anfang November vorigen Jahres geplante schweizerische Textilarbeiter-Kongress findet nun dieses Frühjahr, wahrscheinlich zu Osnern, in Verbindung mit dem schweizerischen Gewerkschaftskongress in Zürich definitiv statt und hat die Gründung eines allgemeinen schweizerischen Textilarbeiter-Verbandes zum Zweck. Die Textilindustrie beschäftigt die größte Zahl aller Arbeiter in der Schweiz, trotzdem sie sich eigentlich nur auf vier Kantone — Baselstadt und Baselland, Zürich und St. Gallen — beschränkt.

Die Dachdecker der Schweiz beschloßen auf ihrem am letzten Sonntag stattgehabten Delegirten-Tage in Zürich die bereits angefangene Gründung eines schweizerischen Zentralverbandes, dem sofort neun Sektionen beigetreten sind. Als Vorort wurde Zürich bestimmt.

Krauzsische Streikstatistik. Das „Bulletin de l'Office du Travail“ giebt eine Statistik der französischen Ausstände im Januar 1896. Dieselben beliefen sich hierin auf 35 gegen 70 im Januar 1895, gegen 28 im Januar 1894

Zimmerer Berlins und der Vororte!

Sonntag, den 1. März, vorm. pünktlich 10 Uhr:

Zwei grosse öffentliche Versammlungen

für Norden, Osten, Moabit, Reinickendorf, Weißensee u. s. w. im **Kösliner Hof**, Köslinerstr. 8,

für Westen, Süden, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf u. s. w. in der **Viktoria-Brauerei**, Lützowstr. 112.

Tages-Ordnung:

1. Der Schiedsspruch des Einigungsamtes und unsere Stellung zu demselben.
2. Verschiedenes.

123

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Montag, d. 2. März, abends 8 Uhr, v. Schönig, Stallschreiberstr. 29:

Versammlung der Parquetbodenleger-Branche.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu dem von der Kommission und den Vertrauensmännern ausgearbeiteten Tarif.
 2. Der geeignete Zeitpunkt zur Einführung desselben.
- Ganz besonders eingeladen sind die Kollegen der Firmen Seibe u. Co., Ende u. Wittig.

91/7

Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter!

Sonntag, den 1. März, vorm. 10 Uhr,

in der **Kronenbrauerei**, Alt-Moabit Nr. 47-49:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

„Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie, das Verhalten der Metallindustriellen und welche Aufgaben erwachsen daraus den Berliner Metallarbeitern“.

Referent: **Otto Naether.**

Zu dieser Versammlung sind speziell die Kollegen folgender Fabriken eingeladen: **L. Löwe & Cie., Siemens & Halske, Anhaltische Maschinenfabrik, David Gross, Aktiengesellschaft (vorm. Freund), Gebauer, Forstg, Peltold & Cie.**

Die Form- und Gießerei-Arbeiter werden besonders auf die Versammlung aufmerksam gemacht.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

Otto Naether, N., Kollmerstraße 44.

118/5

Zur März- und Maifeier

empfehle den verehr. Arbeiter-Gesangvereinen meinen reichhaltigen Verlag von **Männer- und gemischten Chören** mit und ohne Orchester. Die besten Dichtungen in vorzüglicher Betonung und gewaltiger, zündender Wirkung. Kataloge franko. Ansichtsendung bereitwilligst. Billigste Preise.

J. Günther, Musik-Verlag und -Handlung, Dresden, Ziegelstraße 24.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade

J. Brünn,

Am Stadtbahnhof „Börse“

Inventur - Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinentwaaren!
Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.



R.F. Mittelstädt's **Original-Löwenbitter** ist aus passender Kräutern abdestilliert befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.

Im Ausverkauf und in Flaschen überall zu haben.

Vor Einkauf von **Fahrrädern** besichtige man die **Fabrik-Niederlage:**

Wedomstr. 21, l. r. Fahrräder neuester Konstruktion. Einzelverkauf zu Engrospreisen, auch **Zweizahlung, Reparatur-Werkstatt.**

Lager von **Lastenpumpen, Glöcken, Laternen, Sätteln, Hängehaken etc.** Ungenirtet Unterricht in großen Fabrikräumen. 2798b
Berlin N., **Wedomstrasse 21, l. r.**, also kein Laden.

Achtung! Kupferschmiede. Achtung!

Sonabend, den 29. Februar, abends 8 1/2 Uhr, 2934b

im Lokale des Herrn **Feindt**, Weinstr. 11:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission. 2. Neuwahl derselben. 3. Bericht des Delegierten vom Gewerbschiedsgericht. 4. Verschiedenes.

Orts-Krankenkasse

Nadler u. Siebmacher

Außerordentliche

General-Versammlung

Sonntag, den 8. März cr., vormittags 10 Uhr,

in **Pasch's Restaurant**, Alte Jakobstraße 83 (Ning's Ausfahrl).

Tages-Ordnung:
1. Abänderung des § 30 des Kassensatzes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand,
L. Kusch, Vorsitzender,
P. Licht, Schriftführer.

Tüchtigen Dirigenten

sucht Gesangverein (Mitgl. d. M.-S.-V.), Vorstellung Freitag Abend 9 Uhr Restaurant Möhring, Admiralstr. 18 o. Salar 18-20 M. 2922b

Vereinsvorsitzende,

welche sich für die Mühen des N.-S. Strahlen interessieren, werden eingeladen, den **Freitag**, abends 9 Uhr, im **Louisenstädtischen Konzerthaus**, Alte Jakobstr., stattfindenden **Exp.-Vortrag** zu besuchen. Gegen Vorzeigung der Legitimation frei Entree. [264/15]

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik**
Gustav Dittig, Berlin S., Dinslage 46, verleiht gegen Kaution (nicht unter 10 M.) geräumt, neue vorzügliche Bettfedern, 2 Pf. 50 Pf. Halbhaaren, 4 Pf. 50 Pf. 1 Pf. 75, vorzügliche Tannen, 2 Pf. 25 Pf. Von diesen Tannen genügen 3 Pfund zum größten Oberbett. Verpackung wird nicht berechnet.

Achtung!

Kaufen Sie gefälligst nur 4379L*

Metall-Putz-Glanz

Amor

Derselbe ist sparsam, billig u. allbekannt das beste aller Metall-Putzmittel und viel besser als rothe Pomade.

In Dosen à 10 Pf.

überall zu haben.

Amor ist auch vorzüglich für Metall-Fabriken.

Rohtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Utensilien.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgessler.

Dirigent: **W. Bölske.**

Sonntag, den 1. März, in **Louis Keller's Festsälen**, Kopenstraße Nr. 29:

Großes Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Programm.

- | | |
|--|--|
| 1. Marsch aus der Oper „Der Prophet“ . . . Meyerbeer | 8. Frühlingswachen . . . Bach |
| 2. Duvert „Die Italiener in Algier“ . . . Rossini | 9. a) Pilgerchor a. d. Oper „Lauhäuser“ . . . Wagner |
| 3. Arie a. d. Op. „Halsflüß“ . . . Balfe | b) Sonnenuntergang . . . Contradi |
| 4. a) Morgenauruf . . . F. Schu | c) Waldabendglocken . . . Abt |
| b) 3 und Du . . . Fehingraf | 10. Ungarische Länze Nr. 5 und 6 . . . Brahms |
| 5. Gardas a. d. Op. „Der Geist d. Woywoden“ . . . Großmann | |
| 6. Duverture zur Oper „Kolumbus“ . . . Schubert | |
| 7. a) Die Mutterliebe . . . G. Kahn | |
| b) Am Rhein . . . F. v. Stephan | |
| Konzertmusik unter Leitung des Musikdirektors Herrn G. Graf. | |
| Anfang 6 Uhr. Eintritt 30 Pf. | |

Nach dem Konzert: **Tanz.**

Einladkarten sind bei den Mitgliedern, im Vereinsbureau Neue Grünstr. 14 bei Herrn **Stolle**, sowie im Seyerjaal des „Vorwärts“ und bei Herrn **Graumann**, Wörtherstr. 21, zu haben. 66/17

Schmiede Berlins!

Sonabend, den 29. Februar, bei **Joël**, Andreasstr. 21:

Gr. Wiener Maskenball

veranstaltet von der Vereinigung aller in der Schmiederei besch. Personen der Zahlstellen Osten und Norden. 176/9

Arbeitslose Mitglieder haben freien Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert. Entree 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Das Komitee.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonabend, den 29. Februar 1896,

im Lokale des Herrn **Schnegelsberg**, Hasenhaide Nr. 21:

Gr. Wiener Maskenball.

Anfang 8 1/2 Uhr. Billets 50 Pf.

Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand. Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Vereinslokal, Rammstraße 78, zu haben. 148/17

Concerthaus „Saussouci“, Cottbuserstrasse 4a. Sonntag, den 1. März:

Grosse Matinée

zum besten der

Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen.

veranstaltet vom Musikverein „Musikfreunde“

zu Rixdorf (Dirigent: **M. Gacon**).

Programms à 25 Pfennig an der Kasse. Die Kontrolle wird von der Gewerkschaftskommission geführt.

Achtung! Genossen Berlins! Achtung!

Sonabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im **Feen-Palast**, Burgstraße Nr. 22, Ecke Wolfsgangstraße:

Gedächtnissfeier für Karl Marx

veranstaltet vom **Genossenschaft „Karl Marx“**. 100/13

Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert

angeführt von Mitgliedern der **Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker**, Dirigent: **G. Graf**, unter Mitwirkung der Gesangvereine: „**Alpenwäldchen**“, „**Freye I**“, „**Nordwacht**“, „**Olympia**“ und „**Norddeutsche Schleife**“, Dirigent: **R. Blobel**.

Festrede, gehalten von **W. Liebknecht**.

u. a. gelangt zur Aufführung: „**Columbus**“.

Billet 30 Pf. Nach dem Konzert: **Ball**. Billet 30 Pf.

Die Mehlhandlung von **H. Bartsch**,

Hauptgeschäft: **Mantuffel-Straße Nr. 89.**

2. Geschäft: **Markthalle Eisenbahn- und Bäcklerstraße**, Stand Nr. 218/214.

3. Geschäft: **Markthalle Budowerstraße und Luisen-Ufer**, Stand Nr. 229.

offeriert heute:

sämtliche Futtermittel für Singvögel, Tauben und Hühner in der feinsten Qualität zu billigsten Tagespreisen.

Glühwein-Extrakt,

hochfein, à Literflasche 1,30 M., 5 Literflaschen 6 M. inkl.

Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, à Literfl. 1,60 M., 5 Literfl. 7,50 M.

Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch, à Literfl. 3,50 M.

Cognac fine Champagne, Orig.-Fl. 1/4 Liter, inkl. 3,50, 4,50, 5,50 M.

Echt Jamaica-Rum und Verschnitt, à Literfl. 2,10, 2,50, 3,10 M.

Rum No. 3, Imitation, à Literfl. 1,10 M., 5 Literfl. 5 M. inkl. (4187L*)

Medicin, Ungarwein, 1/2 Anbruch, beste Qualität, Literfl. 2,10, 5 Pf. 9 25.

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzüglic., Literfl. 1,30 M.

Eugen Neumann & Co.

6 a Belle-Alliance-Platz 6 a. 81 Neue Friedrichstr. 81.

8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: Potsdam, Waisenstr. 27